Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 4.50 zł. mit Zustellgeld 4.80 zł. Bei Postbezug monatl. 4.89 zł. vierteljährlich 14.66 zł. Unter Streifband in Polen monatl. 8 zł. Danzig 3 G. Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung 2c.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 gr, die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr, Danzig 10 bzw. 80 Dz. Pf., Deutschland 10 bzw. 70 Pf., übriges Ausland 50% Aufschlag. — Bei Platzvorschrift u. schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postscheckkonten: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 16 — **Bromberg, Sonntag, den 21. Januar 1934** — **58. Jahrg.**

Lärm um den Stillen Ozean.

Militärtechnische Zusammenarbeit zwischen Sowjetrußland und den Vereinigten Staaten.

In drei europäischen Hauptstädten hat man sich soeben mit der politischen Lage im Fernen Osten beschäftigt. Der außenpolitische Ausschuß der französischen Kammer hat eine ganze Sitzung diesen Dingen gewidmet, und Herr Herriot, der Vorsitzende des Ausschusses, der über seine Reise nach Sowjetrußland eingehend berichtete, ließ es sich angelegen sein, seinen Parlamentskollegen ein möglichst günstiges Bild von der russischen Situation zu geben. Bekanntlich ist Herriot zurzeit der stärkste Exponent der Politik, die auf eine möglichst enge Annäherung zwischen Frankreich und Rußland hinaus will. Herriot gab der Überzeugung Ausdruck, **daß die Lage Sowjetrußlands in Ostsibirien bei etwa dort ausbrechenden kriegerischen Verwicklungen erheblich besser sei als im Jahre 1905.** Die Nachschubfrage, deren schwierige Lösung damals vielleicht die Hauptursache der russischen Niederlage war, sei diesmal ganz anders zu beurteilen. Die Sowjetunion habe in nächster Nähe der transsibirischen Bahn Kohlengruben, Erzbergwerke und Stahlfabriken errichtet. Durch diese sei die Versorgung eines im Fernen Osten kämpfenden Heeres mit Kriegsmaterial gesichert. Auch die Lebensmittelzufuhr sei jetzt leichter als vor dreißig Jahren zu bewerkstelligen. In der Aussprache des Kammerausschusses ist auch die Frage berührt worden, ob ein russisch-japanischer Konflikt die Vereinigten Staaten von Nordamerika auf den Plan rufen würde. Man war der Ansicht, Präsident Roosevelt, der ausgesprochener Pazifist sei, werde eine Beteiligung Amerikas an einer solchen Auseinandersetzung ablehnen.

Gleichzeitig hat Mussolini im „Popolo d'Italia" einen Leitartikel über den „Fernen Osten" veröffentlicht. **Es ist einigermaßen auffällig, daß der italienische Regierungschef, der in diesen Gebieten ganz bestimmt keine besonderen Interessen seines Staates wahrzunehmen hat, es in diesem Augenblick für angebracht hält, sich in sehr pronozierter Weise mit der Lage im Fernen Osten zu beschäftigen, die er dahin charakterisiert, daß eine Kriegsgefahr bestehe** Er sieht die Dinge aber nicht nur unter dem Gesichtswinkel der an dem möglichen Konflikt unmittelbar beteiligten Staaten, sondern unter weltpolitischem Aspekt. Die Kriegsgefahr interessiere nicht nur Sowjetrußland und Japan, sondern sie gehe auch China und die Vereinigten Staaten, England, Frankreich, Italien und Holland an. Bei dem, was auf der politischen Bühne jener Gebiete gespielt werde, handle es sich um die Zukunft der Kultur und der weißen Rasse. Und nun ist es bezeichnend, wie Mussolini die jüngsten politischen Konstellationen um den Stillen Ozean beurteilt. **Das Abkommen zwischen Litwinow und Roosevelt sei eine Warnung an Japan. Trotzdem hält er die Annahme nicht für berechtigt, daß Sowjetrußland und Amerika Seite an Seite kämpfen würden, wenn Japan Sowjetrußland angreife oder zu weiteren Eroberungen in China vorgehe.**

In einem hat Mussolini bestimmt recht: Das Abkommen Litwinow-Roosevelt hat, neben seiner sonstigen Bedeutung, eine Warnung an Japan sein sollen. Sie hat offenbar schon gewirkt, denn neuerdings sind aus Japan besänftigendere Töne laut geworden, und daß man von Tokio aus mit der Entlassung der verhafteten sowjetrussischen Angestellten der ostchinesischen Eisenbahn Voraussetzungen für eine Wiederaufnahme der Verkaufsverhandlungen über diese Bahn zu schaffen bemüht war, läßt auch erkennen, daß Japan im Augenblick das Risiko eines offenen Konflikts höher einschätzt als noch vor einigen Monaten.

Man scheint aber sowohl auf russischer wie auch auf amerikanischer Seite bestrebt zu sein, die mit dem Washingtoner Pakt beabsichtigte Warnung nach Tokio noch zu unterstreichen. Demnächst werden, wie der Chef der Moskauer Fliegertruppe in einer Presseinformation über die beabsichtigte **Zusammenarbeit sowjetrussischer und amerikanischer Militärstellen** mitteilte, 32 amerikanische Flieger nach Sowjetrußland kommen und ein Jahr lang in der Fliegertruppe der Sowjetunion Dienst tun. Sie werden dort gewisse amerikanische Neuerungen einführen. Eine so enge militär-technische Zusammenarbeit zweier Staaten ist immerhin auffällig, auch wenn man sie etwa auf den Nenner einer militärischen Instruktions-Kommission bringen will. **Solche Instrukteure läßt man nicht in das Heer eines Landes, wenn nicht bestimmte politische Vereinbarungen und Absichten im Hintergrund stehen.**

Im übrigen wird noch im Laufe dieses Jahres **eine sowjetrussische Flottenabteilung amerikanischen Häfen einen Besuch abstatten,** und dieser Besuch soll durch eine amerikanische Flottenabteilung in russischen Ostseehäfen erwidert werden. Ebenso sollen an den diesjährigen russischen Sommermanövern amerikanische Militärabordnungen teilnehmen, und Moskauer Offiziere sind eingeladen worden, den amerikanischen Manövern beizuwohnen.

Man macht in Moskau diese Nachrichten vielleicht etwas stärker auf, als es den Amerikanern lieb sein wird. Sie sind im allgemeinen keine Freunde demonstrativer Politik. Aber wohin diese plötzliche militärische Fühlungnahme zwischen den beiden Staaten zielt, geht daraus hervor, daß der amerikanische Oberst Rütberg, der als Gast der sowjetrussischen Luftflotte demnächst nach Moskau kommen soll, sich zur Besichtigung der sowjetrussischen Fluganlagen nach Wladiwostok in Sibirien begeben wird, also gerade dorthin, wo Rußland eifrig gegen einen vermuteten japanischen Angriff rüstet.

All das sind vorläufig Gesten. Aber sie werden in Tokio verstanden werden. Daß die Vereinigten Staaten dem japanischen Problem nicht gleichmütig zusehen, daß sie eine gewisse Sorge vor der Entwicklung der Dinge im Stillen Ozean und in Ostasien empfinden, geht nicht nur aus ihren Flottenrüstungen hervor, die nicht nur eine Verstärkung der Flotte durch eine recht beachtliche Zahl neuer Schiffsbauten bringen, sondern auch eine zeitweilige Zusammenziehung der Hauptstreitkräfte in den pazifischen Häfen. Auch die beschleunigte Inangriffnahme **großer Befestigungsbauten auf den Hawai-Inseln,** die ein Flottenstützpunkt ersten Ranges werden sollen, deutet darauf hin, daß man in Washington Möglichkeiten ins Auge faßt, die man sicherlich gern vermieden sehen möchte, für deren Austrag man aber auf jeden Fall gerüstet sein will.

B.

Die deutsche Antwort auf die französische Denkschrift überreicht.

Berlin, 20. Januar.

Reichsaußenminister Freiherr von Neurath hat am Freitag nachmittag dem französischen Botschafter in Berlin, François Poncet, die Antwort der Reichsregierung auf die französische Denkschrift überreicht. Das Dokument umfaßt etwa 15 Schreibmaschinenseiten und gibt den Zweifeln Ausdruck, die die Lektüre des französischen Projekts aufkommen ließ. Die Reichsregierung drückt den Wunsch aus, ihr zusätzliche Aufklärungen über eine Reihe von Punkten zu geben. Das deutsche Memorandum wird gegenwärtig von der französischen Botschaft in Berlin übersetzt und wird im Laufe des Abends nach Paris weitergeleitet werden.

Die heutigen Morgenblätter, welche die Meldung von der Einhändigung der Antwort an die Botschafter Frankreichs und Englands bringen, betonen, daß die Reichsregierung den Inhalt dieser Noten mit Rücksicht auf die erwarteten künftigen Verhandlungen mit einem strengen Geheimnis umgibt. Trotz dieses Vorbehalts kommentiert die Presse ausführlich den Standpunkt Deutschlands gegenüber der französischen Denkschrift und stützt sich dabei auf deren von der Pariser Presse veröffentlichten Inhalt. Die Darlegungen der deutschen Presse-Organe stimmen in der Begründung der voraussichtlich in der deutschen Antwort enthaltenen Thesen vollkommen überein. Aus diesen Kommentaren geht hervor,

> **daß man auf deutscher Seite eine Verständigung über die zahlenmäßige Stärke der künftigen deutschen Armee und über die Bestimmung der Art der Defensiv-Waffe für möglich hält. Entschieden abgelehnt wird dagegen die französische Forderung über die Probezeit, die mit den Grundsätzen der Gleichberechtigung unvereinbar sei und einer Entwürdigung des deutschen Volkes gleichkomme.**

Der „Völkische Beobachter" führt bei dieser Gelegenheit das wiederholt vom Reichskanzler Hitler betonte Argument an, daß Deutschland bereit sei, abzurüsten, sofern die anderen Staaten gleichzeitig dasselbe tun. Das führende Organ des Dritten Reiches betont, daß die Verantwortung dafür, daß es nicht zur Abrüstung gekommen sei, die anderen Mächte übernehmen müßten. Das Blatte hebt hervor,

> **daß Frankreich und England in der Abrüstungs-Politik die Schuldner Deutschlands geworden wären, während das Reich ihr Gläubiger sei.**

Die deutsche Antwort wurde Paul-Boncour nachgesandt.

Paris, 20. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Das „Journal" berichtet, daß der Text der deutschen Antwort sofort dem französischen Außenminister Paul-Boncour nach Genf übermittelt worden sei. Im übrigen begnügt sich das „Journal" mit dem Abdruck einer Meldung seines Berliner Berichterstatters, der behauptet, Deutschland nehme nicht klar Stellung, weil es durch die französischen Anregungen in Verlegenheit gebracht (?) worden sei, und weil es in seinem Interesse liege, die Verhandlungen nicht abreißen zu lassen, sondern sie fortzusetzen.

Der Berliner Berichterstatter des „Matin" meldet, daß der französische und englische Botschafter in Berlin noch am Freitag abend ihre Eindrücke über die deutsche Antwort ausgetauscht hätten.

Lebhaftes Interesse in England.

London, 20. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Die Überreichung der deutschen Antwort auf die französische Denkschrift wird von der englischen Presse in großer Aufmachung gemeldet. Die Berliner Vertreter der englischen Blätter berichten übereinstimmend, daß die Note in höflichem Tone gehalten sei, und heben überdies hervor, daß sie den Wunsch Deutschlands nach Fortsetzung der deutsch-französischen Besprechungen zum Ausdruck bringe.

„News Chronicle" meldet, daß auch die Antwort auf das englische Memorandum vom 20. Dezember versöhnlich gehalten sei.

Der Berliner Berichterstatter der „Times" sagt zu der deutschen Antwort auf die französische Denkschrift, man könne annehmen, daß Deutschland seine hauptsächlichsten Forderungen auf sofortigen Besitz von Defensivwaffen aufrecht erhalte. Der Weg für die weiteren Verhandlungen bleibe offen, aber, so betont der Korrespondent weiter, Deutschland verlange die praktische Anerkennung seines Rechtes auf Rüstungsgleichheit jetzt und in späteren Jahren.

Simon will die deutsche Antwort in London prüfen.

London, 20. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Zur Abreise des englischen Außenministers aus Genf meldet Reuter, es verlaute, Simons Abreise sei teilweise durch die Benachrichtigung beeinflußt worden, daß die deutsche Antwort überreicht worden ist. Simon wünsche, in London zu sein, um sich mit den übrigen Kabinettsmitgliedern über den Text der deutschen Note zu beraten.

Das Schicksal der Abrüstungs-Konferenz.

Aus Genf wird gemeldet:

Am Freitag nachmittag trat das sogenannte „Kleine Präsidium" der Abrüstungs-Konferenz zusammen. Es besteht aus dem Präsidenten Henderson, dem Berichterstatter Benesch, dem Vizepräsidenten Politis und dem Generalsekretär des Völkerbundes Avenol. Zwischen den anwesenden Ministern haben verschiedene Unterredungen stattgefunden. Insbesondere ist am Donnerstag ein Essen, das der Ratspräsident, wie üblich, den Mitgliedern des Rates gab, zur Aussprache benutzt worden. Man hat aber den Eindruck, daß konkrete Beschlüsse irgend welcher Art bisher nicht gefaßt worden sind, und nicht gefaßt werden konnten, weil dazu ja die wichtigste Grundlage, nämlich die Antwort Deutschlands auf die französische Denkschrift fehlte.

Im übrigen dürfte weiter die Ansicht vorherrschen, **daß die notwendigen Voraussetzungen für einen Wiederbeginn der Abrüstungs-Konferenz noch in keiner Weise vorliegen,** wenngleich sich Bestrebungen geltend machen, eine erneute Vertagung der Hauptkonferenz der Abrüstungs-Konferenz um Monate zu verhindern.

Sensationelle Verhaftungen in Danzig.

Große Kommunisten-Zentrale in Zoppot ausgehoben!

Danzig, 20. Januar. Der Danziger Polizei ist es in den letzten Tagen gelungen, eine kommunistische Zentrale aufzuheben, die als eine der größten Europas anzusehen ist. Dieses kommunistische Zentralbureau hatte seinen Sitz im Ostseebad Zoppot. Die Leiter waren zwei ostjüdische Studenten, der 22jährige Lajb Fajgenbaum und Jefim Laskow, beides polnische Staatsangehörige.

Die Leichtigkeit der Grenzüberschreitung im Danziger Freistaat macht den Schmuggel von Hetzschriften nach Danzig ganz besonders leicht, und so bedurfte es monatelanger sorgfältiger Beobachtungen, bis die Danziger Polizei zugreifen konnte. Es wurde kommunistisches Hetzmaterial aufgefunden, und zwar in Russisch, Polnisch, Französisch, Deutsch, Italienisch, Schwedisch, sogar in Esperanto. Es handelt sich nicht nur um kommunistische Kampf- und Zersetzungsschriften, sondern hauptsächlich auch um Hunderte von Anweisungen in verschiedenen Sprachen, wie der kommunistische

---

Die vorliegende Ausgabe der „Deutschen Rundschau" enthält folgende Beiträge, auf die wir besonders hinweisen:

1 Erinnerungen an des Marschalls Piłsudski Verbannung nach Sibirien;

2. eine wirklich große und mannhafte Rede des Senatspräsidenten Dr. Rauschning in Genf;

3. beachtliche Ausführungen des polnischen Kultusministers Jędrzejewicz vor dem Haushalts-Ausschuß des Sejm,

und vieles andere mehr.

Kampf in die westlichen Kulturländer vorzutragen sei. Besonders reichlich sind auch die beschlagnahmen Schriften gegen den italienischen Faszismus in italienischer und französischer Sprache. Zahlreiches Adressenmaterial über kommunistische Stellen im Auslande und insbesondere eine Liste aller kommunistischen Agenten in Polen wurden aufgefunden.

Die Danziger Polizei hat der Polnischen Regierung eine Zusammenarbeit in der Weise angeboten, daß für Polen eine Auswertung des beschlagnahmten Materials erfolgen kann. Die beiden verhafteten Studenten, die von ausländischer kommunistischer Seite erhebliche Gelder bezogen haben, waren Mitglieder des jüdischen Arbeiterklubs in Danzig, einer inzwischen aufgeflogenen ostjüdischen Organisation, die rein kommunistischen Charakter trägt.

(Vergl. dazu auch die Ausführungen des Senatspräsidenten Dr. Rauschning vor der internationalen Presse in Genf — auf der 3. Seite der 1. Beilage der vorliegenden Zeitung.)

Wieder einmal:

Auf den Spuren von Fräulein Margarete Krenz.

Einen guten Fang

glaubte ein eifriger Polizeiwachtmeister im Kreise Schubin zu machen, als er am 17. d. M. die bekannte deutsche Wanderlehrerin, Fräulein Margarete Krenz, in dem Dorfe Friedrichsgrün (Godzimierz) stellte und nach Schubin brachte. Er erzählte ihr, daß er der gleiche Beamte wäre, dem es seinerzeit gelungen sei, die Übeltäter, die im Religionsunterricht angeblich den Kindern das Deutsche lehrten, gefaßt zu haben. In Schubin war er dann so menschenfreundlich, Fräulein Krenz nicht in das Gefängnis einzuliefern, „da das ja wohl nicht nötig sei", sondern er brachte sie bei einer alleinstehenden deutschen Dame für die Nacht unter. Bei dem Verhör am nächsten Morgen vor dem Oberwachtmeister auf der Polizei in Schubin gab dann Fräulein Krenz zu Protokoll, daß sie gemäß ihrem Ausweis als deutsche Wanderlehrerin die Elternhäuser besuche, um den Eltern jener deutschen Kinder, die in polnische Schulen gehen müßten, wo sie keine Deutschstunden mehr haben, Hinweise zu geben, wie sie selbst ihren Kindern das deutsche Lesen und Schreiben beibringen und sie an Hand der Rechtschreibung und des Lesebuches in dem schriftlichen und mündlichen Gebrauch ihrer deutschen Muttersprache fördern könnten. Die Behandlung und die ganze Art der Vernehmung durch den Oberwachtmeister war durchaus höflich und freundlich. Dann mußte Fräulein Krenz zusammen mit einem Wachtmeister nach Bromberg zur Kriminalpolizei fahren. Hier wurde sie weiter keinem Verhör unterworfen und konnte ohne irgend welche Beanstandung wieder ihrem Dienste nachgehen.

Es ist zu hoffen, daß der eifrige Wachtmeister, der vielleicht glaubte, durch die Festnahme von Fräulein Krenz seiner Behörde einen großen Dienst zu erweisen, in Zukunft harmlose Staatsbürger unbehelligt lassen wird. Einen eigenartigen Eindruck hat es auf ihn allerdings schon gemacht, als er bei der Taschenrevision feststellen mußte, daß die „gefährliche Person" auch freiwillige Staatsanleihe gezeichnet hat.

Nur eine Knallbüchse.

Zur Demonstration vor der deutschen Gesandtschaft.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Das Attentat auf die deutsche Gesandtschaft in Warschau hat nunmehr seine völlige Aufklärung gefunden. Alle Umstände sind bereits bekannt; sie sind nichts weniger als schauereregend. Der von der Polizei angehaltene „Attentäter" ist der 45jährige Szyja Bachman, ein Jude mit deutscher Staatsangehörigkeit, die er offenbar erst in der Nachkriegszeit erworben hatte, Dieser Szyja Bachmann, der erst unlängst in Polen eingetroffen war, wurde in dem Augenblick festgenommen, als er vom Hofe aus Schüsse gegen die Fenster des Amtsgebäudes der Gesandtschaft abgab. **Er schoß ejdoch nicht aus einem Revolver, sondern aus einer ganz ungefährlichen Waffe, nämlich aus einer Knallpistole (Straszak),** deren man sich in Warschau zu Abschreckungszwecken vielfach bedient.

Bei dem Verhör erklärte Bachmann, wie das „ABC"-Blatt mitteilt, er wäre von den deutschen Behörden genötigt worden, Deutschland zu verlassen. Gleichzeitig wäre ihm auch sein Vermögen beschlagnahmt worden. Bachmann hat in Berlin seine Frau und sein Kind zurückgelassen. Seit einiger Zeit — sagte er aus — besuchte er die Deutsche Gesandtschaft, um die Rückgabe seines Vermögens zu erwirken. Am Donnerstag, um 1 Uhr mittags, wurde ihm der endgültige Bescheid mitgeteilt, daß ihm sein Vermögen nicht zurückgegeben werde. (Vermutlich hat Szyja seine Steuern nicht bezahlt. D. R.) Die abschlägige Antwort auf sein Gesuch habe ihn derart außer Fassung gebracht, daß er sich nicht beherrschen konnte und eine Demonstration durch Abgabe von Knallschüssen ausführte.

Wieviel Ausländer gibt es in Polen?

Die Mehrzahl sind Reichsdeutsche.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Nach den Berechnungen des Statistischen Hauptamtes hielten sich in Polen im Jahre 1932/33 200 000 Ausländer auf, die ein Einreisevisum oder eine Aufenthalts-Erlaubnis für Polen erhalten hatten. Im Jahre zuvor, d. h. im Jahre 1931/32 war die Zahl der in Polen weilenden Ausländer beträchtlich größer, denn sie betrug 266 000 Personen. Über die Hälfte der sich im Jahre 1932/33 in Polen aufhaltenden Ausländer waren **deutsche Staatsangehörige,** deren Zahl 105 000 betrug. An zweiter Stelle kamen Danziger Bürger (21 000). Die in Polen weilenden tschechoslowakischen, österreichischen und rumänischen Staatsbürger machten zusammen 11 000 Personen aus. Interessant ist die Tatsache, daß sich in Polen neben den vielen russischen Emigranten **9000 Staatsangehörige der Sowjetunion** aufhalten durften. Auch exotische Völkerschaften sind in Polen vertreten: Ägypter gab es 40, Japaner 301, Perser 601, Chinesen 169.

Nachspiel im Sejm

zur Befriedungsaktion in Galizien.

Warschau, 20. Januar. (PAT) In der Freitagssitzung des Sejm legten zunächst mehrere Abgeordnete das vorgeschriebene Gelöbnis ab. Als die Reihe an den Abgeordneten Ludwik Kulczycki (NPR) kam, rief der Abg. Lipinski vom Regierungsklub in den Saal: „Ein Agent der Regierungen der Teilungsmächte!" Daraufhin wurden von den Bänken des Regierungsklubs Rufe laut wie „Fort mit dem Spitzel!" Der Lärm dauerte längere Zeit hindurch.

Nach Annahme eines Gesetzentwurfs über die Streichung der Darlehen für die in Galizien im Jahre 1927 vom Hochwasser Geschädigten begründete der Abg. Krysak vom Nationalen Klub den Dringlichkeitsantrag seiner Partei, in dem Beschwerde darüber erhoben wird, daß sich die Polizei bei der sogenannten Befriedung der Kreise Mittel- und Westgaliziens der Mißhandlung der Bevölkerung schuldig gemacht hätten. Bei der Zitierung einiger Beispiele für diese Tatsache wurde der Redner des öfteren unterbrochen. Nachdem ein Abgeordneter des Regierungsblocks gegen die Dringlichkeit gesprochen hatte, mit der Begründung, daß in einem Dorfe auch zwei Polizisten gesteinigt worden seien, und daß diese Unruhen sich im Sommer ereignet hätten, die Sache also nicht so dringlich sei, wurde die Dringlichkeit des Antrages abgelehnt und der Antrag der Kommission überwiesen.

Zum Schluß gab der Abg. Lipinski (Regierungsklub) folgende persönliche Erklärung ab: „Da ich gewohnt bin, für meine Handlungen und Worte die Verantwortung auf mich zu nehmen, meine Worte aber in dem Lärm untergegangen sind, erkläre ich öffentlich, daß ich Herrn Ludwig Kulczycki für einen Agenten der Teilungsmächte halte, der unwürdig ist, ein Mandat in dieser Kammer zu bekleiden." (Rufe auf den Bänken des Regierungsklubs: „Fort mit ihm!") — Über den Termin der nächsten Sitzung werden die Abgeordneten schriftlich benachrichtigt werden.

*

Weitere polnische Kohlentransporte nach England.

Die industriellen Kreise in Sosnowice haben, der polnischen Presse zufolge, mit großem Interesse den Widerhall zur Kenntnis genommen, den in England der erste polnische Kohlentransport gefunden hat. Diese Kreise weisen darauf hin, daß die polnische Kohle die Konkurrenz sowohl in bezug auf die Sorte als auf den Preis sogar mit England in seinem eigenen Lande aushält. In dem letzten Falle, der soviel Staub aufgewirbelt hat, handelte es sich um den ersten Transport von 8000 Tonnen. Weitere Sendungen sollen in den nächsten Wochen erfolgen. Ausgeführt wurde bis jetzt nur der fünfte Teil der Bestellungen. Der erste polnische Kohlentransport soll aus dem Dombrowoer Kohlengebiet stammen.

Geburtenrückgang und Sozialversicherung.

In Kreisen der Deutschen Arbeitsfront wird mit stichhaltigem Material auf den engen Zusammenhang von Geburtenstand und Sozialpolitik hingewiesen. In der von Albert Müller verfaßten Betrachtung heißt es, daß der neue Staat zwar kein Wohlfahrtsstaat sei, daß er es aber als maßgebendes Prinzip anerkenne, jeglicher Leistung zur Anerkennung zu verhelfen. Daher gelte es, jede nur denkbare Gefahr von dem gigantischen Sozialversicherungswerk abzuwehren und die schwer erkämpften Rechte und Ansprüche der Arbeitsopfer an die Sozialversicherung zu wahren. Durch das Sanierungsgesetz des Kabinetts Hitler sei bereits Vorsorge in dieser Richtung getroffen.

Das Gespenst des Geburtenrückganges bleibe aber eine schleichende Gefahr auch für die Sozialversicherung. Die bei dem mangelnden Geburtenstande drohende Vergreisung des deutschen Volkes sei erster Totengräber der Sozialversicherung. Wenn im Jahre 1880 in Deutschland auf 1000 gebärfähige Ehefrauen noch 307 Lebendgeburten kamen, so belief sich die entsprechende Zahl im vergangenen Jahre nur noch auf 100,7. Im Jahre 1932 wurden nur noch 975 000 Lebendgeburten gezählt, gegen nahezu 3 Millionen im Jahre 1880. Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre seien in Deutschland 40 Prozent aller Ehen kinderlos gewesen, 33 Prozent hatten ein oder höchstens zwei Kinder, während nur 2 Prozent aller Ehen mehr als drei Kinder hatten. Der reichsdeutsche Geburtenüberschuß war bereits im letzten Jahre um 200 000 geringer als der des polnischen Staates, obwohl der polnische Staat nur die Hälfte der deutschen Einwohnerzahl aufweist.

Das habe zur Folge, daß der Anteil der Greise in Deutschland immer stärker werde und daß also die Belastung der Sozialversicherung immer erheblicher werden müsse, ohne daß genügend junger Nachwuchs im Arbeitsprozeß als Beitragszahler vorhanden sei. Die deutsche Invalidenversicherung habe bereits in den letzten Jahren erhebliche Beitragserhöhungen und Leistungssenkungen aufgewiesen. In der Zeitspanne von 1913—1931 sei nämlich die Anzahl der Versicherten um rund eine Million zurückgegangen. Die bevölkerungspolitische Aufklärungsaktion dürfe auch diese Zusammenhänge nicht übersehen.

*

Verhaftungen.

Die Staatspolizeistelle in Stettin teilt mit, daß der Ortsgruppenführer des Stahlhelm von Plathen-Poggendorf und der Stahlhelmredner Volksmann-Streu auf Rügen in Schutzhaft genommen worden sind. Nach den bisherigen Mitteilungen wird ihnen zum Vorwurf gemacht, führende Nationalsozialisten beleidigt zu haben. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

Die Justizpressestelle Breslau gibt bekannt, daß am Dienstag der Waldenburger Pfarrer Weichenhein wegen Verleumdung des Reichsjugendführers Baldur v. Schirach in Schutzhaft genommen worden sei. Dieser Geistliche soll — so bemerkt der V. B. — die unglaubliche Behauptung aufgestellt haben, der Reichsjugendführer sei ein Jude und heiße eigentlich Baruch Meyer!!

*

Das Hakenkreuz als Symbol der neuen Postdienstmarken.

Wie das VDZ-Bureau meldet, hat die Deutsche Reichspost neue Dienstmarken zu 3, 4, 5, 6, 8, 10, 12, 15, 20, 30, 40 und 50 Pfennig herstellen lassen. Die Farben der Marken von 3 bis 40 Pfennig entsprechen den Farben der gleichwertigen Freimarken der letzten Ausgabe, **während die Dienstmarke zu 50 Pfennig goldgelb ist.** Als einziges Symbol befindet sich in der Mitte der neuen Marken das Hakenkreuz, über dem die Wertangabe und unter dem die Inschrift „Dienstmarke Deutsches Reich" angebracht ist.

*

Reichstreffen der Pour le mérite-Ritter.

Am Geburtstag Friedrichs des Großen, des Stifters des Ordens Pour le mérite, also am 24. Januar, werden zahlreiche Ritter dieses Ordens in Berlin zur ersten gemeinsamen Tagung der Ritterschaft zusammentreten.

Generalmajor von Witzleben, der Feldzugskommandeur der Danziger Grenadiere, hatte schon unmittelbar nach dem Kriege den Gedanken des Zusammentritts angeregt, der dann allerdings erst im Mai vergangenen Jahres zur Durchführung kam. Die Schirmherrschaft hat der preußische Ministerpräsident Göring übernommen.

Von den insgesamt noch lebenden 460 Rittern des Pour le mérite sind bisher 250 in die Ordenskameradschaft aufgenommen. Von ihnen haben sich 160 aus allen Teilen des Reiches zur Berliner Tagung angemeldet.

*

Der Masurenkanal soll gebaut werden.

Ostpreußen hat ein großes Seengebiet, das aber für die Schiffahrt nur wenig ausgenutzt ist, da keine ausgebauten Wasserstraßen zum Meer vorhanden sind. Die Wichtigkeit eines Verbindungskanals von den Seen zur Ostsee hatte man schon in der Ordensritterzeit erkannt, aber erst waren es technische Schwierigkeiten, dann der Mangel an Mitteln, das große Projekt zur Durchführung zu bringen.

Vor dem Krieg hatte man dann endlich das große Bauprojekt des Masurenkanals in Angriff genommen, aber der Krieg legte alle Arbeiten wieder still. So ruhte das Projekt bis zum heutigen Tage. Nunmehr sind wieder Kräfte wach geworden, die mit aller Energie das begonnene Werk zu Ende führen wollen.

Das Reichsverkehrsministerium hat die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt. Man beginnt jetzt, die 20 Jahre alten Entwürfe zu erneuern und die Vorarbeiten zu leisten, so daß im kommenden Sommer der Weiterbau des Kanals wieder aufgenommen werden kann.

Kleine Rundschau.

Deutsch-polnische Boxerbegegnung.

Warschau, 20. Januar. (PAT.) Der polnische Boxerverband hat sich in einer besonderen Sitzung mit der Angelegenheit des deutsch-polnischen Länderkampfes beschäftigt, der am 4. Februar in Posen stattfinden sollte, jedoch infolge der Absage der deutschen Mannschaft nicht zum Austrag kommen kann. Wie bereits gemeldet wurde, hatte der polnische Boxerverband zunächst die Mitteilung des deutschen Verbandes nicht zur Kenntnis genommen, er hat sich jetzt aber entschlossen, den Termin der Begegnung um eine Woche zu verlegen, d. h. das Treffen am 11. Februar d. J. stattfinden zu lassen. Gleichzeitig hat der polnische Verband auf internationalem Gebiet gegen die Haltung des deutschen Verbandes protestiert.

Auf den Puffern von Warschau quer durch Deutschland nach Frankreich.

Paris, 20. Januar. (PAT.) Aus Macon wird berichtet, daß man dort zwei junge Polen, und zwar einen 20jährigen namens Malinowski und einen 15jährigen namens Banasiak, festgenommen habe, die auf den Puffern eines Zuges aus Warschau nach Frankreich gelangt sind. Im Laufe von 38 Stunden reisten die beiden jungen Leute quer durch Polen, durch ganz Deutschland und einen Teil Frankreichs und wurden erst in Macon entdeckt.

Rundschau des Staatsbürgers.

Umsatzsteuererklärungen bis 15. Februar.

Nach Art. 52 und 55 des Gewerbesteuergesetzes muß die Anzeige des Umsatzes vom Jahre 1933 von den dazu verpflichteten Gewerbetreibenden bis 15. Februar erfolgen. Zur Abgabe der Steuererklärung sind, woran die Finanzkammer in Posen erinnert, verpflichtet:

1. Jedes selbständige Handelsunternehmen der 1. und 2. Kategorie;
2. jedes selbständige Gewerbe- (Industrie-) Unternehmen der 1. bis 5. Kategorie;
3. jede gewerbliche Beschäftigung der Kategorien 1 und 2a und b, und
4. jeder selbständige Unternehmer freier Berufe.

Unternehmen, die verschiedenen Steuerstufen unterliegen, müssen die in den verschiedenen Stufen erzielten Umsätze gesondert abgeben.

Handelsunternehmen 3. und 4. Kategorie können ebenfalls Steuererklärungen abgeben. Sie müssen sich dann jedoch verpflichten, ihre Angaben mit Geschäftsbüchern zu belegen. Die Schätzungskommission muß dann diesen angegebenen Umsatz als Grundlage für die Berechnung der Steuer annehmen. Dasselbe betrifft Gewerbeunternehmen 6. bis 8. Kategorie. Formulare für die Steuererklärung sind kostenlos im Finanzamt erhältlich. Handels- und Gewerbeunternehmen, die für die Jahre 1932/33 eine Pauschalsumme berechnet bekamen, brauchen keine Steuererklärung abzugeben.

Ev.-luther. Kirche, Posenerstraße 26. 9½ Uhr: Lesegottesdienst. Freitag 7 Uhr: Bibelstunde.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 20. Januar 1934.

Krakau — 2,85, Zawichost + 1,43, Warschau + 1,16, Plock + 1,52, Thorn + 0,89, Fordon + 1,10, Culm + 0,90, Graudenz + 1,28, Kurzebrak + 1,44, Pieckel + 0,72, Dirschau + 0,62, Einlage + 2,12, Schiewenhorst + 2,42.

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 20. Januar.

Heiter und trocken.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet meist heiteres und trockenes Wetter bei wenig veränderten Temperaturen an.

Deutsche Bühne Bromberg.

„Wenn der Hahn kräht".

Komödie von August Hinrichs.

August Hinrichs, der einfallsreiche Verfasser der dreiaktigen Komödie „Wenn der Hahn kräht", scheint die Jahrhunderte vertauscht zu haben. Bei seinem neuen Stück fühlt man, daß er irgend welche geistigen Beziehungen zu Kleist angeknüpft hat. Es scheint, als ob der Krug von Heinrich Kleist erst zerbrochen werden mußte, um Hinrichs krähendem Hahn die Möglichkeit zu geben, in diesen Tonscherben herumzuscharren. Aber dieser Hahn ist nicht von ohne. Er hat literarische Veranlagung, und zuletzt sieht man sich vor die Tatsache gestellt, daß Kleists zerbrochener Krug und Hinrichs krähender Hahn eine vollendete Einheit ergeben, d. h., wenn dieser Hahn kräht, dann beginnt eine Komödie, die selbst einem Heinrich von Kleist Ehre gemacht hätte, wenn er seinen „Krug" nicht geschrieben haben würde.

Die ganze Anlage des neuen Stückes von Hinrichs hat nämlich eine verblüffende Ähnlichkeit mit dem erwähnten Stück von Kleist. Wenn dort der Amtsrichter Adam der Schwerenöter des Dorfes ist, so ist es hier der Gemeindevorstand Kreyenborg, der vor die richterliche Gewalt gehört. Die Mittel der Beweisführung sind ähnliche, sie unterliegen lediglich den Erfordernissen der Zeit: dort ist es die Perücke, die am Spalier gefunden wird, hier ist es der Stiefel, den der Gemeindevorsteher bei seiner Flucht im Kot verliert. Und dennoch hat das Stück seinen ganz besonderen Reiz. Es bringt eine derbe Note mit, so wie sie unsere Zeit und unser Publikum zuweilen liebt, alle literarischen Bedenken werden mit einem kernigen Witz und mit einem ursprünglichen Humor überbrückt, und zuletzt ist der kritische Beobachter an der Nase herumgeführt, wenn er glaubt, das Ende aus den Gedankengängen von Kleist ableiten zu können.

Nach dem „Krach um Jolanthe" hat Hinrichs den zweiten guten Wurf getan. Die Bühnenstücke dieses ehemaligen Tischlergesellen sind jetzt die Komödien unserer Tage, auf die wir gewartet haben. Urwüchsig, voller Einfälle, bühnenwirksam und erfolgreich. Der Theatergeist der letzten zehn Jahre ist aus ihm verdrängt. Seine Stücke vertragen nicht Komödianten und Mimen bestimmter Schulen oder bestimmter Theraterrichtungen. Er braucht handelnde, urwüchsige Gestalten, denen der Mutterwitz als kostbares Geschenk auf den Lebensweg gegeben wurde. Nichts weiter.

Der zweite große Komödienerfolg der Deutschen Bühne Bromberg. Ein gut besetztes Haus mit einem Publikum, das an diesem Abend köstlich lachen konnte und mit dem Beifall nicht zurückhielt, dort wo er angebracht war. Die Aufführung brachte gleichzeitig einen Ehrenabend für Fräulein Jutta von Zawadzky. Sie war sich der besonderen ihr an diesem Abend zugedachten Aufgabe bewußt und spielte die Tochter des Gemeindevorstandes mit erfreulicher Natürlichkeit. Frl. von Zawadzky, der langjährigen Darstellerin der weiblichen Jugendrollen der Deutschen Bühne Bromberg, wurden zahlreiche Ehrungen zuteil.

Die Mitspieler spielten mit der gleichen Freude wie im „Krach um Jolanthe". Willi Damaschke brachte den „in schweren Nöten" befindlichen Gemeindevorstand in überlegener Art mit einer Anlehnung an die Charakteristik des Amtsrichters Adam bei Kleist. Erich Uthke scheint sein Spezialgebiet zu finden. Seine Darstellungen der dummschlauen Knechte sind unnachahmlich. Wieder ein Erfolg! Frau Charlotte Damaschke hat die Gestalt der Dorfschneiderin Witt so abgerundet geboten, daß von der Vielrederei und der kleinen Hysterie dieser Dorfschneiderin auch nichts verloren ging. Gut war gleichfalls Marta Labisch als Frau des Gemeindevorstehers. Die Herren Georg Klotz, Dr. Hans Titze, Max Genth, Arthur Sonnenberg und Seppl Kocikowski haben diese Gruppe zu einem ausgezeichneten Ensemble vervollständigt. Zuweilen schien die technische Beherrschung noch nicht ganz geglückt zu sein, ein noch lebhafteres Tempo dürfte dem Charakter des Stückes noch mehr entsprechen. A. S.

§ **Apotheken-Nacht- und Sonntags-Dienst** haben bis zum 22. früh Engel-Apotheke, Danzigerstr. 65, Apotheke am Theaterplatz und Apotheke in Schwedenhöhe, Adlerstr. (Orla) 8. Vom 22. d. M. bis zum 29. früh Bären-Apotheke, Bärenstr. (Niedźwiedzia) 11 und Kronen-Apotheke, Bahnhofstr. 48.

§ **Die Zuschlagszahlungen der Versicherten.** Beginnend mit dem 22. Januar d. J. werden die öffentlichen Versicherungsanstalten die Zuschläge von den Versicherten und ihren Angehörigen für ärztliche Untersuchungen und die Ausgabe von Medizin erheben, und zwar in Höhe von 20 und 10 Groschen. Diese Sonderabgaben, über die wir bereits berichteten, werden nicht erhoben bei Unfällen während der Arbeit, bei Berufserkrankungen, bei Hilfeleistung der Hebammen sowie bei denjenigen Versicherten, die länger als 28 Tage arbeitsunfähig sind.

§ **Zu dem schrecklichen Unglück,** das sich vor dem Hause Danzigerstraße 27 ereignet hat, erfahren wir noch, daß die verstorbene Irena Mądrowska mit ihrer Freundin untergehakt an dem kritischen Abend die Danzigerstraße entlangging. Während die M. von einem der großen Zementstücke getroffen wurde, blieb die dicht neben ihr gehende Freundin völlig unverletzt. Die Beerigung der beiden Opfer wird am Sonntag auf dem neuen katholischen Friedhof auf Kosten der Stadt erfolgen. — Im Zusammenhang mit der Katastrophe werden überall, vor allen Dingen aber an den öffentlichen Gebäuden, Prüfungen der Fassaden, Gesimse usw. vorgenommen. Die Beseitigung von brüchigen und die Öffentlichkeit gefährdenden Verzierungen ist von den maßgebenden Behörden angeordnet worden und wird energisch durchgeführt.

§ **Einen Selbstmordversuch** unternahm gestern vormittag eine etwa 20jährige weibliche Person, indem sie eine größere Menge Lysol zu sich nahm. Die Lebensmüde wurde in das Städtische Krankenhaus eingeliefert, wo eine Auspumpung des Magens vorgenommen wurde. Die Tat soll auf Familienzerwürfnisse zurückzuführen sein.

§ **Während einer Auseinandersetzung** verletzt wurde der 65jährige Władysław Andrzejewski. Zwischen dem A. und dem Mieter Lewandowski kam es infolge persönlicher Differenzen zu einer Schlägerei, wobei L. dem A. mit einem stumpfen Gegenstande eine gefährliche Kopfverletzung beibrachte. Der Verletzte wurde nach dem Städtischen Krankenhause gebracht.

§ **Beim Sturz eine Schaufensterscheibe eingeschlagen** wurde gestern morgen in dem Kolonialwarengeschäft Geiger in der Mittelstraße. Eine Kundin, die mit einer Milchkanne das Geschäft betreten wollte, glitt vor der Tür so unglücklich aus, daß sie mit der Milchkanne die Schaufensterscheibe einschlug, ohne slebst eine Verletzung davonzutragen.

Deutsches Volk

Laßt Licht herein und öffnet die Tore!
Es muß das Ziel doch gewonnen sein!
Und brennt der Himmel wie Blut so rot
und ist's unsre Zeit der großen Not —
am Ende der Nacht
kommt das Morgenlicht —
wanket nicht, fürchtet nicht!

Wir aber wollen zusammenhalten,
wir aber wollen zusammenstehen,
gegen die Flut uns stemmen,
Ströme in Ufer dämmen,
so daß nach der stürmischen Flut,
wenn Wasser und Wind wieder ruht,
nur klarer und heller das Licht —
wanket nicht, fürchtet nicht! —

Carl Lange, Danzig-Oliva
„Strom aus der Tiefe."

§ **Ein Unterschlagungsprozeß** fand vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts statt. Zu verantworten hatte sich der 46jährige pensionierte Offizier und frühere Wójt Jan Ziołecki, zurzeit in Lemberg wohnhaft. Dem Angeklagten wird zur Last gelegt, daß er als kommissarischer Wójt in Nakel in der Zeit vom 23. September 1932 bis zum 24. Juni 1933 zum Schaden des Staatsschatzes und anderer amtlicher Verwaltungsinstitutionen einen Betrag in Höhe von 5977,91 Złoty unterschlagen und das Geld für seine eigenen Zwecke verbraucht habe. Besonders geschädigt wurden die Versicherungsanstalt in Posen und die Landwirtschaftskammer. Der Angeklagte war, wie aus der Anklageschrift hervorgeht, verpflichtet, die Beiträge, die für obige Institutionen eingingen, den genannten Verwaltungen zu überweisen, was er jedoch unterlassen hatte. Am 24. Juli v. J. hatte er aus eigenem Antriebe seine Stellung verlassen und sich freiwillig dem Staatsanwalt beim hiesigen Bezirksgericht gestellt, dem er von seinen Unterschlagungen Mitteilung machte. Vor Gericht bekennt sich Z. in vollem Umfange zur Schuld. Zu seiner Verteidigung führt er an, daß er als pensionierter Offizier eine Pension in Höhe von nur 160 Złoty bezogen habe. Sein Gehalt als Wójt sei ebenfalls sehr niedrig bemessen gewesen. Infolge Erkrankung seiner Mutter und der Ausgaben für seine Familie geriet er immerm mehr in Schulden. Hinzu kam noch, daß er für einen Freund einen Gefälligkeitswechsel in Höhe von 4000 Złoty giriert hatte, den dieser dann nicht auslöste. In seiner Not habe er sich dann an den Amtsgeldern vergriffen. Er habe sich dann um Hilfe an seinen Bruder gewandt. Leider war der Bruder infolge der Wirtschaftskrise nicht in der Lage, ihm zu helfen. Seine Verfehlungen bereue er aufrichtig. Aus den Zeugenaussagen, insbesondere aus den Aussagen des Kreiskontrolleurs Krobacz, der zuerst bei einer Revision die Verfehlungen entdeckte, sowie aus denen des Direktors Dakowski von der Kommunalsparkasse in Wirsitz geht hervor, daß eine Verordnung bestanden habe, wonach die Beiträge für die Versicherungsanstalt nicht der Wójt, sondern die einzelnen Schulzen einzukassieren hatten. Von den einkassierten Geldern standen dem Angeklagten nur zwei Prozent Provision zu. Verschiedene andere Zeugen können zur Sache selbst nichts Wesentliches aussagen. Das Gericht verurteilte den Angeklagten nach durchgeführter Verhandlung zu zwei Jahren Gefängnis. Da Z. bis jetzt noch nicht vorbestraft ist, wurde ihm ein vierjähriger Strafaufschub gewährt unter der Bedingung jedoch, daß er im Laufe von zwei Jahren die unterschlagene Summe zurückzahlt. ‡

§ **Der heutige Wochenmarkt** brachte sehr starken Verkehr; das Angebot ließ nichts zu wünschen übrig. Zwischen 10 und ½11 Uhr forderte man für Butter 1—1,20, für Eier 1,50—2,00, Weißkäse 0,20—0,30, Tilsiterkäse 1,50—1,60. Die Gemüse- und Obstpreise waren wie folgt: Weißkohl 0,07, Rotkohl 0,10, Rosenkohl 0,25—0,30, Wirsingkohl 0,10, Wruken 0,10, Rote Rüben 0,10, Spinat 0,35, Zwiebeln 0,10, Äpfel 0,15, Apfelsinen 0,40 das Stück. Für Geflügel zahlte man: Enten 3—4,00, Gänse 6—7,00, Hühner 2—3,50, Tauben 0,60—0,70, Puten 6—7,00. Hasen kosteten 2,30—2,50. Der Fleischmarkt lieferte Speck zu 0,85—0,90, Schweinefleisch und Rindfleisch zu 0,60—0,70, Kalbfleisch 0,60—0,80, Hammelfleisch 0,50 bis 0,60. Für Fische zahlte man: Hechte und Schleie 1,00—1,20, Plötze drei Pfund 1,00, Bressen 0,80—1,00, Barse 0,40—1,00, Karauschen 0,60—1,00, Aalquappen 0,60, Frische Heringe drei Pfund 1,00.

Stavisky war in Inowrocław?

Wie aus Inowrocław gemeldet wird, weilte unter dem Namen Monsieur Alexandre der größte Hochstapler des 20. Jahrhunderts, Stavisky, im Jahre 1924 nahezu einen Monat in unserer Stadt als Kurgast. In seiner Begleitung befand sich eine elegante Dame, mit der er in einer ebenso eleganten Limousine Ausflüge in die Umgebung, auch nach Thorn, Bromberg, Ciechocinek machte. Stete Gäste waren die beiden auch bei den Dancings im Park Miejski, wo man ihnen, von ihrem Reichtum angezogen, allgemein huldigte. Bei der Weinfirma Makowski in Kruschwitz hatte Stavisky 200 Flaschen Wein ohne Etiketts bestellt, zu 2 Złoty die Flasche, die er dann in einem Nachtlokal als echten „Haute Sauterne" für 20 Złoty die Flasche verkaufte. Bald nach seinem Aufenthalt hier ging Stavisky nach Frankreich.

☐ **Crone** (Koronowo), 19. Januar. Auf dem letzten Wochenmarkt wurden folgende Preise gezahlt: Butter 1,10—1,20, Eier 1,60—1,80 die Mandel. Mastschweine brachten 35—42 Złoty der Ztr., Baconschweine 33—34 Złoty, Absatzferkel 15—25 Złoty das Paar.

k **Czarnikau** (Czarnków), 19. Januar. Eine Unterverbandstagung des Verbandes deutscher Genossenschaften fand gestern hier im Bahnhofshotel statt. Herr Saenger-Eichquast eröffnete die Tagung, worauf Verbandsdirektor Dr. Swart über die Aufgaben des Genossenschaftswesens in der Gegenwart und über Lehren der Krise im Warenverkehr, Zinssenkung und anderes sprach. Bei der sehr lebhaften Aussprache wurde der Verbandsdirektion von allen Seiten das Vertrauen ausgesprochen. Direktor Greisler sprach über den Warenverkehr der Zentralgenossenschaft im letzten Jahr. Bei der Wahl des Unterverbandsdirektors und seines Stellvertreters wurden die bisherigen Herren einstimmig wiedergewählt.

z **Inowrocław**, 19. Januar. Im Dorfe Brześć Kuj. war der Landwirt Brzesinski mit dem Reinigen des Revolvers beschäftigt, als ein Schuß losging und die Kugel seinen fünfjährigen Sohn Mieczysław traf. In schwerverletztem Zustande brachte man das Kind in das Krankenhaus, wo es bald darauf starb.

Im Walde Osięciny stürzte beim Fällen ein Baum auf den hinzukommenden Förster Mackiewicz, wobei dieser einige schwere Verletzungen am Kopfe erlitt.

* **Lissa** (Leszno), 20. Januar. Das Deutschtum in Lissa hat in den letzten acht Tagen zwei schwere Verluste hinnehmen müssen. Pastor D. Bickerich, der bekannte Forscher auf dem Gebiete der evangelischen Kirchengeschichte Polens, und Bankdirektor Hermann Runge sind durch den Tod der kleinen Lissaer deutschen Gemeinde entrissen worden. Zwei verschieden geartete Persönlichkeiten, dennoch zwei Persönlichkeiten, die nach Art ihres Könnens und ihrer Fähigkeiten auf ihrem großen Arbeitsfelde in vielen Fragen das kulturelle und soziale Leben des Deutschtums in Lissa und Umgegend grundlegend beeinflußten. Während der Name Pastor D. Bickerichs, des Pfarrers an der Johannisgemeinde, weit über die Grenzen seiner engeren Heimat bekannt war, hatte der Name Hermann Runge, kraft der Klugheit und Erfahrung seines Trägers, in allen Fragen des täglichen Lebens einen großen Klang im Kreise Lissa. Er war ein Kind der Stadt, der in der alten Comenius-Stadt seinen Unterricht als Gymnasiast erhielt, den nur das akademische Studium und der Weltkrieg manche Jahre von seiner Heimat fernhielten, um nach dem politischen Umschwung seine ganze Kraft seinen Volksgenossen in seiner Vaterstadt zu widmen. Er war Gründer der „Landbank", die später eine Vereinigung mit der Vereinsbank vornahm, deren Leiter er bis zu seinem Tode war. Er war Vorsitzender zahlreicher Gesellschaften und karitativen Vereinigungen. Wer ihn persönlich kannte, bewunderte seine ungewöhnlichen Geistesgaben, seinen Scharfsinn und seinen Weitblick, wenn es um Dinge ging, die unser Volkstum berührten. Ihm galt seine ganze Arbeit, an ihm hing er mit ganzem Herzen. Er hatte einen klaren Blick für die Zukunft. Wird diese Lücke geschlossen werden können? Wir wissen es nicht, aber wir fühlen es, daß sie geschlossen werden muß zum Wohle des Lissaer Deutschtums, für das Hermann Runge seinen ganzen Einfluß in die Waagschale legte. — Während wir das schreiben, läuten die Glocken seiner schönen alten Heimatstadt über seinem offenen Grabe, das sich schließen wird, um die stete Erinnerung an diesen bewährten Sohn des Lissaer Deutschtums und an sein unermüdliches Schaffen wach zu halten.

z. **Mogilno**, 19. Januar. Selbstmord verübte am Mittwoch nachmittag der 33jährige Landwirtssohn Jan Ciemny aus Rzadkwin, Kreis Mogilno, in seiner Wohnung, indem er sich zwei Schüsse in die Brust jagte. Er war auf der Stelle tot.

n. **Nakel**, 20. Januar. Unbekannte Diebe drangen in den Nachmittagsstunden in die für kurze Zeit allein gelassene Wohnung des Gerichtsvollziehers Kozłowski, ul. Dąbrowskiego, und stahlen aus einem Schreibtischfach 500 Złoty Bargeld. Außerdem durchsuchten die Diebe die Schränke und entwendeten dort Wäsche. Die Diebe sind unbemerkt entkommen.

Auf dem heutigen Wochenmarkt wurde gezahlt: Butter 1,10—1,20, Eier 2—2,10, Hühner 2,30—3, Weißkäse 0,30—0,35.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströse; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Hepke; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann T. z o. p., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 16 Seiten einschließlich der „Hausfreund" Nr. 16 und „Die Scholle" Nr. 4.

Heute: „Illustrierte Weltschau" Nr. 4.

Ernst Adam
und Frau Irmingard
geb. Schauer
geben ihre **Vermählung** bekannt und **danken herzlichst** für die überaus vielen Liebesbeweise und Aufmerksamkeiten.

Praustfelde, den 20. Januar 1934. 690

Hebamme
erteilt Rat mit gutem Erfolg. Diskretion zugesichert. 676
Danek, Dworcowa 66.

Warschauerin erteilt 321
poln. Unterricht
Aleje Ossolińskich 10, l.



Stenographie 543
Stolze-Schrey erteilt
Swiętojańska 7 — 5.

Nach kurzem schweren Leiden verschied am Dienstag, dem 16. d. Mts., in Stettin mein lieber Mann und Vater meines Kindes, unser lieber Sohn und Bruder, der Bankbeamte

Erich Wiese

im blühenden Alter von 33 Jahren.

In tiefer Trauer
Die Hinterbliebenen der
Familie Wiese.

Stettin — Zempelburg — Bromberg.

Bekanntmachung des Stadtpräsidenten

Das Begräbnis der Opfer der schrecklichen Katastrophe in der ulica Gdańska,
Irena Mondrowska und **Jan Kranz**
findet auf Kosten der Stadt am Sonntag, **dem 21. Januar 1934,** statt.

Der Trauerkondukt bewegt sich aus der Leichenhalle des Militär-Lazaretts, ulica Jagiellońska, Eingang ul. 3-go Maja, um 14³⁰ Uhr zum neuen Pfarrfriedhof.

Die Mitglieder der städtischen Korporationen sowie die Beamten der Stadt Bydgoszcz bitte ich, geschlossen an dem Begräbnis teilzunehmen. 1289

Stadtpräsident. (—) L. Barciszewski.

Zur Anfertigung von
Trauer-Anzeigen
empfiehlt sich
A. Dittmann
G. m. b. H.
Bydgoszcz.

Unterricht
in **Buchführung**
Maschinenschreiben
Stenographie
Jahresabschlüsse
(eventl. mit Pension)
durch 8697
Bücher-Revisor
G. Vorreau
Marszałka Focha 10.

Junge Mädchen
aller Altersstufen beherbergen
die Erziehungsheime der

Hoffbauer-Stiftung
Potsdam-Hermannswerder 16

mit ihren mannigfachen Bildungsgelegenheiten:
Grundschule, Oberlyzeum,
einjährige und dreijährige Frauenschule.
Die Lage zwischen Wald und Wasser bietet reichliche Gelegenheit zu körperlicher Ertüchtigung. 8700

Rechts-angelegenheiten

wie Straf-, Prozeß-, Hypotheken-, Aufwertungs-, Erbschafts-, Gesellschafts-, Miets-, Steuer-, Administrationssachen usw. bearbeitet, treibt Forderungen ein und erteilt Rechtsberatung.

St. Banaszak
obrońca prywatny
Bydgoszcz 892
ul. Cieszkowskiego 4
Telefon **1304.**

Ausbildung zur dipl. Diätküchenleiterin!
Beginn des neuen einjährigen Lehrganges
am 16. April 1934.
Prospekt u. Auskunft durch die Schulleitung der
staatl. genehmigten **Diätfachschule Danzig,**
1274 Poggenpfuhl 60 — Fernruf 26 260.



Die größte Sensation der jetzigen Zeit!

Unsere Firma hat beschlossen, unter Berücksichtigung der jetzigen schweren materiellen Lage, an diejenigen Klienten, die während des Monats Januar unten angeführtes Komplett bei uns einkaufen, folgende Gegenstände unentgeltlich zu verteilen: 10 Stück weiße Leinwand, 3 Wecker einer Weltmarke, sowie 5 wattierte Decken mit Satinunterzug. In diesem Blatte wird die Liste derjenigen Klienten veröffentlicht werden, die die Prämie erhalten haben.

Nur für zł 24.—

versenden wir 12 m Bezugleinen, blau oder rot kariert, 10 m gelbl. Leinen für Wäsche und Laken, 6 m Zephir in modernen Streifen für Hemden und Damenblusen, 4 m Flanell für Winterwäsche, 8 m Leinen, gestreift, für jegliche Wäsche, sowie 10 m Handtuchleinen, kariert. Dies alles zusammen für zł 24.— Die Kompletts versenden wir an jeden per Postnachnahme nach Erhalt einer brieflichen Bestellung, zahlbar auf der Post beim Empfang der Ware. Ohne Risiko. Nicht gefallende Ware nehmen wir zurück und zahlen Geld retour. Bestellungen bitte zu adressieren an die Firma:
„Łódzka Tkanina" Łódź, skrz. poczt. 417.

1275

Bekanntmachung.
Am 9. Februar, 10 Uhr, werden durch Kreisgericht Działdowo zwangsweise 1238
140 Morgen Land
nebst Gebäud., Rahmstation verkauft. Totes und lebend. Inventar vorhand. Ausk. erteilt
Dorowski. Działdowo.



Keine elegante Erscheinung
ohne einem gutsitzend. bequem. **Büstenhalter, Korsett u. Leibhalter.** Diese liefert streng nach Figur und Maß gearb. nur die **Wiener Werkst.** von **Irene Guhl,** ul. Pomorska 54 l. Haltestelle d. Straßenbahn Cieszkowskiego.
Keine Ladenware. 686



8631

Geflügelhof Sławkowo
Post Ostaszewo-Toruńskie nimmt jederzeit Hühnereier zur Lohnbrut. Einlegegebühr je Ei 15 gr, Schlüpfgebühr je Küken 5 gr. Verkauf von Bruteiern: weiß. amerik. Leghorn 25 gr, Eintagsküken à 80 gr, Rote Rhodeländer je Ei 30 gr, Eintagsküken 90 gr, engl. Sussex je Ei 80 gr, Eintagsküken 1.60 zł. Bruteier gelb. Orpingtonenten je 60 gr. Versand nur geg. Nachn. od. Voreinsend. d. Betr. 1297

Wo?
wohnt der billigste Uhrmacher 897
und Goldarbeiter.
Pomorska 35.
Erich Luckizat.
Radio-Anlagen billigst.

Klavierstimmungen Reparaturen
sachgemäß billig. 538
Micherek, Grodzka 8.



Deutsche Volksbank
Bank spółdz. z ogran. odpowiedz.
w Bydgoszczy
und ihre Filialen in
Chełmno — Grudziądz
Koronowo — Swiecie
Wejherowo — Wyrzysk
empfehlen sich zur
Annahme von Spareinlagen
und zur 8046
Ausführung aller Bankgeschäfte

Mit dem 1. Januar d. Js. ist in Bydgoszcz
Plac Teatralny Nr. 4
ein

Fabrikverkaufslager
der Vereinigten Tuchfabriken
K. Scheibler & L. Grohman, S. A., Lodz
eröffnet worden!

Das Lager ist mit allen Arten von Weiß-, Bunt-, Bedruckt-, Roh-Baumwollgeweben und Steppdecken versehen.
In den nächsten Tagen beginnen in allen größeren Städten Pommerellens

Weiße Wochen
billigen Verkaufs aller Erzeugnisse.
1154

Empfehle mich zum
Verschneiden der Obstbäume
das ich fachgemäß ausführe. **Fr. Krause.**
ul. Senatorska 2. 611

Wäsche-Nähkurse
an eigen. Wäsche ert.
Wäsche-Atel. **Hasse,**
Marsz. Focha 26. 8787

Erprobte Mittel
gegen
Weißfluß zł 5.50, **Beinwunden** zł 4.50, **Krätze** zł 4.80, **Rheuma** zł 6.50, **Kräfteverfall und Nervenschwäche** 9.50, **Ratten** 4.60, **Umrindern** 5.00 u. **Nachgeburtbleiben der Kuh** zł 4.30 empfiehlt
Apotheke Radzyn,
1216 Pomorze.

Umsonst 1086
nicht aber sehr billig

Weizenmehl	½ kg	-.15
Bratenfett	½ „	-.68
Kunstschmalz	½ „	-.88
Margarine .	½ „	-.88
Speiseöl . .	Liter	1.35
Petroleum	„	-.55
Soda	½ kg	-.10
Grüne Seife	½ „	-.49
Waschseife	1/1 Riegel	-88
Waschpulver	½ kg	-.48
Gerstenkaffee	½ „	-.15
Reis	½ „	-.22
Heringe	6 Stück	-.50
Hefe	½ kg	2.20

Toruńska Centrala Mąki i Oleju
Bydgoszcz, Rynek Zbożowy 8, Tel. 181.

Schicke und gutsitzende
Kleider, Mäntel und Kostüme
werden gefertigt. 865
Jagiellońska 42. I.

Jede Art von 589
Lastfuhrwerken
stellt bei billigster Berechnung **Ewald Jeske.**
Telephon 1776.

Eröffnungs-Anzeige.
Chemische Fabrik „Plus"

Eisengallustinte
Schultinte
Farbige Tinten
Büroleim
Stempelfarben
Ausziehtuschen
Wäscheblau
nach einem neuen System
Bequemlichkeit!
Sparsamkeit!
Bitte, mich mit Aufträgen beehren zu wollen. 681

Dr. v. Piechowski
Bydgoszcz
Królowej Jadwigi 5.
Telefon 2101.

Geigen- und Klavier-Unterricht
erteile gründl. u. billig
Garbary 19, W. 2. 571

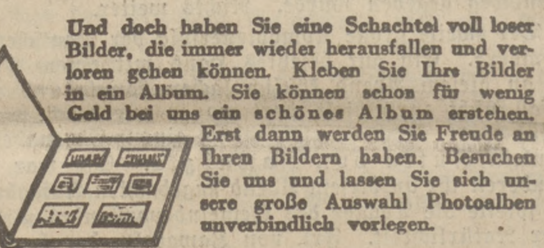
Klavier-Unterricht
leicht faßlich erteilt
Rosa Mentzel 514
Sienkiewicza 24, m. 5.



Spiel-Karten
Whist- u. Patience-Karten
A. Dittmann, T. z o. p.
Bydgoszcz, Marszałka Focha 6



Sie photographieren nicht?



Und doch haben Sie eine Schachtel voll loser Bilder, die immer wieder herausfallen und verloren gehen können. Kleben Sie Ihre Bilder in ein Album. Sie können schon für wenig Geld bei uns ein schönes Album erstehen. Erst dann werden Sie Freude an Ihren Bildern haben. Besuchen Sie uns und lassen Sie sich unsere große Auswahl Photoalben unverbindlich vorlegen.

A. DITTMANN T. z o. p., BYDGOSZCZ
Papier- und Schreibwaren - Büroartikel
Marsz. Focha 6 - Tel. 61

Wer führt sorgfältig Kelimstickereien
aus? Habe mehrere Sachen. Gefl. Off. unt. D. 664 a. d. Geschst. d. Ztg.

Gut arbeitende 617
Schneiderin
übernimmt Arbeit aller Art in und auß. d. Hause
Gdańska 99, Wohng. 4.

Klavierstimmungen 4103
Pfitzenreuter, Pomorska 27.

Sämtliche 8629
NOTEN
soweit nicht am Lager,
besorgt auf schnellstem Wege
W. Johne's Buchhandlung
Bydgoszcz, Pl. Wolności 1 — ul. Gdańska.

Dienstag, d. 23. 1. 1934, 20 Uhr
im Civilkasino Bücherei)
Monatssitzung
der historischen Gruppe
Bücherbesprechungen 1300



Schweizerhaus
4. Schleuse.
Empfehle den geehrten Gästen mein Familienlokal. **Guten Kaffee in Kännchen u. Kuchen.**
8210 **M. Kleinert.**

Hauptgewinne der 28. Polnischen Staatslotterie
IV. Klasse (ohne Gewähr).

10. Tag (vormittags).

20 000 zł. Nr. 85971.
10 000 zł. Nr. 89626 114772.
5000 zł. Nr. 82743 151396 160674.
2000 zł. Nr. 3330 54016 54494 73398 75642 82612 91766 95968 97072 99612 116104 124963 128680 148113 149881 152807 165305.
1000 zł. Nr. 6080 10506 15263 17893 19134 24296 27106 29668 29791 35429 39765 44184 50253 53717 68422 75981 77536 78835 78925 79270 87095 92511 108582 118051 118269 123709 124348 127786 128037 132382 143685 144535 147521 153155 159954.

10. Tag (nachmittags).

15 000 zł. Nr. 22765.
10 000 zł. Nr. 3661 8101 68959 101259 107175 129020.
2000 zł. Nr. 3273 4000 5445 17274 23115 24647 27368 30519 39178 42644 45349 50834 57558 60706 63182 85956 95534 93151 100334 102906 137367 169320.
1000 zł. Nr. 2014 9362 10660 23856 23998 26608 28623 29073 31116 35817 40570 41056 62780 63852 64234 86022 94831 100239 105319 107561 114902 115632 116437 117963 124065 130357 131593 138083 142851 151446 159275 165056.



Deutsche Bühne
Bydgoszcz T. z.
Sonntag, 21. Januar 34
nachm. 4 Uhr:
Zum letzten Male!
Das Märchen vom kleinen Teufelein.
Zu dieser Aufführung werden die Sperrsitze (Fauteuils) ausnahmsweise zum Preise des ersten Platzes (1,70 zł) abgegeben.
Abends 8 Uhr:
Wenn der Hahn kräht.
Eintritts-Karten wie üblich.
1241 **Die Leitung.**

Pommerellen.

20. Januar.

Graudenz (Grudziądz).

Wirtschaftsverband Städtischer Berufe.

Die hiesige Ortsgruppe (Abteilung Handel und Industrie) des Wirtschaftsverbandes städtischer Berufe hielt am Donnerstag abend im „Goldenen Löwen" ihre Hauptversammlung ab. Im Jahresbericht wies der Obmann, Fabrikbesitzer Adolf Domke jr., auf die wichtigeren Geschehnisse des verflossenen Jahres hin. Die Wirtschaftskrise habe sich weiterhin sehr fühlbar bemerkbar gemacht. Kleinerer Umsatz, hohe Steuern und Zinsen lasteten noch sehr auf dem ganzen Handel und Wandel. Der Berichterstatter forderte zu einem festeren Zusammenschlusse auf, um dadurch Besserungen erzielen zu können. Die Geschäftsstelle des Verbandes in der Grabenstraße (Groblowa) habe sich günstig weiter entwickelt, ihre Inanspruchnahme sei um 50 Prozent gewachsen. Nur eins fehle: neue Mitglieder. Daher müßte die Werbearbeit immer intensiver betrieben werden. Die Belange der Gruppe seien in vier Mitgliederversammlungen vertreten worden. Wenn auch manche Wünsche, wie Vermehrung der geschäftsfreien Sonntage vor Weihnachten und billigeres elektrisches Licht, nicht erfüllt worden seien, so solle man nicht die Hoffnung verlieren und immer wieder in dieser Beziehung an die zuständigen Stellen herantreten. Zu wünschen sei, daß auch die Hausbesitzer wieder, wie früher, im Wirtschaftsverbande ihre Interessenvertretung sehen möchten.

Es folgte die Erstattung des Kassenberichts, der einen kleinen Überschuß der Einnahmn über die Ausgaben nachweist. Er ist durch die Kassenprüfer revidiert und für richtig befunden worden, so daß dem Kassierer Entlastung erteilt wurde. In Erledigung des nächsten Punktes der Tagesordnung wurden folgende Mitglieder mit der Erledigung der Ortsgruppenfunktionen beauftragt. Domke (Obmann), Frau Busse (Schriftführerin), Wege (Kassierer), Busch und Groenke (Kassenprüfer), Duday, Abromeit und Wege (Delegierte für die Delegiertenversammlung).

Anschließend kamen mancherlei Angelegenheiten von Wichtigkeit zur Besprechung. Von zwei Seiten wurde dem Leiter der hiesigen Verbandsgeschäftsstelle für die sehr eifrige, sachliche und gewissenhafte Erledigung ihm übertragener schriftlicher Ausarbeitungen wärmstens gedankt. Die derzeitige geradezu erdrückende Papier- und Formularflut fand berechtigte Kritik. In der Sache betr. die Erzielung billigeren Lichtes wurde mitgeteilt, daß sowohl vom Wirtschaftsverband wie vom Verband der polnischen pommerellischen Kaufleute in dieser Hinsicht Eingaben gemacht worden seien. Darauf sei ihnen eröffnet worden, daß eine Tarifermäßigung vorbereitet werde. Zum Schlusse gab Geschäftsführer Bark noch einige Mitteilungen über neue Gesetze und Verordnungen, so über die Verordnung über die Erleichterungen bei der Entrichtung rückständiger Steuern und über das am 1. Januar d. J. in Kraft getretene neue Soziale Versicherungsgesetz (beide Angelegenheiten haben in der „Deutschen Rundschau" schon des öfteren Wiedergabe gefunden). Weiter wies der Referent auf die Terminverlegung für die Einkommensteuer-Erklärungen auf den 1. Mai hin und schließlich auf zu Beginn dieses Jahres in Umsatzsteuersätzen eingetretene Änderungen. Sie betreffen aber nur industrielle Betriebe. Unternehmen, die Rohstoffe gewinnen oder verarbeiten, oder Waren aus gewonnenen bzw. für eigene Rechnung angekauften Materialien produzieren, zahlen im Jahre 1934 an Umsatzsteuer 1,75 (statt bisher 2) Prozent. Unternehmen, die durch den Verkauf der gewonnenen Rohstoffe oder hergestellten Waren von inländischen Gewerbeunternehmen erzielt werden, unterliegen einem Steuersatz von 0,875 (anstatt bisher 1) Prozent. Obmann Domke schloß sodann, nach Erledigung der Tagesordnung, mit Dankesausdruck für das bewiesene rege Interesse die Hauptversammlung. *

× **Apotheken-Nacht- und Sonntagsdienst.** In der Zeit von Sonnabend, 20. Januar d. J., bis einschließlich Freitag, 26. Januar d. J., hat Nacht- und Sonntagsdienst die Löwen-Apotheke (Apteka pod Lwem), Herrenstraße. *

× **Eine wilde Jagd** entwickelte sich in der Nacht zum Freitag in der Lindenstraße (Lipowa). Eine Polizeipatrouille hatte aus dem Museum kommendes verdächtiges Geräusch gehört. Ein Polizeibeamter ging in den Garten und sah, wie jemand an der Haustür herumarbeitete. Der Unbekannte, sich beobachtet wissend, warf sein Diebsgerät zu Boden und versteckte sich hinter einem Baum. Dort erwischte ihn der Beamte, erhielt aber von dem Manne einen Schlag, was bewirkte, daß der Flüchtling freikam und die Lindenstraße entlanglief. Da er auf Anruf nicht stehen blieb, gab der Polizeibeamte zwei Revolverschüsse ab. Der Flüchtende, der unverletzt geblieben war, eilte weiter und bog in die Kasernenstraße (Koszarowa) ein. Schließlich gelang es, ihn im Torweg eines Hauses in der Festungsstraße (Forteczna) festzunehmen. Auf dem Kommissariat gab er an, der „Kunstmaler" Alfons Makowski aus Tusch (Tuszewo) zu sein. Er wanderte ins Gefängnis. *

× **Eigenartige Unglücksfälle.** Am Freitag vormittag ging der zehnjährige Knabe Henryk Kiendra, Sohn eines Ulanenoberwachtmeisters, während der zweiten Unterrichtspause der Schule in die Festungsstraßg (Forteczna) auf einen Abhang an der Mauer des an den Schulhof grenzenden Gebäudes, um zu schliddern. Während der Junge hinabglitt, fiel vom Gesims im 3. Stock dieses Hauses ein Ziegel herab und dem Knaben auf den Kopf, was einen Schädelbruch zur Folge hatte. Im Krankenhause, wohin der Verletzte sofort geschafft worden war, wurde unverzüglich eine Operation an ihm vorgenommen. Das Befinden des Knaben ist sehr bedenklich. Ein anderer, ebenfalls seltsamer Unfall trug sich am Hause Lindenstraße (Lipowa) 55 zu. Dort fiel die Ehefrau eines Arbeitslosen, Leokadja Proszycka, aus irgend einem Anlaß nieder und stieß mit dem Kopf auf einen zementenen Gemüllbehälter, wodurch sie sich eine erhebliche Kopfwunde zuzog. Die Verletzte mußte ins Krankenhaus gebracht werden. *

× **In der Generalversammlung der Graudenzer Schuhmacherinnung** wurde nach Erledigung der Tagesordnung dem Obermeister der Innung Kuźmiński namens des Verbandes der pommerellischen Schuhmacherinnungen eine silberne Kette als äußeres Zeichen der Obermeisterwürde überreicht. Die Mittel zur Beschaffung der Kette sind von Lederhändlern sowie von vermögenderen Innungsmitgliedern gespendet worden. *

Thorn (Toruń).

v. **Die Pommerellische Landwirtschaftskammer in Thorn** (Pomorska Izba Rolnicza w Toruniu) veranstaltet in den einigen Orten für die Züchter von Bacon-Schweinen Versammlungen, in denen die Lieferungs- und Abnahmebedingungen usw. besprochen werden sollen. **

ǂ **Achtung, Arbeitgeber!** Mit dem 1. Januar ist bekanntlich eine Reorganisation der Krankenkassen erfolgt, die jetzt in „Soziale Versicherungsanstalten" umgewandelt sind. Dadurch ist die Neuanmeldung aller versicherungspflichrigen Angestellten, also auch von Hauspersonal, erforderlich geworden. Der Termin ist bis zum 1. Februar verlängert worden. Bis zu dem genannten Tage müssen alle Angestellten (auch Hausmädchen, Wirtschafterinnen usw.) angemeldet werden. **

ef. **Briesen** (Wąbrzeźno), 20. Januar. **Unbekannte Täter** statteten dem Schweinestalle des Lehrers Reimann in Treuhausen einen Besuch ab und würgten vermittels einer Kette ein Schwein zu Tode. Sie wurden jedoch gehört und mußten die Flucht ergreifen, ohne ihre Beute davonschaffn zu könne. Bei dem Landwirt Cybula in Brückenhof drangen Diebe in den Geflügelstall ein und ließen 15 Hühner, drei Gänse und eine Pute mitgehen. Dem Besitzer Kućma wurden 13 Hühner sowie zwei Gänse gestohlen, dem S. Puszczyński ein Läuferschwein und drei Gänse.

d **Gdingen** (Gdynia), 20. Januar. Eine neue regelmäßige Schiffahrtslinie wird in den nächsten Tagen zwischen Gdingen und Stockholm errichtet werden. Die Dampfer werden dem Passagierdienst und dem Frachtverkehr dienen.

Feuer entstand heute aus bisher unbekannter Ursache im Hause des W. Koszník, wobei eine Wohnung völlig ausbrannte. Der entstandene Sachschaden beträgt etwa 420 Złoty.

Schwerbestohlen wurde der Händler **Franz Kohl**. Unbekannte Taschendiebe entwendeten ihm aus der Manteltasche die Geldtasche mit 400 Złoty und zwei Wechsel von 480 Złoty. Da der Genannte seinen Verlust erst später feststellte, konnten die Täter nicht mehr gefaßt werden.

Zum Bau von Kleinhäusern sind von der Wirtschaftsbank größere Beträge als Anleihen bereitgestellt worden. Es wurden an Krediten bewilligt: für die Stadt Gdingen 400 000, Adlershorst und Umgebung 100 000, Hela und andere Dörfer 30 000, Putzig 20 000, Neustadt 80 000 Zł.

Bei einer blutigen Schlägerei wurde in der Hafenstraße der Arbeiter J. Konkol durch zahlreiche Messerstiche so schwer verletzt, daß er in besinnungslosem Zustande ins Krankenhaus gebracht wurde. Die Täter entkamen unerkannt.

tz **Konitz** (Chojnice), 19. Januar. Der Haus- und Grundbesitzerverein hielt unter dem Vorsitz des Herrn Witecki seine Jahreshauptversammlung ab. Der Jahresbericht ergab, daß der Verein tatkräftig für seine Mitglieder eingetreten ist. Bei der Vorstandswahl wurden gewählt: zum 1. Vorsitzenden Witecki, zum Stellvertreter Qualmann, zum Schriftführer Zychlinski, zum Stellvertreter Kloskowski, zum Kassierer Jączyński, zu Revisoren Hakbart und Wudtke, zu Beisitzern F. Lindstaedt, Bleyer, Theus und Nitelski.

Eduard Lüdtke aus dem Kreise Konitz wurden aus dem Walde größere Mengen Holz gestohlen. Die Polizei verfolgte die Spuren und konnte das Holz bei einem Landwirt beschlagnahmen. — Ein Treibriemen wurde Bruno Riedz aus Krojanten gestohlen.

p **Neustadt** (Wejherowo), 18. Januar. Gestern fand im Rathaussaale die erste Sitzung des neugewählten Stadtparlaments statt, zu welcher die Stadtverordneten vollzählig erschienen waren. Als Gäste waren der Vizestarost Paßkiewicz und der Ortspfarrer Prälat Roßczynialski anwesend. Bürgermeister Bolduan eröffnete die Sitzung, begrüßte die Stadtverordneten und die Gäste und hob in seiner Ansprache u. a. hervor, daß die Arbeit der Stadtverordneten pflichtgemäß das Wohl des Staates und der Stadt im Auge zu behalten hätte, und daß er seinerseits sich lenken lassen werde vom guten Willen für das Wohl der Stadt und ihre Zukunft, hoffend, in den Stadtverordneten tätige Mithelfer zu finden. Die Ansprache des Bürgermeisters beschloß ein dreifaches Hoch auf den Staatspräsidenten und die Republik. Hierauf wurde ein Telegramm an den Wojewoden verlesen, welches allgemeine Zustimmung fand. Der Vizestarost des Seekreises gab in seiner kurzen Ansprache der Versicherung Ausdruck, daß das Stadtparlament in ihm die gehörige Stütze finden werde und wünschte der Versammlung ein fruchtbringendes Wirken zum Wohle von Stadt und Staat. Nunmehr wurden die

Stadtverordneten einzeln durch Handschlag verpflichtet. Sodann kamen zwei Fragen, den Bürgermeister betreffend, zur Lösung, nämlich, ob in Neustadt in Zukunft ein hauptamtlicher oder ein nebenamtlicher Bürgermeister tätig sein solle. Die Versammlung entschloß sich für die Anstellung eines hauptamtlichen Bürgermeisters, der für eine zehnjährige Dienstzeit verpflichtet werden soll. Beschlossen wurde ferner, das Gehalt des Stadtoberhauptes nach Stufe 7 mit 15-prozentigen Repräsentationsunkosten, freier Wohnung, Beleuchtung und Beheizung zu gewähren. Der Bürgermeister referierte noch über die Lösung des Vertrages, nach welchem der Stadt durch die Garnison des Seebataillons empfindliche Kosten erwachsen sind. Die Versammlung nahm die Ausführungen zur Kenntnis. — **In der nächsten Sitzung des Stadtparlaments wurde die Wahl von drei Beisitzern (früher Stadträten) zum Stadtvorstand vorgenommen. Die Mitglieder waren wieder alle erschienen. Nach der Eröffnung durch den Starosten wurde der Wahlvorstand konstituiert, sodann die Versammlung mit den entsprechenden Wahlreglements bekannt gemacht und nunmehr die Wahl vollzogen. Gewählt wurden von Liste 1 (BBWR) Bronisław Ziobronowicz, Liste 2 (Kaschubenliste) der frühere Stadtrat Wilhelm Stark, Liste 3 (Deutsche) Heinrich Stapelmann. Nach Verlesung des Wahlprotokolls wurde die Sitzung geschlossen.**

* **Runowo,** bei Vandsburg, 20. Januar. Der Vorwerks-Verwalter i. R. Friedrich Krause und seine Ehefrau Wilhelmine, geb. Böse, feierten in Runowo das Fest des goldenen Ehejubiläums, umgeben von 8 Kindern und mehreren Enkelkindern, und unter Beteiligung von vielen Verwandten und Freunden. Der Kirchenchor der Gemeinde Runowo verschönte die Feier durch Chorgesänge. Nach der Einsegnung des Paares wurden durch den Ortspfarrer Wodaege die Ehrenurkunde des Evangelischen Konsistoriums und die Segenswünsche des Generalsuperintendenten D. Blau übermittelt.

x. Zempelburg (Sępólno), 20. Januar. **Auf der am Freitag, dem 19. d. M.,** von der Oberförsterei Kl.-Lutau im Hotel Polonia veranstalteten Holzversteigerung wurden für Brennholz aus den Revieren Swidwie, Emmiswalde, Kotashcim und Lutau folgende Preise gezahlt: Kiefernkloben 8,00—8,30, Birkenkloben 8,50—8,80, Eichenkloben 8,50 bis 9,00, Weißbuchenkloben 8,60—9,00, Kiefernknüppel 6,30, Weißbuchenknüppel 7,40, Erlenrundholz 8,30, Birkenrundholz 6,40.

Der letzte Wochenmarkt war nur schwach besucht und beschickt. Das Pfund Butter kostete 1,00, die Mandel Eier 1,50—1,60; Hechte und Barse 0,70, Karpfen 0,90—1,00. Auf dem Schweinemarkt wurden Absatzferkel mit 20—26 Złoty pro Paar gehandelt.

Freie Stadt Danzig.

Danziger Stadttheater.

„Hundert Tage“ (Campo di Maggio), das Napoleon-Drama des italienischen Führers Benito Mussolini und des Dramatikers G. Forzano, ist nun auch Zugstück der Danziger Bühne geworden. Es behandelt die Zeitspanne zwischen Napoleon I, Wiederkehr von Elba bis zur Abdankung und Flucht nach Rochefort. Heer und Volk jubeln zwar dem Zurückgekehrten wieder zu, doch die Volksvertretung, die Kammer, steht ihm feindlich gegenüber. Denn Polizeiminister Fouché, ein Meister in Trug und Intrigue, hat, sobald er Napoleons Glücksstern sinken sah, die kriegsmüden Parlamentsmitglieder zu der Überzeugung gebracht, im Kaiser das alleinige Friedenshindernis zu sehen. Gleichzeitig wirkt und wirbt der Ränkesüchtige für die Bourbons und hat geheime Verbindungen mit Metternich und Wellington angeknüpft. Nach der Katastrophe von Waterloo wird der gebrochene Kaiser zur Abdankung gezwungen, und als er sich noch einmal aufrafft, um einen vermeintlich strategischen Fehler Blüchers zu einer neuen Schlacht auszunutzen, antwortet ihm Gelächter und Hohn. Aus Schloß Malmaison, dem Asyl der Bonapartes, wird er mit der Schreckenskunde aufgescheucht, daß die Deutschen im Anmarsch auf Paris sind, um ihn gefangen zu nehmen — eine Schmach, die die französische Nation von sich wenden will. Der Kaiser nimmt ergreifenden Abschied von seiner Mutter und den wenigen Getreuen, in Amerika hofft er sich mit allen wiederzuvereinigen. Er geht hinaus, um den Wagen zu besteigen; man hört, wie die Soldaten zum letztenmal ihren Kaiser grüßen . . . .

Es entspricht Mussolinis eigener Größe, wie er den großen Korsen zeichnet: nicht als Abenteurer, der nach Ruhm und Macht strebt, sondern als den heldischen Führer, der durch Ströme Bluts seiner Nation die Weltherrschaft erobern will. Wie oft klingen die Begebenheiten um 1815 an die deutschen Schicksalstage von 1918 an: hier wie dort in der Person des Kaisers das vermeintliche Friedenshindernis, diplomatisches Ränkespiel, sinnlose Verhetzung und das „Wehe dem Besiegten“. Der Höhepunkt des Dramas ist die Szene vor der Ständekammer, in der die Forderung nach neuen Heeren mit „Abdanken“ erwidert wird, die ergreifendste, als der Getreue, der den kleinen „König von Rom“ in seines Vaters Arme zurückführen sollte, allein zurückkehrt.

Die Hauptgestalten des Dramas, zu dessen Besetzung der männliche Schauspielerbestand unserer Bühne kaum ausreicht, sind Napoleon und Fouché. In ersterer hatte Peter Otten, der neue jugendliche Charakterdarsteller, Gelegenheit, sein ganzes Können zu entfalten. Er verlieh dieser Cäsaren-Natur, die trotz aller Mißerfolge und Enttäuschungen immer wieder sieghaft durchbricht, hinreißende Kraft, dem Besiegten, Geächteten achtunggebietende Würde. Carl Brückel's Fouché war eine bewundernswerte Studie von verbrecherischem Intrigantentum, unter der Maske lächelnder Geschmeidigkeit und Überlegenheit. Würdig reihten sich den beiden Hauptspielern Napoleons Getreue: Carnot (Ferd. Neuert), General Davoust (Alfred Kruchen), Regnaud (Gust. Nord), seine Mutter (Frieda Regnald), seine Brüder (Viktor Pilat und Curd Prenzloff), seine Stieftochter Hortense (Maria Bargheer) an. Carl Kliewer als General Lafayette mit seiner leidenschaftlichen Parlamentsrede, seiner würdigen Haltung bei der Waffenstillstandsverhandlung, Heinz Brede als Blüchers Vertreter, in preußischer Kürze und Unbeirrbarkeit, verdienen besondere Anerkennung. Die Spielleitung lag in Hanns Donadt's bewährter Hand.

H. Schm. *

Polnisch-Oberschlesien.

In Bielitz wird den deutschen Katholiken die 9-Uhr-Messe genommen.

Die bischöfliche Kurie in Kattowitz hat die bestehende Gottesdienstordnung mit der Begründung, daß sie „unpraktisch und nicht entsprechend“ sei, dahin abgeändert, daß von nun ab die bei den deutschen Katholiken seit vielen Jahren beliebte 9-Uhr-Messe polnisch wird. In deutschen Kreisen hat diese Anordnung große Aufregung hervorgerufen, weil man darin einen weiteren Versuch sieht, die katholische Kirche in Bielitz zu polonisieren, nachdem erst vor kurzem ein auf der Kanzel angebrachter deutscher Segensspruch beseitigt wurde und die Beseitigung aller deutschen Aufschriften angekündigt wurde.

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einsenders versehen sein: anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementsquittung beiliegen. Auf dem Kuvert ist der Vermerk „Briefkasten-Sache“ anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

„Stiftshaus.“ Die Einreichung eines Eigentumsverzeichnisses des Vereins an die Aufsichtsbehörde ist im Gesetz nicht vorgesehen. Natürlich erst recht nicht ein Verzeichnis der Vermögensverhältnisse der einzelnen Mitglieder. Dagegen muß ein Verzeichnis der Mitglieder eingereicht werden.

Emil M. in L. Auf eigene Faust und ohne Einvernehmen mit den Berechtigten, d. h. mit den Kindern und der Leibgedingerin, ist da nichts zu machen. Ihr Schwiegersohn und Ihre Tochter müssen einmal mit den Leuten sprechen und ihnen klarmachen, daß sie (die Wirtsleute) die hohen Lasten nicht weiter tragen können, und daß diese Lasten ermäßigt werden müssen, wenn die Wirtschaft nicht bankrott machen soll. Wenn letzteres geschähe, würden die Leute überhaupt nichts erhalten, es läge also in deren eigenem Interesse, sich mit weniger zu begnügen. Wie gesagt, das ist das Einzige, was Ihr Schwiegersohn und Ihre Tochter machen können.

W. W. Die Aufwertung beträgt 10 Prozent = 148,15 Złoty. Dazu die Zinsen zu 6 Prozent für die letzten 4 Jahre, also bis 31. 12. 33 — 35,52 Złoty. So daß im ganzen 183,68 Złoty gefordert werden können.

D. R. 33. Die Hauslehrerin ist kraft Gesetzes als geistige Arbeiterin zur Versicherung anzumelden. Ob sie will oder nicht will, ist gleichgiltig; Sie sind für eine Unterlassung der Anmeldung verantwortlich. Im übrigen ist die Ansicht des Fräuleins falsch: wenn sie einmal arbeitslos würde, so hat sie auf eine Beihilfe seitens der Versicherung gesetzlichen Anspruch — ganz gleichgiltig, ob ihre Eltern vermögend sind. Und wie das Leben sich für den Einzelnen weiter gestaltet, weiß man nicht. Vermögen gehen verloren, das haben wir, die wir die Inflationszeit erlebt haben, zur Genüge erfahren. Und da ist es ein Segen, wenn man bei Arbeitslosigkeit, Invalidität und Alter an der Sozialversicherung für die Notfälle des Lebens einen Rückhalt hat.

„Parole Heimat. L. C. 500.“ Sie schreiben, die Versicherungsanstalt hätte Ihren Antrag auf Arbeitslosenunterstützung abgelehnt,

weil der Arbeitgeber Sie nicht angemeldet hätte und für die letzten 6 Monate die Beiträge nicht bezahlt worden seien. Dieser Satz enthält doch einen Widerspruch. Daß der Arbeitgeber Sie angemeldet hat, geht doch aus der Ihnen übersandten Versicherungskarte hervor. Der Arbeitgeber hat nur nicht alles bezahlt, was er zu bezahlen hatte, und dafür ist er Ihnen verantwortlich, und die Versicherungsanstalt ist verpflichtet, die Fehlbeträge von ihm einzuziehen. Durch die Nachzahlung der Fehlbeträge gehen Sie Ihres Anspruchs auf Arbeitslosenunterstützung nicht verlustig, sondern im Gegenteil wird dadurch Ihr Anspruch darauf erst begründet. Aber da Sie inzwischen anderweitig Unterstützung erhalten haben, so würde Ihnen die Versicherungsanstalt höchstens die Differenz zwischen dem, was sie Ihnen gesetzlich zu zahlen hätte, und dem, was Sie beim „Stempeln“ erhalten haben, nachzuzahlen haben. Wir bemerken, daß Sie nur für 6 Monate auf Arbeitslosenunterstützung Anspruch haben. Die einschlägigen Paragraphen der Gesetze können wir Ihnen nicht im Wortlaut mitteilen, aber das vorstehend Gesagte ist das Wichtigste aus den Bestimmungen des Gesetzes.

G. H. Die Anwartschaft auf die aus der Versicherung für geistige Arbeiter entspringenden Rechte bleibt 18 Monate nach dem Ende der Zwangsversicherung weiter bestehen. Diese Frist verlängert sich aber aus mancherlei Gründen u. a. deshalb, weil die Zeit, in der der Versicherte infolge der Unmöglichkeit, eine entsprechende Beschäftigung zu finden, ohne Beschäftigung ist, die die Versicherungspflicht nach sich zieht, wenn er während der Arbeitslosigkeit Bescheinigungen des Arbeitsvermittlungsamtes über die Unmöglichkeit, eine entsprechende Beschäftigung zu finden, vorlegen kann. Ob das bei Ihnen zutrifft, wissen wir nicht. Die wichtigste Frage ist zurzeit die, in welcher Weise Sie die Anwartschaft aufrecht erhalten können. Das ist auf folgende Weise möglich: Entweder Sie nehmen wieder eine versicherungspflichtige Beschäftigung an, wozu Ihnen vielleicht eine der Firmen, die Sie jetzt bedienen, behilflich sein kann — was das Beste und Einfachste wäre. Oder Sie versichern sich freiwillig. Die Beiträge würden allerdings verhältnismäßig höher sein, aber sie werden ja von der Höhe Ihrer Versicherungsanträge abhängig sein. Ob eine „freiwillige Fortsetzung der Versicherung“ (was mit der „freiwilligen Versicherung“ nicht identisch ist) noch möglich ist, was erheblich besser wäre, erscheint uns zweifelhaft, weil das Recht der freiwilligen Fortsetzung der Versicherung nach Art. 9 Abs. 5 Ziffer 4 erlischt, wenn die Zahlung der Beiträge 12 Monate nach Fälligkeit im Rückstande bleibt. Diese Fassung ist nicht ganz klar; wie sie in der Praxis ausgelegt wird, werden Sie durch Rückfrage bei der bisherigen Krankenkasse erfahren. Dort wird man Ihnen auch über die Höhe des Beitrags Aufschluß geben. Eine einmalige Jahreszahlung zur Aufrechterhaltung der Anwartschaft ist im Gesetz nicht vorgesehen.

Danziger Zeitungsbeschwerden vor dem Rat.

Rauschning als Sieger.

Der Rat des Völkerbundes beschäftigte sich in seiner Sitzung am Donnerstag nachmittag u. a. mit der Frage der Danziger Verfassung, welche bekanntlich auf Grund des Versailler Vertrages unter die Garantie des Völkerbundes gestellt ist. Anlaß dazu gab der Bericht des Danziger Völkerbundkommissars über das Verbot einiger Zeitungen. Der ständige Berichterstatter für die Danziger Fragen, der **englische Vertreter** im Rat,

Sir John Simon

gab zunächst einen kurzen Überblick über die Vorgeschichte des Falles. Er erwähnte dann die Bestimmungen des Vertrages von Versailles und die darauf beruhenden früheren Ratsbeschlüsse, durch welche die Ausübung der Verfassungsgarantie durch den Völkerbundrat geregelt wird. Die von ihm vorgeschlagene Resolution stellte fest, daß nach den von Danzig schon dem Völkerbundkommissar abgegebenen Erklärungen, wonach auf Danziger Seite in keiner Hinsicht die Rechtsgültigkeit irgend eines Artikels der Danziger Verfassung bestritten wird, wie auch nach den Feststellungen hinsichtlich des Rechtsgrundes für das Verbot der Zeitungen und angesichts der Tatsache, daß diese Zeitungen inzwischen wieder erscheinen, **für den Rat kein Anlaß vorliegt, weiter auf diese Angelegenheit einzugehen.** Er schlug lediglich vor, eine frühere Erklärung des Rats zu wiederholen, daß die Garantie der Verfassung der Freien Stadt bedeutet, **daß das staatliche Leben Danzigs sich stets nach den Bestimmungen seiner Verfassung richten muß.**

Hinsichtlich der materiellen Berechtigung der Zeitungsverbote hielt er eine Stellungnahme des Rats nicht für notwendig. Da im Zusammenhang mit den Zeitungsverboten von den betreffenden Verlagen eine Petition an den Völkerbundkommissar eingereicht war, die zu der Aufrollung der Angelegenheit vor dem Rat geführt hat und da im Zusammenhang mit dieser Petition einige Personen in Schutzhaft genommen waren, ging der Berichterstatter des Rats auch auf diese Frage ein. Danzigerseits war als Grund für die Inschutzhaftnahme der betreffenden Personen angegeben worden, daß sie ihre Petitionen einreichten, ehe der durch die Gesetze vorgeschriebene Rechtsweg, d. h. Berufung an die höhere Instanz erschöpft war.

Der Berichterstatter stellte sich auf den Standpunkt, daß dies an sich kein Grund zur Inschutzhaftnahme sein könne. Er gab allerdings gleichzeitig auch selbst zu, daß vor der Behandlung einer Petition durch die Völkerbundinstanzen diese, und zwar schon der Völkerbundkommissar in Danzig prüfen müssen, ob ein Petent den Rechtsweg zu Ende beschritten habe. Der Berichterstatter enthielt sich einer Stellungnahme hinsichtlich der Möglichkeit, daß gegen einen Petenten aus anderen Gründen Schritte unternommen werden, weil andere Gründe im vorliegenden Falle nicht angegeben waren. Er stellte schließlich fest, daß das Petitionsrecht der Danziger Staatsangehörigen, welches ihnen ausdrücklich durch einen früheren Ratsbeschluß zugesichert ist, nicht geschmälert werden solle.

Präsident Rauschning

erwiderte hierauf:

„Namens der Danziger Regierung liegt mir daran, auch an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich zu erklären, daß sich die Danziger Regierung — wie in der Vergangenheit so auch in der Zukunft bei allen Maßnahmen der Gesetzgebung und Verwaltung im Rahmen der Verfassung halten wird.

Hinsichtlich des im Schreiben vom 10. Juni 1925 bestätigten Petitionsrechts der Danziger Staatsangehörigen, das dem Artikel 79, Abs. 1, der Danziger Verfassung entspricht, kann ich erklären, daß er nach wie vor unangetastet bleibt, und daß der Petent in Ausübung dieses Petitionsrechts keine Behinderung erfahren wird. Zum Vorschlag des Herrn Berichterstatters zu Punkt 3 verfehle ich nicht, darauf hinzuweisen, daß schon die Zulassung einer Petition vor Erschöpfung des Instanzenzuges **in hohem Maße geeignet ist, die Autorität der Regierung zu erschüttern und Unruhe und Rechtsunsicherheit in die Bevölkerung zu tragen.** Um so mehr begrüße ich es, daß auch der Herr Berichterstatter den Standpunkt vertritt, daß die Tatsache der Nichterschöpfung des Instanzenzuges bei Behandlung einer Petition durch den Hohen Kommissar berücksichtigt werden wird.

In diesem Sinne erkläre ich daher, daß ich unter Zurückstellung der geäußerten Bedenken den Bericht anzunehmen bereit bin.“

Im Anschluß an die Ausführungen von Präsident Rauschning erklärte

der Berichterstatter

seine Befriedigung hierüber. Sir John Simon fügte alsdann noch zwei persönliche Bemerkungen hinzu über den Sinn und die Bedeutung des Artikels 79 der Danziger Verfassung, soweit er sich auf die Pressefreiheit bezieht. Er betonte, daß es sich hier um eine Pressefreiheit handelt, wie sie auch in den Verfassungen anderer Staaten garantiert wird, und er wies ferner darauf hin, daß diese Pressefreiheit nur im Rahmen der bestehenden Gesetze gelten solle. Er schloß mit dem Hinweis darauf, daß der Völkerbund zwar wichtige Aufgaben hinsichtlich Danzigs habe, **daß er aber nicht berufen sei als Richter in jedem Einzelfall aufzutreten.**

Der französische Delegierte

Paul-Boncour

sprach seine besondere Befriedigung über die klaren Ausführungen in dem Bericht von Sir John Simon aus und betonte auch seinerseits die verantwortungsvolle Aufgabe, welche der Völkerbund in Danzig wahrzunehmen habe. Mit zustimmenden Schlußworten des Präsidenten des Rats des **polnischen Außenministers Beck,** welcher Gelegenheit nahm, den neuen Hohen Kommissar für Danzig, Herrn Lester, erstmalig am Tische des Rats zu begrüßen, wurde die Sitzung geschlossen.

•

Oberschlesische Fragen vor dem Rat.

Die am Donnerstag beim Völkerbundrat eingegangenen drei oberschlesischen Fragen fanden eine schnelle Erledigung. In der Frage des Julius-Hospitals nahm der Rat davon Kenntnis, daß die Polnische Regierung ihre Maßnahmen inzwischen rückgängig gemacht hat, nachdem die juristischen Gutachten gegen sie ausgefallen sind. Die Frage der Zeitungsverbote wurde an die lokalen Instanzen zurückverwiesen.

In der Frage der Beschwerde des Gustav Koziolek hat sich die Angelegenheit für den Rat durch Bekanntgabe des Urteils der polnischen Gerichtsinstanzen erledigt.

Präsident Rauschning sprach vor der internationalen Presse

Männliche Offenheit.

Am Donnerstag nachmittag hatte **Präsident Rauschning die Genfer internationale Presse** zu einem Tee gebeten, um bei dieser Gelegenheit Ausführungen über die Lage in Danzig und die Danziger Außenpolitik zu machen. Zahlreiche Journalisten der verschiedensten Nationen folgten mit großem Interesse der Ansprache Dr. Rauschnings, die gerade im Hinblick auf die ein wenig später stattfindenden Verhandlungen vor dem Rat stark beachtet wurde. Ebenso fand das der Presse zur Verfügung gestellte Bildmaterial über die in Danzig aufgedeckte internationale Zentrale kommunistischer Propaganda größtes Interesse, insbesondere naturgemäß bei der polnischen Presse. Wir geben nachstehend den Wortlaut der Rede Dr. Rauschnings wieder:

„Die obligate Danziger Frage auf fast allen bisherigen Ratssitzungen hat kaum je größere Aufmerksamkeit beansprucht als heute. Es ist noch nicht ein Jahr her, daß die Entwicklung des Danziger Problems ernstliche Besorgnisse für den Frieden Europas erregte. Hier schien eine derartige gebrechliche Konstruktion eines Staates in territorialer und wirtschaftlicher Beziehung vorzuliegen, daß sie eine Änderung von Grund auf erfordern mußte. Und doch mußte es am Entschluß und auch an den Mitteln fehlen, etwas Besseres zu finden.

Als dann Mitte des Jahres der Nationalsozialismus in Danzig die Regierung übernahm, war eine Lage geschaffen, die erneut zu drängen schien.

Die Öffentlichkeit weiß heute, daß es im Laufe des vergangenen Jahres wiederholt hart am Rande einer solchen gewaltsamen Lösung vorbeiging, und damit an einer nicht zu übersehenden Flut von Komplikationen, kriegerischen Entwicklungen.

Und inzwischen hat sich dieses völlig geändert. Die Träger einer Weltanschauung nationaler Disziplin und Opferbereitschaft wurden zum Schrittmacher eines internationalen Friedens, einer offenen Verständigung. Dies schien lange Zeit absurd. Es erschien als Spiegelfechterei. Wurde hier nicht nur der Weg rückwärts aus einer Sackgasse gesucht, den völlige Ratlosigkeit im letzten Augenblick zu gehen zwang? Bedeutete diese angebliche Friedenspolitik nicht entweder eine Flucht aus der Verantwortung oder nur eine Maßnahme, Zeit zu gewinnen?

Oder waren etwa die ganzen Danziger Fragen, die mehr als ein Jahrzehnt den Völkerbundrat ständig beschäftigt haben, nur aufgebauschte Bagatellen? Und wenn dies nicht zutraf, sind dann selbst mit gutem Willen und ein paar Ansätzen zu friedlichem Ausgleich diese Schwierigkeiten wirklich aus der Welt zu schaffen?

Ist hier überhaupt eine friedliche Lösung von Dauer möglich?

Je ernster sich jemand mit der unglücklichen Konstruktion Danzigs beschäftigt hatte, desto ungläubiger mußte er gegenüber dem Erfolg einer Politik sein, die sich von vornherein innerlich zu widersprechen schien.

Hier sind zwei Häfen, wenige Kilometer voneinander entfernt. Der eine, Danzig, mit einer Jahrhunderte alten Tradition. Ihm wurde die Rolle zugeschrieben, der offene Zugang zum Meere eines anderen Volkes und Staates zu sein. Der andere, Gdingen, ein mit amerikanischer Energie und Schnelle aus dem Nichts geschaffener neuer Umschlaghafen, der die volle Protektion eines gläubig aufstrebenden Staates und eines leidenschaftlich national denkenden und disziplinierten Volkes genießt.

In einem so ungleichen Kampfe auf das gleiche Hinterland angewiesener Häfen muß zu einer Zeit des Etatismus in der Wirtschaft der alte Hafen im Konkurrenzkampf erliegen.

Aber was ändert sich in dieser Lage durch eine friedliche Lösung? Oder ein anderes Problem; dieser den freien Zugang zum Meere bietende Staat hat einen ganz anderen, einen höheren Lebensstandard als sein Hinterland, mit dem er in Zollunion leben muß. Zwischen dem Hinterland und dem Handelsstaat besteht eine Niveauschwelle, die als wirtschaftliches Hindernis aufgefaßt wird. Ein gemeinsames Zollgebiet scheint einen gemeinsamen Lebensstandard bedingen zu sollen. Und doch weiß heute jeder aus den Anstrengungen vieler Staaten, durch Manipulationen der Währung ihrem Lebensstandard ein anderes Niveau gegenüber dem Ausland zu geben,

daß die Völker zäh als an ihrem letzten Rückgrat, an ihrem einmal erreichten Standard festhalten.

Wie läßt sich demnach bei solcher Verschiedenheit zweier Länder aus einem gemeinsamen Zollgebiet ein einheitliches Wirtschaftsgebiet machen? Bedeutet die friedliche Lösung hier die Senkung des höheren Standards auf das Niveau des großen Hinterlandes, da man ja nicht annehmen kann, daß ein großes Volk sich in kurzer Zeit zu höherer Lebenshaltung entwickelt, dazu noch in einer wirtschaftlich kaum noch zu unterbietenden Depression? **Aber es ist keine Böswilligkeit, wenn Danzig diesen seinen höheren Standard nicht aufgeben will.** Es ist nichts weniger als die Preisgabe der Existenz, sich einer Unifizierung zu unterwerfen, welche die eigene soziale und wirtschaftliche Struktur aufheben würde.

In der Fülle solcher Probleme, wo einem verzweifelnden Volk mit den Möglichkeiten der Existenz der Glaube an eine Zukunft schwindet, die anders als in einer völligen Neugestaltung der Lage besteht, will gerade eine Bewegung die Schwierigkeiten friedlich meistern, welche sich in leidenschaftlichster Weise für die Ehre und Gleichberechtigung einer Nation einsetzt.

Ich verstehe daher die Frage, die mir vor kurzem ein Vertreter eines großen Landes vorlegte: „Die Besserung Ihrer Verhältnisse in Danzig ist offensichtlich, aber wie dies möglich war, vermag ich nicht einzusehen." In solcher Lage kann nur

rücksichtslose Offenheit die einzige Methode

sein, die zu einem Erfolg führt. Ich habe den Glauben, daß der Ernst einer offenen Sprache ohne innere Vorbehalte in sich eine solche Musik trägt, der sich jedes Ohr, das hören will, öffnet.

Und solche Offenheit verlangt vielleicht nicht minder Mut, als aus einem Schützengraben zu steigen, denn sie erfordert dieselbe rücksichtslose

Offenheit auch den eigenen Wünschen und Hoffnungen gegenüber.

Sie ist die Vorbedingung einer „moralischen Abrüstung", von der gerade hier in Genf einmal ein polnischer Außenminister sprach. Und wenn es unsere Rolle war, trotzdem wir der schwächere Teil waren, durch Offenheit dieser moralischen Abrüstung zu dienen, so darf ich mit Befriedigung feststellen, daß es unser Partner Polen war, welcher sein Mißtrauen zu überwinden versuchte.

Hinter allem aber stand als Vorbedingung das große Bekenntnis zum Frieden, das der deutsche Reichskanzler und Führer der gesamten nationalsozialistischen Bewegung im Mai vorigen Jahres im entscheidenden Zeitpunkt ablegte. Mißtrauen ist eine Pflanze mit zähen Wurzeln. Ich wünschte, man könnte auch anderwärts sie mitsamt ihren Erscheinungsformen vernichten.

Ich möchte hier nicht in den Genfer alten berühmten Ton der schönen Reden fallen; **aber kann man im Angesicht einer tödlichen Gefahr sich selbst betrügen? Für uns ist die Gefahr einer kriegerischen Verwickelung lange Zeit nicht ein fernes erregendes Ziel gewesen, sondern schwerer Ernst,** und wer diese Dinge einmal durcherlebt hat, kann und wird die Verantwortung für eine Wiederholung nicht übernehmen wollen. Ich wünschte, dieser Ernst, Europa nicht in unabsehbare Not zu stürzen, wäre überall so vorhanden, wie in Danzig bei dem geringsten unbekannten SA-Mann, der sein volles Herz zusammenzuhalten wußte. Seine Verantwortung und sie allein war es, die uns zu einem klaren Verzicht führte. Und ich sage dies in aller Offenheit:

Es ist und war für uns ein Verzicht, wenn wir eine Politik der Verständigung suchten, in der wir Ansprüche aufgaben — wie wir glauben, wohlberechtigte und geradezu einklagbare — wenn wir auf die Position verzichten, die uns nach dem Vertrage von Versailles als große Handelsmetropole in Aussicht gestellt worden war, ein Verzicht im Interesse des Friedens Europas.

> ## Vom Charakter des Ostdeutschen.
>
> Vor neun Jahren, als er noch unter uns in seiner Heimat, als Deutscher in Polen, lebte, schrieb Hermann Rauschning in der Zeitschrift „Deutsche Arbeit" einen Aufsatz, in dem er unter dem oben genannten Titel den Geist der Romantik im ostdeutschen Raum beschwor. Dieser Aufsatz wurde von derselben Zeitschrift im Januarheft 1934 wieder abgedruckt, — so zeitgemäß ist er geblieben. Seine Schlußsätze lauten also:
>
> Hinter dem Qualm und Staub des Zusammenbruches drängt das Lebendige Noch tastet auch dies sich erst von weiterem Ringen her zu dem inneren Wesen heran. Aber schon vermögen wir die Richtung zu fühlen, in der unsere Seelen treiben. Und wie jene Bewegung vor hundert Jahren im Schicksal und Seelentum Ostdeutschlands geboren wurde, so schlägt die zurückgestaute Welle nun zu uns Grenz- und Auslandsdeutschen zurück die wir im tieferen und auch nüchterneren Sinn auf der Grenze zweier Kulturen und Volkstümer stehen und in uns täglich einen Zwiespalt zu überbrücken haben. Der aber wird diese Aufgabe nicht recht zu fassen wissen, der sie mit den äußeren Dingen beginnt und den anderen zur Erneuerung ruft. Und der wird sie ganz mißverstehen, der sie als eine politische oder ästhetische faßt. Nicht mit Deutschkunde noch Volkskunde, nicht mit der Rückkehr zum Ursprünglichen, zum Volk, nicht mit einer Erneuerung der Kunst, der Bühne oder was es sonst sei, ist das Wesentliche berührt — das sind nur Ausdrucksformen — sondern es gilt die Erneuerung der eigenen sittlichen Persönlichkeit in der Erneuerung des Glaubens. Das war das Wesen der Romantik, das wir über ihrer ästhetisch-literarischen Seite vergessen hatten. Wir ringen nach einer neuen, nach der alten Frömmigkeit. Aus ihr allein vermag uns Schöpferkraft wie Segen zu steigen, damit wir über uns hinaus zeugen und ein Höheres gebären.
>
> Hermann Rauschning.

Dieses Gdingen ist da; Unabhängig vom Rechtsstandpunkt war die Aufgabe, sich mit der Existenz abzufinden und eine Regelung der Praxis zu suchen. Und so ist es die Aufgabe auf vielen Gebieten, die noch einer Neuordnung bedürfen. Die Geschichte hat ein deutsches Danzig sich Jahrhunderte lang in Union mit Polen erhalten sehen. Die modernen Methoden der wirtschaftlichen und nationalen Auseinandersetzungen scheinen im Augenblick nicht die gleichen Möglichkeiten zu bieten, aber es läßt sich wohl denken daß über dem freien Bekenntnis zur eigenen Nation und ihrem unantastbaren Schutz sich das Feld zu größerem Zusammenschluß ganz allgemein öffnet. Ansätze beobachten wir bei allen Gruppen von Staaten. Es mag nicht an der Zeit sein, sich jetzt darüber programmatisch zu äußern, aber

eines ist sicher, daß die nationalen Räume der europäischen Staaten zu klein sind, um eine dauernde Harmonie in der eigenen Isolierung zu finden.

Hier liegt eine unabwendbare Entwicklung, die das Wagnis unserer Danziger Lösung rechtfertigt und ihm eine symptomatische Bedeutung gibt.

Praktisch hat sie zunächst zu den Abmachungen vom August und September vorigen Jahres über eine gewisse Arbeitsteilung im Danziger und Gdinger Hafen und einen weitgehenden Minderheitenschutz geführt und wird demnächst zu Verhandlungen über die Vereinheitlichung des Danzig-polnischen Wirtschaftsgebietes führen. Aber das Größere, Grundsätzlichere ist, daß hier eine Kooperation anstatt einer Konkurrenz gesucht und als möglich befunden wurde, welche es erspart, unlösbare Probleme lösen zu wollen, die sich vielleicht auf höherer Ebene von selbst erledigen lassen. Eine solche Politik verlangt nationale Disziplin, kann nur eine starke Regierung führen, die es verschmäht, um ihrer Wählerschaft willen und um populär zu sein, ihr Illusionen von möglichen Entwicklungen vorzuträumen. Sie verstehen aber, wie eine solche Politik auch nur mit der Aussicht auf Dauer durchgeführt werden kann, wenn sie nicht durch unzeitige Kritik und Zweifel Verantwortungsloser ihre Autorität einbüßt.

Man kann nicht wollen, daß eine Politik des Friedens durch eine schwache Regierung vertreten wird; denn eine solche ist von tausend Zufälligkeiten abhängig.

Und damit komme ich zu dem Zweiten, was ich hier zu sagen habe:

Die innere politische Entwicklung Danzigs unter dem Nationalsozialismus,

ein Thema, das heute den Rat beschäftigt.

Es wird Sie nicht interessieren, wie wir mit den Fragen der Wirtschaftskrise in unseren kleinen Verhältnissen fertig zu werden versuchen. Immerhin ist zu sagen, daß uns hier manches gelungen ist. Mit zehn Prozent Arbeitslosigkeit, auf die gesamte Bevölkerung berechnet, haben wir eine Verminderung derselben in wenigen Monaten bis zu 6 Prozent erreicht, und zwar ohne Manipulationen unserer Währung, die heute zu denen mit höchstem Goldindex gehört. Verwaltung und Rechtsprechung, Kulturpflege und Gesundheitswesen haben von uns neue und wesentliche Impulse erfahren. Aber auf dem Gebiete des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit liegt unsere große Aufgabe, für die wir alle Kräfte anspannen.

Friede und Brot, diese Ihnen bekannten Worte gehören zusammen und sind mehr als eine Schlagzeile.

Sie sind der Nerv unserer Mission, und sie bedingen den doppelten Frieden der Stände und Klassen eines Volkes und der Völker zueinander; sie bedingen das doppelte Recht auf den Arbeitsraum eines Volkes und des Einzelnen.

Alles ist zweitrangig. Was bedeutet diesen Aufgaben gegenüber, wenn man sie mit Erfolg löst, der Anspruch der Parteien, die sich überlebt haben und doch respektiert werden wollen, nachdem sie Jahre hindurch die Zügel haben schleifen lassen und das Volk mit Illusionen gefüttert haben!

Immerhin sind wir in Danzig vorübergehend mit anderen Parteien eine Koalition eingegangen, obwohl wir von vornherein absolute Majorität hatten. Wir haben die anderen arteien auch nicht äußerlich überwunden, sondern sie verfallen von selbst durch unsere Erziehungsarbeit. Wohl aber gibt es asoziale Elemente, Führer ohne Gefolgschaft, Kritiker ohne Ziele und Berufung, sie haben keine Existenzberechtigung; denn all dies, was geschehen ist: die Befriedigung und Arbeitsbeschaffung, die Überwindung des Klassenkampfes und die Beseitigung eines subalternen Nationalitätenkampfes war und ist nicht möglich ohne eine starke Autorität der Regierung. Opferbereitschaft und gegenseitige Hilfe bleiben ohne jeden Nutzen, wie jeder ideale Aufschwung ohne eine starke autoritäre Führung. In einer Hafenstadt wie Danzig mit allen Gefahren einer fremden leicht eindringenden Agitation und inneren Zersetzung soll staatsbürgerliche Freiheit nach dem Wunsche mancher gleichbedeutend mit Zügellosigkeit sein. Als man unserer nationalsozialistischen Regierung in Danzig nicht nachsagen konnte, daß sie den Frieden der Welt stören wolle, verunglimpfte man unsere berechtigte Gesetzgebung zum Schutze der Ruhe und Sicherheit und zur Aufrechterhaltung des Friedens als blutrünstige Tyrannis. Gesetze, wie sie jeder, auch der liberalste Staat, heute für unvermeidlich hält, wurden als Verstöße gegen eine vom Völkerbund garantierte Verfassung gebrandmarkt. In einer solchen Zeit kann nur ein starker Staat mit einer intakten, starken Polizei die absolute Gewähr für Frieden und Ordnung geben.

Eine harte Zeit verlangt auch harte Gesetze.

Unsere Friedfertigkeit ist nicht die eines Pazifismus aus dem Glauben an die absolute Güte des Menschen, sondern die einer sehr realen Einschätzung der allgemeinen menschlichen Gerechtigkeit. Verfassungen können geändert werden, selbst wenn sie unter Garantien stehen. Sie sind mit der Gesetzgebung der Ausdruck der Entwicklungslage eines Volkes und daher in lebendiger Fortentwicklung; und diese unterliegt der autonomen Willensbildung des Volkes und seines Staates. Wenn wir jetzt nichts in dieser Richtung beabsichtigen, so deshalb, weil wir Ruhe und Stabilität der Verhältnisse als erstes Erfordernis unserer schweren Lage betrachten.

Wie notwendig eine starke Regierung ist, das mag Ihnen noch eine kleine Mitteilung belegen: Es ist unserer Polizei gelungen, unlängst

ein kommunistisches Geheimbureau in unserer Stadt Zoppot

auszuheben, das offenbar von dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei einer der Oststaaten unterhalten wurde. Ein sehr umfangreiches Material konnte hierbei sichergestellt werden.

Eine etwa 2000 Adressen enthaltende Liste kommunistischer Agenten in Polen wurde gefunden,

Massen von Agitationsmaterial in den wichtigsten europäischen Sprachen waren zusammengetragen. Wirtschaftliche Aufzeichnungen und Berichterstattungen aus Exekutivsitzungen in Berlin und Amerika, Schriften über die französischen Kolonien in Indochina, welche eine kommende Erhebung gegen die Französische Regierung behandeln. Kurzum, ein weitgeschichtetes Material, das zeigt, wie leicht Danzig zur Zentrale einer politisch-wirtschaftlichen Zersetzungstätigkeit werden muß, wenn es nicht entschlossen zugreifen kann. Das vergangene Jahr hat gezeigt, daß bei solch scharfem Zupacken der Kommunismus in sich zusammenbricht. Die Aufdeckung jener Zentrale aber ist ein bemerkenswertes Zeichen, daß sich überall an Punkten festen Widerstandes Zersetzungskeime der menschlichen Gesellschaft einnisten. Und dazu noch ein Wort zum Schluß:

Alle ökonomischen und politischen Theorien machen bei gesunden Völkern vor den Erfordernissen der Nation und ihrem Gesamtwohl Halt.

Jeder kräftige Staat wird sich der zersetzenden Elemente zu erwehren wissen, das ist Notwehr. Und ich glaube, daß in einer Gesellschaft gesunder Leute einer mit einer ansteckenden Krankheit kein gern gesehener Gast ist. Der letzte Präsident der Völkerbundversammlung Ter Water sprach von der nationalen Disziplin, die sich eine Reihe von Nationen gegeben hätten, als von einem günstigen Symptom. Es ist hierzu aus den Verhältnissen eines besonders gefährdeten Gebietes Europas mit den jüngsten Erfahrungen eines Ausgleichs bestehender Schwierigkeiten zu sagen: **Was zwischen dem deutschen nationalsozialistischen Danzig und dem jungen Polen die Möglichkeit der Verständigung gab, war, daß sie beide ein und dieselbe nationale Sprache redeten. Der Geist der Arbeit, des Fleißes, der Opferbereitschaft, Kameradschaft und Einfachheit, was die junge Generation mit der älteren, die durch die Schützengräben gegangen ist, verknüpft, bindet auch die Nationen zu einer Gemeinschaft männlicher Offenheit, als der einzigen Basis der Verständigung. Sie sei das Ziel unserer Bewegung!**

Moderne **Möbelstoffe** 896
Möbelleder
Eryk Dietrich,
Bydgoszcz
Gdańska 78, Tel. 782

Perf. Schneiderin näht schnell u. saub. in und auß. d. Hause, auch aufs Land. niedr. Preise 662
Sniadeckich 18, Wg. 3.

Kacheln
in allen Farben und schönen modern. Dessins
glasierte Wandplatten
für Läden und Badezimmer
Fußbodenfliesen
liefern billigst
Gebr. Schlieper
Bydgoszcz
Gdańska 140 894
Tel. 306 Tel. 361

Drahtseile
für alle Zwecke liefert
B. Muszyński,
Seilfabrik, Gdynia 4.

Heirat

Ausländerinnen
und viele vermögende deutsch. Damen wünsch. glückl. **Heirat.** Ausk. kostenlos auch an Dam. aller Kreise. Größte Eheanbahnung für Damen und Herren. **Stabrey, Berlin,** Stolpischestr. 48. 7962

Besitzertochter wünscht Herrn bis zu 25 J. zw.
späterer Heirat
kennen z. lernen. Ernstgem. Zuschriften nur m. Bild unter M. 1103 an die Geschst. d. Zeitg. erb.

Junger Deutscher,
z. Zt. in der franz. Fremdenlegion, jedoch bald wied. frei, wünscht mit jungem anständig.
Mädchen
in Briefwechsel zu tret. Heirat nicht ausgeschl. Off. unt. T. 1122 an die „Deutsche Rundschau".

Junger, gutgeschulter **Handwerker,** 25 J. alt, 1,73 groß, dunkelblond. dunkl., sehr ernst. Augen, leicht angehaucht von Schopenhauers Pessimismus, begriff. in fortwähr. Selbsterkenntnis im Streben nach Vollkommenheit und Glück. Lektüre: Christus, Faust u. Hamlet. Mehr Freude am Wandern als am Tanz, wünscht Briefwechsel mit jg. Dame nicht über 24 J., zwecks
Heirat.
Bevorzugt werden Damen mit gerader oder Adlernase, mehr als solche m. Stupsnäschen, dunkelblond. od. dunkl. Haar mehr als helles. Ernstgemeinte Zuschriften mit Bild unter C. 636 an d. Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Landwirtstöchter 1250
mit Vermög., möchten sich gern **verheiraten.** **„Postep",** genehm. Eheverm. **Gdańska 67.**

2 Freundinnen
im Alter von 19 Jahren suchen Briefwechsel mit besseren Herren **zwecks** **späterer Heirat.** Antworten mit Bild unter **H.** 1285 a. d. Geschäftsstelle dies. Ztg. erbeten.

Suche f. meine Nichte, evangel., musikal., Barvermögen 20000 zł und gute Aussteuer,
Lebensgefährten
nicht unter 30 Jahren. Nur ernstgem. Offerten mit Bild unter **H.** 1211 an die Gst. d. Z. erbet.

Gebildeter, selbständig.
Kaufmann
evang., 33 Jahre alt, Reserveoffizier, **sucht** sympathische, häusliche **Lebensgefährtin** mit etwas Vermögen. Off. mit Bild, das zurückgesandt wird, unter **H.** 651 an die Geschäftsstelle d. Zeitg. erbeten.

Landwirt m. 800 M. gr. Wirtsch. sucht Damenbekanntsch. **zw. Heirat** Alt. 24—30 J., Verm. n. unt. 10000 Zl. Offert. an **Ann.-Exp. Holtzendorff, Gdańska 35.** 627

Hochbahnbeamter
31, ansehnlich, wünscht harmonisches **Eheglück** mit häusl., wirtschaftl. Dame, der es gleichfalls am sonnigen Eheglück gelegen ist, keine Modepuppe, sond. schlicht u. ehrlich. Ernste Bewerb. bitt. Kennummer 9631, Agent. Wehrand, Schließfach 32, **Berlin N. 54.** 1276

4 Junggesellen
im Alter von 26 bis 29 Jahren, in fester Stellung auf einem der größten industriellen Güter in der Provinz Posen als Rentmeister, Brenner, Förster und Müller **suchen** Bekanntschaft netter Damen im Alter v. 20—25 Jahren **zw. späterer Heirat.** Gefl. Zuschriften mit Lichtbild, welch. zurückgesandt wird, bitte unter **„Rentmeister", „Brenner", „Förster"** oder **„Müller" Nr.** 1248 an die Geschäftsstelle dies. Blattes zu richten.

Geldmarkt

6000 Goldzloty
Hypothek, erste Stelle, Restkaufgeld, ist mit Nachlaß zu verkaufen. Angebote unter **K.** 656 a. d. Geschst. d. Zeitg. erb

Welches ält. Fräul. od. Witwe v. 35—45 J. möchte auf kurze Zeit einem in mittl. Jahr. steh. Witwer (Zivilbeamten) **300 zł leihen** zwecks Einziehg. einer Hypothek von 3000 zł. Hohe Zinsen. Mögliche baldige Heirat nicht ausgeschloss. Güt. Off. u. O. 1239 a. Gst. d. Zt.

Einen Teilhaber
Kaufmann, welch. das Geschäft später übernimmt, sucht die 1272 **Färberei und chemische Waschanstalt L. Kerger, Wągrowiec,** gegr. 1850.

Offene Stellen

Suche von sofort
Konditor-Gehilfen
erstklassigen Fachmann
der vollständig selbständig arbeitet. Offerten mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen unter **G.** 1277 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Suche zum 15. 2. oder 1. 3. 1934 jungen evgl.
Landwirt
für 400 Morgen große Landwirtschaft z. meiner Unterstützung, der, wenn nötig, auch selbst disponieren kann. Off. mit Lebenslauf und Gehaltsforderung an **Schauer, Wymysłowo,** p. Koronowo. 1264

Brenner
m. Brennerlaubnis für größeres Brennkontingent von sofort gesucht. Angeb. unter **L.** 1292 a. d. Geschst. d. Zt. erb.

Obermüller
allererste Kraft, welcher in der Herstellung von Weizen- u. Roggenfabrikaten bei hoh. Ausbeute Hervorragendes leistet, per 1. 2. 34 gesucht. Tüchtigkeit, Ehrlichkeit und Treue müssen durch lückenlose Zeugnis-Abschrift. belegt werden. Bewerbg. mit Gehaltsanspr. unt. **T.** 1251 a. d. Gst. d. Ztg.

Zum 1. 4. 1934 qual.
Schäfer
mit eigenen Scharwerkern gesucht. 1210
Gutsverw. Brzepałkowo pow. Sępolno.

Suche zum 1. April zu 60 Milchkühen und ca. 50 Stück Jungvieh
1 Viehfütterer
mit eigenen Leuten, der das Melken mitübernimmt. Meldungen nur von mit Viehpflege erfahrenen Leuten und mit gut. Empfehlungen unter **B.** 1242 an die Geschäftsst. d. Ztg. erb.

Müllerlehrling
für sofort gesucht. Freie Station u. 5 Zł. Taschengeld monatl. Polnische Sprache Bedingung. Desgleichen
jüngerer Knecht
v. Lande, 15 Zł. monatl., fr. Station, Müllerarb. Angebote unt. **R.** 1302 a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Ehrlicher, evgl., junger Mann wird als
Molkereilehrling
in Genossenschaftsmolkerei gesucht. Off. unt. **G.** 1283 a. d. Gst. d. Ztg.

Gute Anstellung
find. v. sof. alleinstehd.
Dame (Alt. gleichgült.) bei j. Eheleuten b. 50 Zł. Monatsgeh., fr. Stat. u. Fam.-Anschluß. Betreff. muß über ein Bargeld v. mindest. 1000 Zł. verfüg., w. notariell sichergest. wird. Nähere Ausk. unt. **B.** 1262 durch die Geschäftsst. d. Zeitg.

Wer möchte auf Gut in Nordpommerellen
kochen lernen
und sich in der Wirtschaft ausbilden? Bew. mit Lebenslauf, Bild, Zeugnissen unt. **S.** 1250 **a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.**

Stellengesuche

Landw. Beamter
21 Jahre alt, 2 Sem. Winterschule, 3 Jahre **Praxis,** perf. polnisch, landw. Buchführung, m. gut. Empfehlungen, **sucht** ab 1. März oder später Stellung. Angebote unter **J.** 1287 a. d. Geschst. d. Ztg. erb.

Junger
strebsam. Landwirt
27 Jahre alt, evang., m. über 6jähr. **Praxis,** an strenge Tätigkeit gew. **sucht** ab 1. April, da sich gerne veränd. möchte, **anderweitig Stellung,** wenn möglich **als verheiratet. Hofverwalter.** Auf hiesig. Gute über 3 Jahre tät. Gute Zeugn. vorh. Off. unt. **S.** 1119 a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Junger strebsamer **Landwirt**
27 Jahre alt, evgl., mit 8½jährig **Praxis** u. an strenge Tätigkeit gew., **sucht** ab 1. April, da sich gerne veränd. möchte, **anderweitig Stellung.** Wenn möglich, verheiratete od. 1. Beamten-Stelle. Frdl. Angebote bitte zu richt. u. **G.** 1003 an d. Geschäftsst. d. Ztg.

Suche Stellung zum Frühjahr f. m. Sohn, 19 J. alt, Primaner-Zeugn., 1¾ J. Praxis strenge Tätigkeit gew, Gleichzeit. **suche** gebild.
jg. Landwirt
mit Praxis z. weiteren Ausbildung in meiner vielseitigen Wirtschaft. **Gutsbes. C. Schmekel, Wilstino, Kr. Bromberg** p. Wierzchucin król. **Telefon 1.** 1106

Landwirtschaftlicher Beamter
mit guten Zeugn. und 6 J. **Praxis,** sucht ledige Beamten- oder verheiratete Wirtschaftsstelle. Wer mir Stellg. verschf. od. nachweis. kann, erh. hohe Provision. Off. u. **B.** 1109 a. d. G. d. Ztg.

Suche Stellung als
Wirt
oder sonst desgleichen. 49 Jahre alt. Langjährige Zeugnisse vorhanden. 1124
St. Wdowczyk, Leszcz, v. Swarzyński p. Toruń.

Brennereiverwalter
30 Jahre im Fach und im Besitz guter Zeugn. und Empfehl., vertraut mit Maschinenreparat., elektr. Kraftanlag., Motor und der Buchführ., **sucht** Dauer- od. Saisonstellung. **A. Geldon, Radlin, p. Jarocin Wlkp.** 1098

Revierförster 1062
bezw. Forstverwalter
verh., kinderlos, 47 Jhr. alt, 19 Jahre Staats-, 10 J. Privatforstdienst, Sägewerks-Verwalter, d. poln. Sprache mächt., mit Ia-Empfehlg. und Zeugn., **sucht sofort Stellung als Forstbeamter** jeglicher Art. **A. Lange, Czarny las,** pow. Ostrowski, Wlkp.

Berufslandwirt Posener, evgl., der poln. Sprache in Wort u. Schrift mächtig, Feldw. d. Res., mit bess. Schulbildung, 32 Jahre alt, langj. erfolgr. Tätigkeit auf gr. Gütern, energisch und gewissenhaft, gestützt auf Ia Zeugnissen und besten Empfehlungen,
sucht Dauerstellung als verheirat., leitd. Beamter
zum 1. 7., evtl. auch 1. 4. 34 bei zeitgemäßen Ansprüchen. Falls erforderlich, kann Kaution gestellt werden. Evtl. übernehme **Pacht-Administration.** Frdl. Angeb. unt. Nr. **R.** 1112 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Administrator, verheiratet, mit langjährig. Praxis, beider Landessprach. in Wort u. Schrift mächt.,
sucht eine **Vertrauensstellung**
mit Kautionsstellung. Offerten unt. **L.** 1030 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Gebildeter Landwirtssohn 1288
25 J. alt, landwirtschaftl. Schule, 5 Jahre Praxis auf intensiven Gütern Posens u. Pommerellens, **sucht** für sofort oder später **Stellung** als
Feldbeamter oder Alleiniger.
Gute Zeugnisse u. Empf. vorh. Gefl. Off. bitte an **Leo Spitzer, Nowawieś,** p. Gromadno, Szubin.

Förster
verh., kl. Familie, mit Försterprüf. Margonin, in Fasanen-Aufzucht, Gartenbau aufs beste vertraut, nüchtern, ehrlich, beste Ref., **sucht** entsprechende **Stellung.** **Kubnke, Reda,** pow. Morski. 1181

Förster
34 J. a., verheir., **sucht** Stellung von sofort od. 1. 4. 1934 mit Kaut. Bin in all. Zweig. gut bew., mit Holzeinschlag sowie Kulturen, Saatkämpe vertr., guter Fasanenzücht., Hornbläs., scharf geg. Wilddiebe, Schlingenstell., beid. Sprach. i. Wort u. Schrift mächt. Offerten unter **O.** 596 a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Ev. Schmiedegeselle
sucht von sof. oder 1. 4 Stellg. Gut bevorzugt.
Arnold Klaus, Jankowice. 1205

Schmied — Maschinist
gut ausgebildet, mit eigenem Handwerkszeug sucht v. 1. 4. d. J. Stellung. **Karpinski,** Schmiedemstr., **Górki-Dąbikie,** p. Królikowo Szubin. 638

Suche z. 1. 4. Stellung auf einem Gut als verh.
Schmied u. Maschinist
Bin 30 J. alt. Off. erb. J. Stalowski, Olszewko, p. Nakło, z. Zt. b. Hrn. Gutsbes. Doering 1266

Stellmachergeselle
ledig, mit eign. Handwerksz., sucht Stellung auf einem Gut von sof. od. 1. April 1934. Gefl. Angebote erbittet **Franciszek Imich. Dom. Mała Turza,** poct. Płośnica, pow. Działdowo (Pomorze). 1212

Verh. Stellmacher
mit Werkzeug u. guter Erfahrung, 30 J. alt, der deutschen und poln. Sprache mächtig, **sucht** ab 1. April Stellung auf Gut. 1166
Maks Klepinowski
Grzblin, p. Subkowy, powiat Tczew.

Gärtner
sucht Stellung.
Verh., 33 J. alt, 18jähr. Praxis, erf. Orchideen-, Ananas- u. Bananenzücht., zugl. Frühgem.-Treiberei, Baumschule m. Bienenzucht. Gute Empfehl. u. langjähr. Zeugn. vorh. Off. unt. **W.** 1265 a. d. Gst. d. Z.

Unverh. Gärtner
38 J. alt, mit Gewächshäuser, Frühbeet., Gemüse- Blum.-, Bienenzucht und Parkanlagen vertr., **sucht** von sofort oder später **Stellung.** Offerten unter **B.** 1269 a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Jg., verh. Gärtner
kath., mit g. Fachk. und langjähr. Zeugn. (letzte Stellg. 8 Jahre), **sucht** ab 1. April Stellg. auf gr. Guts- oder Privat-Gärtnerei. Off. unter **K.** 1290 a. d. Geschst. der Deutsch. Rundsch. erb.

Gärtner
27 J. alt, welch. in allen Zweig. gut bewand. ist, **sucht** als Lediger oder Verheirateter **Stellung.** Gefl. Offert. unt. **L.** 1228 a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Gärtner evgl., 23 J., militärfrei, ordentl. u. zuverlässig, gute Zeugnisse, geprüft, bewand. in Topfkultur u. Frühbeettreib., dauernd selbständ., 4 J. im Gemüsebau, **sucht** Stellung. Off. m. Gehaltsangabe unt. **G.** 579 a. d. **Geschäftsst. d. Ztg. erb.**

Jung., arbeitsfreudig. **Gärtner,** sucht in sein. Fache, m. gut. Zeugn., **sucht Stellg.** v. 1. 2 oder spät. **als Selbständiger oder Gehilfe.** 1252
Wegner, Dąbrowa, Chełmińska.

Gärtner mit g. Zeugniss. u. Empfehlungen, **sucht Stellg.**
Kościelski, Chełmno ul. Stroma 3. 629

Gärtner
30 J. alt, Junggeselle, kathol., mit 13 J. Praxis in groß. Handelsgärtn., Gütern, bewandert in Frühgemüse, Topfkulturen, Baumschule, **Binderei u. Bienenzucht** gestützt auf gute Zeugn. **sucht and. Stellung** vom 1. 2. od. später. Off. unt. **B.** 1141 a. d. Geschst. d. Z.

Achtung!
Welche Herrsch. braucht tüchtigen, deutschen
Vorschnitter?
Da ich vor einiger Zeit weg. Krankh. mein. Elt. a. Deutschland zurückgekehrt bin, **suche Stel.** mit jeder Anzahl Leute. Eintritt kann jederzeit erfolgen. Pa. Zeugnisse. Offerten unter **E.** 1198 a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Ev. Müllergeselle
mit all. Arbeit. vertr. **sucht** pass. Stellg., evtl. auch in Mehl- u. Getreidehdlg. (Kaution). Off. u. **S.** 1738 a. **Ann.-Exp. Wallis, Toruń.**

Konditor mit allen vorkomm. Arbeiten best. vertraut, **sucht,** gestützt auf erstkl. Zeugn., ab sof. od. spät. Dauerstellung. Off. u. **Nr.** 1127 an die Geschst. **A. Kriedte, Grudziądz.**

Aelterer
Fleischergeselle
mit langjähr. Zeugniss. aus größer. Betrieben, welcher mittl. Betrieb selbst führen kann, **sucht** ab 15. Februar d. Js.
Stellung. Off. unt. **G.** 1201 an d. Geschst. d. Ztg. erb.

Suche Stelle z. 1. 4. 34
als Oberschweizer
mit eigener Hilfskraft zu größ. Viehbestand. Offerten unter **O.** 932 an die Geschäftsstelle der Deutsch Rundschau.

Evgl., jung. Mann, ledig, **sucht** vom 1. Februar od. 1. April 34 **Stellung** als
Kutscher oder Diener.
Bin 4 J. als Kutscher tätig. Gute Zeugnisse vorhand. Off. u. **W.** 623 an d. Geschäftsst. d. Ztg.

Suche für meinen
Forst-Lehrling
welcher 4 Monate bei mir gelernt hat u. sehr energisch und fleißig ist, **anderweitige**
Lehrstelle
gegen Pensionszahlg. Offerten unter **R.** 1296 a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Jung. Mädchen sucht Anfängerstellung als
Korrespondentin
Reifezeugnis, deutsch. poln. franz. u. englisch. Sprach., Schreibmasch., dtsch. u. poln. Stenogr. Ang. u. **H.** 1732 a. Ann.-Exp. **Wallis, Toruń** erb.

Ev. gebild. Landwirtstochter, 22 J., d. deutsch. u. poln. Spr. mächtig, sucht Stell. am liebsten als **Verkäuferin** mit Familienanschluß. Off. u. **A.** 1145 a. d. Gesch. d. Z.

Wirtin, 28 J., wünscht **Stellung** bei gut. Behandlung, evtl. Taschengeld erw. Off. u. **U.** 1255 a. d. Geschst. d. Z.

Suche v. 1. 2. **Stellung zu Kindern** oder **als selbständige Wirtin.** Bin 28 Jahre alt evgl., gute Zeugn. vorhand. Offerten unter **L.** 688 **a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.**

Wirtin
28 J. alt, perf. im Koch., Backen, Geflügelzucht u. Milchwirtschaft, **sucht** Stellung vom 1. 2. oder spät. Offert. unt. **Z.** 1144 a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Zuverlässiges, evangel.
Wirtschaftsfräulein
(Posen.), Mitte 30., sucht Stellung, perfekt i. herrschaftl. Küche, Einkoch., Einschlacht., Geflügelz. u. Nähkenntnisse. Ang. unt. **N.** 1105 an die Geschäftsst. d. Zeitg. erbet.

Zuverl., evg. Mädchen
aus gut. Fam. v. Lande, 32 J. alt, perf. i. Kochen u. Führung des Haushaltes, sucht mögl. selbständige Stellung als
einfache Wirtin.
Offert. unt. **Z.** 1267 an d. Geschst. d. Zeitg. erbet.

Fräulein
perfekt in feiner Küche, Geflügelzucht u. allen Zweigen eines größer. Landhaushaltes,
sucht Stellung.
Gefl. Offert. unter 6828 an **Ann.-Exp. Kosmos, Poznań,** Zwierzyniecka 6. 1195

Jg. Landwirtstocht. m. g. Zeugn. sucht Stell. als **Wirtsch.** od. ähnl. Ausk. An.-Exp. Holtzendorff. Gdańska 35. 621

Landwirtstochter,
27 J. alt m. gut. Koch- u. Backennt., m. Glanzplätt. u. all. Hausarb. vertraut, die schon läng. Zeit in Stellg. gewes. u. keine Arb. scheut, sucht v. sof. Stellg. Off unt. 1197 a die Geschäftsst. **A. Kriedte, Grudziądz.**

Evgl. Mädchen, 23 J., erfahren in all. häuslichen Arbeiten, sucht ab 1. 2. oder später Stellung als besseres
Alleinmädchen.
Angebote unt. **D.** 1179 an die Geschst. d. Ztg.

Zwei Schwestern, evgl., suchen von sofort oder 1. 2. 34 Stellung als
Stubenmädchen.
Eine ist schon 3 Jahre Stubenmädch. gewes., die andere sucht Anfangsstelle. Off. unter **M.** 1230 a. d. G. d. Ztg.

Besitzertochter m. Koch-, Näh- und Plättkenntnissen **sucht Stellung** in bess. Haushalt. Off. u. **K.** 684 a. d. G. d. Ztg.

Besseres Mädchen,
22 Jahre alt, in allen häuslich. Arbeiten und Nähen bewandert, der deutsch. u. poln. Sprache mächtig, **sucht** Stellung ab 1. Febr. Off. unter **E.** 641 a. d. Gschst. d. Bl.

Aelt. Landwirtstochter **sucht** Stellung von sof. oder später als **Haus- oder Alleinmädchen.** Zeugn. vorh. Off. unt. **K.** 607 a. d. Gschst. d. Ztg.

Evangel. Mädchen
24 J. alt, mit Koch- und Nähkenntnissen, **sucht**
von sofort Stellung
bei älter. Herrschaften od. alleinstehd. Dame. Gehalt 15 Zł. monatlich. Zuschrift. unter **O.** 1298 a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Evgl., besseres Mädel mit Näh-, Plätt- und Handarbeitskenntnis, **sucht** vom 1. 2. Stellg. als **Stuben- od. Hausmädel.** Off. u. **W.** 628 a. d. Geschst. d. Ztg. erb.

Landwirtstochter
evgl., **sucht** Stellg. als
Stubenmädchen
vom 1. 2. od. 15. 2. Gute Zeugnisse vorhanden. Zuschrift. zu richten an **Helene Zühlke, Białośliwie,** pow. Wyrzysk ul. Lecha. 1231

Evgl., jüngere Landwirtstochter s. Stellg. zum 1. 2. 34 od. spät. als
2. Stubenmädchen
schon in Stellung gewesen. Off. u. **F.** 1200 an die „Deutsche Rundschau" erbeten.

Besseres Mädchen
das koch. und näh. kann, **sucht** v. 1. 2. oder später
Stelle als Stütze
in Guts- od. Stadthaushalt, evtl. a. **als Stubenmädchen.** Gefl. Angeb. unter **A.** 1268 an die Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Bessere Mädchen
Halbwais., **suchen Stell.** z. 15. 2. od. 1. 3. 34 zu ält. Herrschaft., die sie mit Liebe pfleg. möcht., wie ihre eigenen Eltern. Offerten unter **C.** 660 **a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.**

An- u. Verkäufe

Zinshaus Zentrum
komfort., 15% Kaufprs. 35000 zł verk. 675
W. Małek, Gdańska 46.

Landwirtschaft
170 Mg mit lebend. u. totem Inv. zu verkauf. Off. u. **H.** 671 a. Gst. d. Zt.

Landwirtschaft
Privat, 125 Mg. Wiese, Mittel- u. Weizenbod., Geb. mass. Inv. kompl., an Bahn, Chaussee und Stadt, günstig zu verk. Off. u. **J.** 652 a. d. G. d. Z.

Haus
zu verk., 17000 zł Anz. Off. u. **M.** 689 a. Gst. d. Z.

Hausgrundstück
mit 4 Morg. Gartenland **sof. zu verkaufen.** Eignet sich für jedes Geschäft, Kolonialwaren auch Gastwirtschaft. 1142
Rudolf Roeske, Stare, poczta Wysoka.

Geschäftsgrundstück
geeignet für kleines Industrieunternehmen in Bydgoszcz günstig zu verkaufen. Off. unt. **B.** 635 a. d. Gst. d. Ztg.

Kleineres
Hausgrundstück
mit ca. 2 Morg. Garten in Kleinstadt od. Nähe größ. Stadt, **zu kaufen gesucht.** Gefl. Offert. an **R. Döring, Rogowo** pow. Żnin. 1295

Grundstück m. Gart. u. Bauplatz zu verkauf. od. **Umtausch** auf klein. Off. u. **A.** 657 a. d. Gschst. d. Z.

Alt eingeführtes 650
Kolonialw.-Geschäft
beste Lage Bydgoszcz, mit Wohnung u. Ware für 7500 zł abzugeben. Näheres: **Welniany Rynek 12, Wohnung 4.**

2 Zuchtbullen
15 und 8 Monate alt,
2 Bullkälber
6 und 3 Wochen alt, verkauft 1281
Schauer, Wymysłowo, p. Koronowo. Tel. 21.

1 jg. Kuh mit hoher Milchleist. z. kauf. gesucht. Ang. m. Preisang. u. **U.** 1740 an **An.-Exp. Wallis, Toruń** 1217

Bernhardiner, 4 Jungtiere, 10 W. alt, 3 Rüden, 1 Hünd., Rasset., bildh., je 25 Zł. verk. exkl. Spes. **Fuhrich, Brodnica,** Kopernika 2. 663

Ein Wurf rassereiner **deutscher Schäferhunde** zu verkaufen. **3-go Maja 8-5.** 673

Klavier zu kaufen ges. Off. m. Preisangabe unt. **F.** 669 an die Geschst. d. Ztg. erb.

Pianos
solide Ausführ., billigste Preise, da Verkauf ab Fabrik. **Majewski,** Kraszewskiego 10 (Okole hint. Kleinb.) Tel. 2060.

Telefunken W 9
Radio für großen Empfang, Netzanschl., fünf Röhren, m. groß. Lautsprech. bill. zu verk. **H. Engel, Toruń,** Łazienna 6. 1293

Herrenzimmer, Klubmöbel, Schlaf- und Eßzimmer
aus einer Liquidation stammend, verk. billigst **„Auktionshaus"**
Gdańska 42 Tel. 1554 1291

Schlafzimm., Birke pol. vk. **Warmińskiego 12.**

Ein gut erhaltener
Persianer-Pelz
für Damen preisw. zu verkauf. **ul. Melchiora** 668 **Wierzbickiego 3,** m. 10

Gold und Silber sowie Silbergeld
kauft **B. Grawunder,** Dworcowa 57. Tel. 1698. 895

Balken,
Kantholz, Schal- u. Kistenbretter
billigst 682
Sägewerk Fordońska 48
Tel. 99
Übernahme von Lohnschnitt

Gebrauchte, sehr gut erhaltene **Walzenschrotmühle,** Stilles-Pat. Nr. 3, Walzenlänge 35 Zentimeter, z. Kraftantrieb, verkauft w. u. Wert. Off. u. **B.** 1299 a. d. Geschst. d. Ztg. erb.

Füchse, Iltisse, Marder, Kanin usw.
kauft und zahlt Höchstpreise 959
„Futeral", Bydgoszcz, Dworcowa 9, Telefon 308.
Grudziądz, Długa 1.

Rohhäute — Felle
Marder, Iltis, Fuchs, Otter, Hasen, Kanin, Roßhaare
kauft
Fell-Handlung P. Voigt
Bydgoszcz, Bernardyńska 1.
Telefon 1558 u. 1441. 257

v. Blücher'sche Forstverwaltung
Post u. Bahn Ostrowite, kol. Jabłonowo, Pom. gibt ab **ca.** 300 fm gesundes
Kiefernlangholz
3. u. 4. Kl., **ca. 30 fm Birken-, Erlen- und Eichennutzholz, Birkendeichseln,** auch in kleineren Posten. Holz kann nach vorheriger Anmeldung besichtigt werden. 1278

Komplett. Silber- oder Alpakka-Besteck
für 12 Personen zu kauf. gesucht. Offerten m. genauer Beschreibung u. Preisangabe unter **C.** 1271 an die Geschäftsstelle dies. Zeitg. erbet.

Bücher An- und Verkauf. Tausch und verleihe billigst „Agentura gazet", Długa 23, róg Jezuickiej. 672

Briefmarken 691
von Polen zu 100 u. 1000 sowie Europasammlung bis zum größten Objekt zu kaufen ges. **Luitig,** Jagiellońska 28, Wg. 12.

Quarz-Lampe Höhensonne), 110 Volt, kaufe. Angeb. u. **E.** 666 an d. Geschäftsst. d. Ztg.

Schreibmaschinen
fast neu, ungebraucht: lange gr. „Underwood", Adler, A. E. G., Alpha, zusam. 1600 zł (also 50% billiger) Kassa, gebe ab an Händler, Kanzlei od. Kommissionär. Näh.: **An.-Exp. Wallis, Toruń**

Gut erhaltene 1167
eiserne Drehbank
deutsch. Fabr. Drehlg. üb. 2 m. sehr preiswert zu verkaufen.
Fr. Fiessel, Dąbrowa, pow. Chełmno.

Mechanische 678
Tischlerhobelmaschine
verkauft billig
Herm. Frankiego 3, m. 11

Wohnungen

Weißenhoffa 5 1168
Wohnung von 5 Zim., Bad, Zubeh., Zentralheizung, hochparterre, zum 15. 2. zu vermieten.

4-5-Zimm.-Wohng.
mit allem Komfort für **jung. Ehepaar zu mieten gesucht.** Uebernahme in der Zeit vom 1. 3. bis 1. 10. 34. Jahresmiete k. auf Wunsch im voraus gezahlt werden. Angeb. erbittet **Antoni Piliński, Bydgoszcz, Nowy Rynek 8** Telefon 407. 677

4—5-Zim.-Wohng.
sucht von sofort 1297
Belau, Lehrer em., Dzięgciarnia, p. Jeziórki zab., powiat Wyrzysk.

2- oder 3-Zimmer-Wohnung
gesucht v. pünktl. zahld. kinderlos. Miet. Preis etwa 60—65 Zł. Offert. unter **J.** 683 an die Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

2 Zimmer und Korrid. m. Zentralheizung **zu vermieten.**
Jul. Ross 1279
Grunwaldzka 20. Tel. 48

2-Zimmer-Wohng.
u. Küche v. kinderl. Beamt. ges. Off. unt. **B.** 659 a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Stube und Küche
an pünktlichen Zahler zu vermieten. 685
Wodtke, Gdańska 76.

Möbl. Zimmer

Möbl. Zimmer
ab 1. 2. zu vermiet. 690
3 go maja 12, part. r.

Möbl. Zimm. f. berufst. Dame m. sep. Eing. z. vm. 674 **Sienkiewicza 21,** m. 2

Möbliertes Zimmer
sofort zu vermieten. 658
Mazowiecka 4, Whg. 6.

Möbl. Zimm. zu verm.
Petersona 2, W. 2. 654

Möbl. Zimmer zu verm.
865 **Chrobrego 23, Whg. 7**

Freundlich möbliertes Zimmer
m. elektr. Licht zu verm.
Gdańska 89, Wg. 4. 584

Pensionen

Schüler od. Schülerinnen finden gute und billige Pension. Off. u. **L.** 1099 an d. Geschst. d. Ztg. erb.

Pension
für einen Gymnasiast., 14 Jahre alt, in guter evgl. Familie gesucht. Offerten unter **F.** 1282 a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Pachtungen

Suche mit eigenem leb. und tot. Inventar **Pachtung bzw. Kauf eines ca. 1000 Mrg. großen Gutes.**
Gefl. Off. unt. **D.** 1273 a. d. Geschst. d. Ztg. erb.

Pachtung
500—600 Morg. guten Boden, möglichst ohne Inventar, kann auch ohne Vorräte sein, von **sofort gesucht.** Ausführliche Offert. unter **R.** 1232 an d. Gst. d. Z.

Suche
Landwirtschaft
von 400—600 Morgen, Weizenboden — aus deutscher Hand — in Pommerellen zu pachten. Zuschriften mit Pachtbedingungen unt. **M.** 1294 an die Geschst. dieser Zeitung erbeten.

Gärtnereigrundstück
zu verpachten oder zu verkaufen. Off. u. **G.** 670 a. d. Geschst. d. Bl. erbet.

Bäckerei
in Kreisstadt Pommerellens sofort zu verpachten oder zu verkaufen. Angeb. unter **K.** 1225 an die Geschst. dieser Zeitung erbeten.

Geschäft
m. Einrichtung u. Wohnung, beste Lage am Markt und Bahnhof, günstig zu verm. 1263
Grunwaldzka 78, Wirt.

Lagerraum
Nähe Bahnh., zu verm. **Möller,** Sniadeckich 40. Telephon 5. 679

Geschäft in Praust
bedeutenden Umfanges:
Kolonialwaren, Wirtschaftssachen
per 1. 4. zu verpachten.
Rudolf Pahlke, Praust bei Danzig. 1238

Für Lebensmittel en gros u. Fabrikation werd.
in Bromberg Parterreräume und große kühle Keller gesucht. 1301
Es kann auch ein Laden u. Wohnung dabei sein, evtl. **Kauf einer Villa oder Landwirtschaft** Nähe Bahnhof. Angeb. unt. **K.** 12 an Fil. „Deutsche Rundschau" **H. Schmidt, Danzig, Holzmarkt 22.**

3. Blatt. **Deutsche Rundschau.** Nr. 16.

Bromberg, Sonntag, den 21. Januar 1934.

Nach neun Monaten am Ziel in Sibirien.

Im weiteren Verlauf der Artikel-Serie „Jozef Piłsudski in Sibirien“ gibt Hauptmann M. B. Lepecki im **„Kurjer Poranny“** eine Schilderung über die letzte Etappe und das Ziel, das Jozef Piłsudski auf seinem Wege in die sibirische Verbannung am 11. Dezember 1887 erreichte:

Im September 1887, also ein halbes Jahr nach seiner Verhaftung, traf Jozef Piłsudski in Irkutsk ein. Diese Stadt liegt am rechten Ufer der Angarra, 65 Kilometer vom Baikal-See entfernt. Irkutsk zählte damals etwa 36 000 Einwohner, dreimal weniger als jetzt (die letzte Volkszählung ergab 99 000 Einwohner). Trotzdem war Irkutsk während der Verschickung Piłsudskis die größte Stadt Sibiriens. Überflügelt wurde sie seitdem bereits von Omsk, das 161 000 Einwohner zählt, Wladiwostok mit 120 000 und Nowo Sibirsk mit 220 000 Einwohnern. Acht Jahre vor der Ankunft Piłsudskis (im Jahre 1879) wurde Irkutsk von einem großen Brande heimgesucht. Dies war zwar ein großes Unglück, das viele Menschen ruinierte; nichtsdestoweniger gestattete diese Katastrophe, die Stadt nach den modernsten Plänen, die der damaligen Epoche entsprachen, wieder aufzubauen. Im Jahre 1887 war der Wiederaufbau noch nicht abgeschlossen, und in einigen Punkten machte die Stadt den Eindruck von neuentstandenen Siedlungen. Von der alten Stadt, die im Jahre 1682 gegründet worden war, war nichts Bemerkenswertes übrig geblieben. Georges Kennan, der Irkutsk sowohl vor als nach dem Brande besucht hatte, behauptet, daß die Stadt infolge des Brandes ihren ganzen exotischen Reiz verloren habe.

Irkutsk war noch nicht das Endziel der Wanderung Jozef Piłsudskis, es war nur eine Etappe zum weiteren Wege, zu einem Orte, der von dem Gouverneur bestimmt werden sollte. Piłsudski wußte noch nicht, wohin ihn das blinde Los zur Verbüßung der weiteren Strafe lenken wird. Ebenso wie in den Städten vorher schlossen sich auch hier hinter der Partie der Verurteilten die Tore des örtlichen Gefängnisses, das gewissermaßen zur Ironie von dem Brande im Jahre 1879 verschont geblieben war.

Gefangenen-Aufruhr.

Im Gefängnis in Irkutsk erlebte der junge Ziuk Piłsudski eine der größten Tragödien seines Lebens. Die größte nicht aus dem Grunde, weil sie einen Vergleich mit vielen Ereignissen in seinem späteren Leben aushalten könnte, sondern deswegen, weil sie auf ein Alter entfiel, in dem die menschliche Empfindlichkeit besonders groß ist. In Irkutsk sollte die Verteilung der Gefangenen und je nach der Entscheidung des Gouverneurs ihre Versendung in verschiedene Gegenden Sibiriens erfolgen. Die Gefangenen sehnten diesen Augenblick mit großer Ungeduld herbei, da er ihrem Aufenthalt im Gefängnis ein Ziel setzen und ihnen zwar eine bedingte, in jedem Falle aber doch eine gewisse Freiheit geben sollte. Denn mit Ausnahme der zur Zwangsarbeit Verurteilten war für alle anderen der Aufenthalt in einem genau festgesetzten Ort bestimmt, in dessen Bereich sie völlige Bewegungsfreiheit hatten. Es war also kein Wunder, daß jene Kategorie der Verbannten, der Piłsudski angehörte, durch den sich überaus in die Länge ziehenden Aufenthalt im Gefängnis in Irkutsk nervös wurde. Eine gewisse Beruhigung brachte die Versicherung der Behörde, daß sie deswegen noch nicht weitergeschickt würden, weil sie für eine entfernte Ortschaft bestimmt seien, wohin man erst dann reisen kann, sobald Schnee gefallen ist, und die Schlitten den Weg frei machen. Da aber Tage und Wochen vergingen und das Versprechen der Behörde keine Erfüllung fand, begann unter den Gefangenen die Nervosität zu steigen. In einer solchen Atmosphäre wurde jedes geringe Ereignis aufgebauscht, und die Reizbarkeit stieg ins Unermessene. Es kam schließlich zu einem Aufruhr, oder vielmehr zu einem Verzweiflungsakt, den Jozef Piłsudski in dem Arbeiterkalender „Kalendarz Robotniczy“ für das Jahr 1911 folgendermaßen schilderte:

. . . Es trat jedoch bald ein Ereignis ein, das die ohnehin über dem Kopf der Aufrührer hängende Katastrophe beschleunigte. **Einer unserer Gefährten, ein gewisser Ceytlin, hatte eine Verlobte,** eine unserer Reisegenossinnen. Man gestattete ihm, mit ihr täglich in der Gefängnis-Kanzlei eine Stunde lang zu plaudern. Einmal kam während eines solchen Besuchs der Polizeimeister in das Gefängnis-Bureau. Ceytlin hatte ihn nicht bemerkt und ihn weder durch eine Verbeugung, noch mit einem Worte begrüßt. Der Polizeimeister stürzte sich auf ihn und fuhr ihn barsch an. Ceytlin blieb ihm die Antwort nicht schuldig. Aus der Fassung gebracht, befahl der Polizeimeister, ihn auf drei Tage in den Karzer zu stecken. Doch bevor das Urteil vollstreckt werden konnte, sprang Ceytlin aus dem Bureau und stürzte in unsere Zelle; er erzählte uns, was vorgegangen war. Wir versammelten uns sofort in unserer Zelle und beschlossen, es nicht zur Vollstreckung des Urteils kommen zu lassen.“

Dies gelang den Gefangenen jedoch nur für kurze Zeit. Schon am nächsten Tage mußten sie, um an ihrer Absicht festzuhalten, zur Kraft ihre Zuflucht nehmen. Es brach ein Aufruhr aus, der aber nur darin in Erscheinung trat, daß die Zellentüren eingebrochen wurden und sich die Gefangenen in einem der Säle vereinigten. An eine ernstere Aktion, oder auch an eine Flucht hat niemand gedacht. Man wollte einfach auf diese vielleicht allzu krasse Art die Streichung der Schuld Ceytlins erhandeln. Die Behörde nahm aber die ganze Sache ernst. Es wurde Militär requiriert, das ohne längere Diskussion beschloß,

die Ungehorsamen mit Kolben gefügig zu machen.

Jozef Piłsudski beschreibt dieses Ereignis in folgenden Sätzen:

„Die Soldaten warfen sich wie wilde Wölfe mit erhobenen Karabinern uns entgegen. Wir hatten uns in einer Ecke zwischen Ofen und Wand aufgestellt. Ich stand in den ersten Reihen. Als ich die Augen aufhob, schwebte über mir ein Karabinerkolben. Mit der Hand schob ich ihn weg, der Kolben glitt an der Stirn herunter. Doch in diesem Augenblick erhielt ich einen Kolbenschlag von der anderen Seite auf den Kopf, dann einen zweiten und dritten. Das Blut ergoß sich über meine Augen, ich wankte auf den Füßen, im Kopf wurde mir schwindlig. Ich stürzte hin. In diesem Augenblick zogen sich die Soldaten in einem Sprunge von uns zurück. Dies war der Effekt eines von unseren hinteren Reihen geworfenen Kissens, das neben mir niedersauste. Bald fiel ich in Ohnmacht, hörte nur noch irgend ein Stöhnen; doch weiß ich nicht, ob es von mir oder von einem anderen Kollegen herrührte. Was weiter geschah, wußte ich nicht. Wie man mir später erzählte, blieben von uns dreizehn nur drei bis zum Ende auf den Beinen, der Rest wurde unter den Kolbenschlägen ohnmächtig.“

So traurig endete der angebliche Gefangenenaufruhr in Irkutsk. Sein Epilog spielte sich ein Jahr später ab. Schließlich nach zweimonatlichem Aufenthalt im Gefängnis in Irkutsk kam für Jozef Piłsudski der Augenblick, daß sich die Tore zur Freiheit des Verbannten öffneten. Dies erfolgte am 1. Dezember 1887 am frühen Morgen.

Als Verbannungsort wurde Piłsudski die Ortschaft Kirensk bestimmt,

die am Lenaflusse und 1000 Werst nördlich von Irkutsk entfernt gelegen ist. Über die Reise dorthin erzählte Marschall Piłsudski, als ich diese Arbeit schrieb, etwa folgendes:

„Man schleppte uns zehn Tage lang. Eine lustige Reise war das nicht Wir legten sie auf Schlitten zurück. Auf den sibirischen Wegen bestanden damals Poststationen mit Pferden, wie dies früher in Europa war. Die Partie der Verschickten wurde unter Eskorte von Station zu Station abgeliefert, eine Unterbrechung trat lediglich zur Nachtruhe ein. Eine Strecke von 1000 Werst im Schlitten zurückzulegen, scheint uns heute etwas höchst Phantastisches. Doch dieser Transport bei 40 Grad Frost, in schlechter Kleidung, schien sogar in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts sehr schwer. Wenn dieser Weg vielleicht zur Freiheit geführt hätte, wäre er sicher kurz und bequem empfunden worden. Doch an seinem Ziel erwartete den Verschickten das armselige Leben eines zu vollkommener Isolierung von der Zivilisation und überhaupt der Welt verurteilten Menschen.

Durch Regionen von Schnee und Eis . .

Kein Maientanz ist eines großen Mannes Leben, sondern ein Kampf und ein Marsch, ein Krieg gegen Fürstentümer und Mächte. Es ist kein müßiger Spaziergang durch duftige Orangenhaine und grüne, blumige Wiesen in Begleitung der singenden Musen und der rosigen Horen, sondern eine ernste Pilgerfahrt durch glühende Sandwüsten, durch Regionen von Schnee und Eis . . . . .

O Welt, wie willst Du Dich gegen diesen Mann sichern? Du kannst ihn nicht durch Dein Geld mieten und ebensowenig durch Deine Galgen und Gesetze zügeln. Er entwischt Dir wie ein Geist. Sein Platz ist bei den Sternen des Himmels. Er trachtet nach keiner Deiner Belohnungen. Siehe auch, er fürchtet keine Deiner Strafen. Nicht einmal dadurch, daß Du ihn tötest, kannst Du etwas gegen ihn ausrichten.

Thomas Carlyle.

Am Endziel.

In Kirensk traf Josef Piłsudski am 11. Dezember 1887 ein, **nachdem er neun Monate in Gefängnissen und auf Reisen zugebracht hatte.** Kirensk war zu jener Zeit eine kleine Ortschaft, wo außer dem Kreisamt, der Finanzkammer und dem Spital keine anderen Einrichtungen waren, die die Bezeichnung Städtchen hätten rechtfertigen können. In Wirklichkeit war Kirensk nicht einmal ein Städtchen, sondern ein auf einer Insel gelegenes Dorf. Bewohnt war es von den Tscholdonen oder Sibiriaken, sowie von Verschickten. Die Bevölkerung beschäftigte sich mit Fischfang, Jagd, und etwas mit Landwirtschaft. Das Verhältnis der Tscholdonen zu den Verbannten war gleichgültig oder vielmehr wohlgesinnt. Besonders die Polen erfreuten sich großer Achtung, da man sie als Menschen ansah, die alles verstanden und alles machen konnten. Ohne Rücksicht auf die Hoffnungslosigkeit und die Fürchterlichkeit besaß das Leben in Kirensk eine gewisse Originalität und einen gewissen Reiz. Das Herumtreiben im Wald und auf dem Lena-Fluß, die Jagd, das Zusammenleben mit den halbzivilisierten Tscholdonen und den wilden Stämmen der Eingeborenen, das Gefühl, seine Pflicht getan zu haben, — alles dies bildete eine unauslöschliche Erinnerung. Die Behörden kümmerten sich wenig um die Verschickten. Sie begnügten sich mit der Feststellung von ihrer Isolierung. Befürchtungen über eine Flucht hatten sie durchaus nicht, da man sich zwar leicht von Kirensk entfernen konnte, es aber fast unmöglich war, in zivilisierte Gegenden zu gelangen. Die riesige Entfernung von der Stadt und überhaupt von den Menschen gestattete es, den Verurteilten eine bedingte Freiheit zu belassen. Doch nur wenige machten sich dies zunutze. Die Mehrzahl wurde bald von der Apathie und vom Lebensüberdruß erfaßt. Sie wollten ihre Hütte nicht mehr verlassen, und manchmal zogen sie es sogar vor, zu frieren als sich in den Wald auf die Suche nach Brennholz zu begeben. Josef Piłsudski ließ sich aber von der Depression nicht beherrschen. Von den ersten Tagen an bemühte er sich, tätig zu sein. Er unterlag auch keinen Versuchungen, die auf verzweifelte Märtyrer lauern. Er trank nicht, was übrigens sogar für die Behörden wenig verständlich war, er gab sich auch nicht der Faulheit hin, was wiederum die Verurteilten in Erstaunen setzte. Mit einem Worte: er behielt das Gleichgewicht des Geistes **und die volle Beherrschung des Körpers.**

Die Sehnsucht.

Während seines Aufenthalts in Kirensk dachte Josef Piłsudski oft an seine Familie in Wilna und an seinen unglücklichen Bruder Bronisław, der sich damals auf der Insel Sachalin in Zwangsarbeit befand. In seinem jugendlichen Kopf entstand damals, der edle Gedanke, sich aufzuopfern. Am 23. Oktober 1888 schrieb er eine in ihrer Naivität rührende Eingabe an den Innenminister, ihm zu gestatten, den Rest der Strafe zusammen mit dem Bruder zu verbüßen. Durch seine Anwesenheit wollte er das hoffnungslose Schicksal seines „Bronis“, den er so liebte, versüßen. Das Schreiben lag bis zur letzten Zeit in den Archiven des Polizei-Departements in Petersburg. Es überdauerte zwei Revolutionen und zwei Kriege, um nach Jahren wiederum in Hände zu gelangen, die es strichen. Auf einem Papier für Gesuche mit schöner Handschrift geschrieben hatte es folgenden Wortlaut:

„Seiner Hochwohlgeboren, dem Herrn Innenminister!

Bittgesuch

eines vom Staat auf dem Verwaltungswege Verschickten.

Auf dem Verwaltungswege wurde ich im Jahre 1887 nach der Stadt Kirensk verschickt. In derselben Zeit wurde mein Bruder Bronisław zur Zwangsarbeit nach der Insel Sachalin verbannt. Da ich weiß, daß es sowohl meinem Bruder als auch mir schwer ist, getrennt zu leben, so möchte ich die noch bevorstehende Zeit der Verbannung, d. h. drei Jahre zusammen mit ihm verbüßen. Aus diesem Grunde bitte ich Euer Hochwohlgeboren, mich auf die Insel Sachalin nach dem Dorfe Rykowskoje zu versetzen, wo sich mein Bruder gegenwärtig befindet. Gleichzeitig bitte ich, die Versetzung auf Kosten des Staatsschatzes vorzunehmen, da zur Fahrt auf eine so große Entfernung viel Geld erforderlich ist, ich aber keines habe.

23. Oktober 1888.

Gouvernement Kirensk, Irkuck.

J. Piłsudski.“

Die Moskauer Verwaltung funktionierte korrekt, wenn es sich um eine Ablehnung handelte. Die Antwort trug daher auch das Datum vom 9. Januar 1889, sie lautete freilich ablehnend. Im Winter des Jahres 1888/89 kam das Gerichtsurteil wegen des Aufruhrs in Irkuck. Der unglückliche Jüngling wurde ins Gefängnis gesteckt, wobei er, wie er selbst erzählte, anfangs eine solche Zelle bekam, aus der durch die Spalten in der Nacht die Sterne zu sehen waren. Da es Winter war, und das Thermometer etwa 40 Grad unter Null zeigte, so drohte damals Josef Piłsudski der Tod. Dank dem Gegensatz, der zwischen dem Gefängnisdirektor und dem Prystaw (Polizeikommissar) bestand, gelang es den in Freiheit verbliebenen Leidensgefährten, seine Versetzung in das Gefängnisspital zu erwirken, wo er auch als Schreiber die ganze Strafe verbüßte. Aus der Zeit des Aufenthalt in Kirensk und später in Tumka datieren einige Jagdepisoden im Leben des Marschalls Piłsudski. Die stummen sibirischen Wälder luden direkt zur Jagd ein. Während seines Aufenthalts auf Madeira hörte ich vom Marschall ein Jagdabenteuer, das er aus der Zeit seines Aufenthalts am Lena-Flusse in Erinnerung behalten hat.

Auf der Bärenjagd.

„Einmal“, sagte der Kommandant, „kam ein russischer Bauer mit den Söhnen in den Wald nach Holz. Eine andere Waffe außer der Axt hatten sie nicht. Während der Arbeit gewahrten sie plötzlich einen Bären, der sich ihnen auf den Hinterfüßen näherte. Den Söhnen gelang es zu fliehen. Der Vater blieb zurück, und da er keinen anderen Ausweg fand, suchte er hinter einem der nächsten Bäume Schutz, in der Hoffnung, daß das Tier ihn vielleicht nicht bemerken und friedlich weitergehen werde. Doch der Bär hatte ihn bemerkt, ging an den Baum heran und langte nach dem Bauern mit der Tatze. Der Mann wich aus, der Bär aber ging um den Baum herum, um sein Opfer zu erreichen. Es entstand eine Art Versteckspiel, bis schließlich der ungeduldige Bär den nicht allzu dicken Stamm mit den Tatzen umfaßte, um auf diese Weise den Bauern zu greifen. Der Bauer ergriff nun die Tatzen und hielt sie fest. Der Bär begann zu brummen; doch der Möglichkeit, seine Kräfte auszunutzen beraubt, stand er unbeweglich in dieser Position. Der Bauer rief dann seine Söhne. Bald erschien einer von ihnen mit der Axt in der Hand. „Komm näher“, rief der Bauer, „und schlage den Bären tot“. „Ich habe Angst“, erwiderte der Sohn. Vergeblich versuchte der Vater ihn zu ermutigen, sich dem Bären zu nähern und ihm den Todesstoß zu versetzen; doch der Sohn fürchtete sich. „Na, dann kannst du vielleicht“, sagte schließlich der Bauer, „den Bären halten, und ich werde das Biest totschlagen.“ Und der Sohn hielt den Bären. Befreit aus der unbequemen Lage begann nun der Bauer, sich auf das friedlichste von dem fatalen Orte zu entfernen. „Vater!“ rief erschrocken der Sohn, „warum tötest du den Bären nicht?“ „Ich habe Zeit“, sagte darauf der Bauer, „und du sollst jetzt erkennen, wie angenehm es ist, einen gesunden Bären an den Tatzen festzuhalten.“

Das Leben in Kirensk floß monoton dahin. Im Winter, und der Winter dauerte neun Monate lang, trat die Dämmerung so früh ein, daß der Tag kaum einige Stunden währte. Bei dem flackernden Licht konnte man aber weder lesen noch schreiben, was zu einer heiteren Stimmung gerade nicht beitrug. Die Tage und Nächte zogen verzweifelt langsam dahin, aber wenn der Verbannte nach Jahren in die Vergangenheit zurückschaut, so erschien sie ihm so kurz, daß er es nicht glauben wollte. In Kirensk passierte nichts, und im besonderen geschah nichts im Leben der Verschickten. **Ein Brief aus Polen, die Zeitung, das**

Echo irgend einer entfernten unterirdischen Arbeit, das waren die wichtigsten Ereignisse. Manchmal kam der Gedanke an Flucht. Die Apathie verflog dann, und es begannen die Pläne. Doch wohin und wie sollte man fliehen? Über das Eismeer nach Alaska oder Kanada oder durch halb Asien nach der Mongolei, oder aber auch durch Rußland? Eine Flucht kam aber selten vor und gelang noch seltener.

Tunka — der weitere Aufenthaltsort.

Der Aufenthalt in Kirensk dauerte das Jahr 1888 und 1889 hindurch. Am Beginn des Scmmers 1890 gaben die russischen Behörden den von Freunden eingereichten Bitten nach und versetzten Josef Pilsudski „mit Rücksicht auf seinen schlechten Gesundheitszustand" nach der Ortschaft Tunka, im südlichen Sibirien gelegen, also in einem etwas milderen Klima. Die Versetzung nach Tunka, einem Ort, wo der Sommer länger war, wo man nach Irkuck nicht zwei Wochen, sondern nur einige Tage fuhr, wo außerdem eine gewisse Zahl intelligenter Leute wohnte, war eine Beförderung, von der ein bedeutender Teil der Verurteilten nicht einmal träumen durfte. Nach unserem Begriff war dies eine Beförderung zweifelhafter Natur, da der Ort höchstens einige hundert Einwohner zählte und keine kulturellen Einrichtungen besaß. Um von Kirensk nach Tunka zu gelangen, mußte man zunächst 1000 Werst bis Irkuck zurücklegen, und von dort 200 Werst nach Südost, in der Richtung der mongolischen Grenze. Es begann also wieder eine Reise in Etappen, die zwar leichter war als die vorige, da Pilsudski bereits akklimatisiert war; nichtsdestoweniger war sie schwer.

Der Reichsnährstand zieht nach Goslar.

Warum?

Der Reichsobmann für die bäuerliche Selbstverwaltung, Meinberg, gewährte dem Hauptschriftleiter des Zeitungsdienstes, Graf Reischach, eine Unterredung, in der er die Gründe anführte, die maßgebend für die Wahl Goslars als Sitz des Reichsnährstandes waren.

Frage: Welche Gründe waren dafür maßgebend, die Stadt Goslar als Sitz des Reichsnährstandes zu wählen?

Antwort: Es ist ein Widerspruch an sich, wenn sich die Organisation des deutschen Bauerntums in einer Großstadt von dem Ausmaß Berlins befindet. Großstadt und Bauerntum sind aber Gegensätze, die nicht so leicht zu überbrücken sind. Wenn man den Fall annimmt, daß z. B. ich durch meine Tätigkeit im Reichsnährstand gezwungen war, in Berlin zu wohnen, so hatte dies auch zur Folge, daß meine Kinder in der Großstadt aufwuchsen und dem Boden und dem Bauerntum zwangsläufig entfremdet werden mußten. Dies allein schon zeigt die Unmöglichkeit, eine Großstadt zum Sitz des Reichsnährstandes zu wählen.

Daß man dies früher nicht erkannte, beweist nur die Unkenntnis der wahren Zusammenhänge, die im früheren System allgemein war. Daß die Leiter der früheren Organisationen des Bauerntums die Großstadt zu ihrem Sitz wählten, war darin begründet, daß diese alten Organisationen Interessen- und Interessentenvertretungen waren, die im Brennpunkt des Interessenstreites sein mußten, um aus diesem Streit das zu gewinnen, was die augenblicklichen Verhältnisse erlaubten.

In unserem Staat fällt das Moment der Interessen- und Interessentenvertretung aber vollkommen aus, da der Reichsnährstand keine Interessenvertretung sein will und sein darf, sondern aus seiner nationalsozialistischen Einstellung heraus nur eine Verpflichtung kennt: die Verpflichtung der Nation und dem Volke gegenüber.

Wir haben die Stadt Goslar gewählt, einmal wegen der günstigen zentralen Lage und dann auch, weil Goslar im Mittelpunkt der niedersächsischen Bauerngeschichte und damit des Kernes der deutschen Bauerngeschichte überhaupt liegt. Goslar wird die Stadt des deutschen Bauerntums werden, wie München die Stadt der Partei, Nürnberg die Stadt der Parteitage und wie Berlin die Reichshauptstadt ist. Goslar werden wir den Stempel des deutschen Bauerntums aufdrücken.

Frage: Welche Teile des Reichsnährstandes werden ihren Sitz nach Goslar verlegen?

Antwort: Der gesamte Reichsnährstand außer den Ministerien und jenem kleinen Teil, der zur Aufrechterhaltung der Verbindung notwendig ist, wird seinen Sitz in Goslar nehmen.

Der Reichsnährstand umfaßt das Stabsamt des Reichsbauernführers, die Hauptabteilung I, die in ihrem Kernpunkt vom früheren Reichslandbund gebildet wird, die Hauptabteilung II, die den früheren Deutschen Landwirtschaftsrat ersetzt, die Hauptabteilung III, der frühere Reichsverband der Genossenschaften und die 40 000 landwirtschaftlichen Genossenschaften im Revisionsverband, die Hauptabteilung IV, also den Handel mit Lebensmitteln und mit Mitteln der Ernährungswirtschaft, sowie die be- und verarbeitende Industrie der Ernährungswirtschaft.

Frage: Es dürfte die Öffentlichkeit sicher interessieren, zu erfahren, wie groß dieser Apparat heute ist?

Antwort: In diesem Apparat arbeiten heute noch 800 Beamte und Angestellte ohne die mit dem Nährstand sonst noch zusammenhängenden Finanz- und Versicherungsinstitute, so daß der Zuwachs für die Stadt Goslar rund 3000 Menschen einschl. Familie betragen wird. Die Zahl erscheint groß, ist aber verhältnismäßig klein, wenn man bedenkt, daß weit über 1000 landwirtschaftliche Verbände aufgelöst bzw. eingegliedert wurden.

Frage: Bestehen schon feste Pläne, in welcher Weise der Reichsnährstand in Goslar untergebracht und wie die Raumfrage gelöst werden soll?

Antwort: Wir werden unseren Hausbesitz in Berlin, der Millionenwerte darstellt, abstoßen. Für diese Gebäude ist heute schon anderweitige Verwendung gegeben, so daß dem Bauerntum keinerlei neue Kosten entstehen. So werden in Goslar in Bälde neue Unterkunftsmöglichkeiten geschaffen. Diese Baupläne werden sich für den Arbeitsmarkt nicht nur Goslars sehr günstig auswirken und Tausende deutscher Arbeiter werden durch diese Pläne Arbeit und Brot erhalten.

Um eine Spekulation mit Land zu verhindern, wird die Stadt Goslar, die selbst 22 000 Morgen Landbesitz hat, dem Reichsnährstand genügend Bauland zur Verfügung stellen, sowohl für die Bureaugebäude, als auch für die Errichtung von Wohnhäusern für die Angestellten.

Die neuen Gebäude werden in ihrer Anordnung und Bauart sichtbar dem bäuerlichen Denken des nationalsozialistischen Deutschland Rechnung tragen.

Frage: Glauben Sie, Pg. Meinberg, daß wir heute Architekten haben, die solche Gebäude unter den genannten Gesichtspunkten ausführen können?

Antwort: Ja, bestimmt! Ebenso selbstverständlich ist es aber, daß jene Architekten, die im orientalisch-bolschewistischen Baustil schwelgten, nicht in der Lage sind, so zu bauen und auch mit dem Entwurf derartiger Pläne nicht betraut werden können. Aber ich bin davon überzeugt, daß wir in Deutschland noch genügend deutsche Architekten haben, die aus ihrem Blut heraus den neuen Stil gestalten werden.

Frage: Wird in Goslar alles konzentriert werden, was das Bauerntum behandelt, oder werden z. B. die Ausstellungen in anderen Städten beibehalten werden?

Antwort: Die Grüne Woche in Berlin bleibt natürlich bestehen, ebenso wie die von der DLG veranstalteten Wander-Ausstellungen. Durch diese Ausstellungen soll die Verbundenheit zwischen Stadt und Land betont und dem Städter ein anschauliches Bild vom Schaffen und vom Wert des deutschen Bauern vermittelt werden.

*

Wie Oberbürgermeister Droste-Goslar mitteilt, werden auch die **Reichsbauernführerschule** und die Jungbauernschule in die alte Kaiserstadt am Harz verlegt. In erster Linie verlegt natürlich auch der Reichsbauernführer Walter Darré seinen Sitz nach Goslar. Ferner kommen die Bank für Landwirtschaft sowie die Institute des landwirtschaftlichen Finanzwesens und des landwirtschaftlichen Versicherungswesens nach Goslar.

*

Die gesetzliche Anerkennung des Reichsbauernführers.

Die Presseabteilung des Reichsnährstandes teilt mit:

Nachdem die erste Verordnung über den Aufbau des Reichsnährstandes am 8. Dezember 1933 dem Reichsnährstand die Form einer Selbstverwaltungskörperschaft des öffentlichen Rechts verliehen und den Reichskanzler ermächtigt hat, den Reichsbauernführer als Führer und gesetzlichen Vertreter des Reichsnährstandes zu ernennen, hat der Reichskanzler Adolf Hitler dieser gesetzlichen Vorschrift entsprochen und den Reichsleiter der NSDAP. und Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft R. Walther Darré soeben zum Reichsbauernführer ernannt und ihn damit ausdrücklich in dem schon bisher von R. Walter Darré verwalteten Amte bestätigt.

*

Die Fahne der Bauern.

Reichsbauernführer R. Walther Darré hat folgende Anordnung an sämtliche Gliederungen des Reichsnährstandes erlassen:

Nachdem nunmehr die Einigung des deutschen Landvolkes im Reichsnährstand Tatsache geworden ist, ordne ich als Ausdruck dieser Tatsache und zum Zeichen unserer Verbundenheit mit der Bewegung Adolf Hitlers als desjenigen Mannes, dem das Landvolk seine endliche Einigung und wirtschaftliche Freiheit verdankt, an: Soweit in den Untergliederungen des Reichsnährstandes Fahnen oder fahnenähnliche Symbole gewünscht werden, dürfen diese nur die Fahne der deutschen Freiheitsbewegung, das Hakenkreuzbanner der NSDAP sein. Als äußeres Zeichen der Zugehörigkeit zum Reichsnährstand erhalten diese Fahnen die Fahnenspitze des Reichsnährstandes. Damit wird das öffentliche Zeigen von anderen Fahnen oder Symbolen von seiten der Untergliederung des Reichsnährstandes mit Wirkung vom 14. Januar 1934 hiermit verboten. Die alten Fahnen und Symbole der jetzt aufgelösten oder eingegliederten Verbände, ebenso wie die Kampffeldzeichen der Bauernbewegung bis zum Jahre 1933, werden vom Landesbauernführer in eine hierfür zu bestimmende und einzurichtende Ehrenhalle überführt.

Erste Aberkennung der Bauernfähigkeit.

Aus Berlin wird gemeldet:

Mit dem Reichserbhofgesetz ist der Name „Bauer" zu einem Ehrentitel erhoben. Nur der Besitzer eines Erbhofes ist Bauer. Im Zuge dieser Entwicklung wird das Bauerntum endlich wieder aus der rein wirtschaftlichen Sphäre herausgehoben und auf den Ehrbegriff des Standes gestellt. Der Ehrentitel ist also auch mit den entsprechenden Verpflichtungen der Ehrenhaftigkeit verbunden. Verantwortungslose und ehrlose Gesinnung in bäuerlichen Reihen kann es nicht mehr geben.

Daß die neue Bauernführung gewillt ist, diesen Begriff auch praktisch durchzusetzen, geht daraus hervor, daß jetzt zum erstenmal in einem besonderen Fall die Bauernfähigkeit aberkannt worden ist. Und zwar ist das auf Grund der Vorschriften des Reichserbhofgesetzes in der Provinz Hannover gegenüber sechs Bauern wegen Ehrlosigkeit erfolgt. Den Bauern wurde unter gleichzeitiger Aberkennung des Ehrennamens das Verfügungsrecht über ihren Hof entzogen, wobei es zum Teil der Ehefrau für ihre Kinder übertragen wurde.

Eigensinn

Der Bürgermeister des Landstädtchens Grebenstein, Bez. Kassel, hat sich zur Durchführung einer besonderen Maßnahme veranlaßt gesehen. Er hat zwei Landwirte, Brüder im Alter von 83 und 72 Jahren, in öffentliche Verwahrung genommen und bei der Landesverwaltung die Einweisung der beiden Greise in ein Altersheim beantragt. Der Grund für dieses behördliche Vorgehen liegt darin, daß die beiden Brüder seit Jahren ein größeres landwirtschaftliches Anwesen bewirtschaften, aber aus sturem Eigensinn jede fremde Hilfe, besonders die ihrer jüngeren Verwandten, hartnäckig abgelehnt haben. Die Folge ist, daß der Hof sich gegenwärtig in einem bejammernswerten Zustand befindet. Felder und Wiesen sind verkommen und die Gebäude stehen vor dem Einsturz. Der Ertrag der einstmals blühenden Wirtschaft reichte zuletzt kaum noch aus, um die beiden Greise kümmerlich zu ernähren. Nachdem gütliche Einwirkungen auf die Sonderlinge, doch ins Altenteil zu ziehen und den Hof den erbberechtigten jüngeren Verwandten zu übergeben, keinen Erfolg hatten, entschloß sich der Bürgermeister zu der erwähnten Maßnahme.

Juristische Rundschau.

Überstunden-Entlohnung für Angestellte in Heilanstalten.

(Von unserem Warschauer Gerichtsberichterstatter.)

Das Oberste Gericht hatte zu entscheiden, ob Angestellten in Heilanstalten das Recht auf Arbeitszeitschutz nach dem Gesetze vom 18. Dezember 1919 über die Arbeitszeit in Handel und Gewerbe zustehe.

Einer Angestellten einer von einem Kommunalverband unterhaltenen Heilanstalt wurde vom Arbeitsgericht der Anspruch auf Entlohnung für Überstundendienst im Betrage von ca. 2000 Zloty zuerkannt. Das Bezirksgericht (Sąd Okręgowy) hob aber das Urteil des Arbeitsgerichtes auf, mit dem Hinweis, das Arbeitsgericht sei von der fehlerhaften Voraussetzung ausgegangen, daß das Gesetz über die Arbeitszeit auf Dienstleistungen in Krankenhäusern Anwendung finde.

Das Oberste Gericht, vor welchem die Spitalsangestellte Kassationsklage erhob, erkannte, daß die Rechtsfeststellung des Bezirksgerichtes richtig sei, mit der Einschränkung, daß die Bestimmungen über die Überstundenentlohnung nicht für alle Heilanstalten ausgeschlossen seien. Es seien in dieser Beziehung zu unterscheiden Heilanstalten, die als private Unternehmungen geführt werden, oder von Verbänden und Korporationen unterhalten werden, die gesetzlich oder statutenmäßig nicht verpflichtet sind, Heilanstalten (Spitäler) zu unterhalten, — von Spitälern, die von Gemeinden unterhalten werden, auf denen die Pflicht zur Unterhaltung von Spitälern auf Grund des Dekretes vom 4. Februar 1919 über die städtische Selbstverwaltung und der Verordnung des Staatspräsidenten vom 22. März 1928 über die Kommunalverbände lastet. Während die ersteren als gewerbliche Unternehmungen anzusprechen seien, die auf Gewinn berechnet sind und somit unter die Bestimmungen über die Arbeitszeit in Handel und Gewerbe fallen, seien die zweiten, die nicht auf Gewinn berechnet sind und deren Betrieb nicht eingestellt werden kann, auch wenn er nicht nutzbringend und für die Körperschaft, die das Spital unterhält, mit Ungelegenheiten verbunden ist, Anstalten, die nicht gewerbsmäßig betrieben werden und daher zu den Objekten, auf welche das Gesetz über die Arbeitszeit bezug hat, nicht gezählt werden können. Für die ersteren sei ein Anspruch auf Überstundenentlohnung rechtsbegründet, für die zweiten nicht. (Entscheidung des Obersten Gerichtes vom 14. Oktober 1933 Aktenzeichen I. C. 2451/32.)

Germanische Schicksale vor 4000 Jahren.

Neues aus der Erforschung germanischer Vorzeit.

Von Dr. Lenore Kühn.

Das Interesse für die Denkmäler von Glauben und Sitten unserer germanischen Vorfahren ist überall im Steigen begriffen. Die Kenntnis germanischer Altertümer ist jetzt schon zu einem Teil der allgemeinen Bildung geworden, der lange sträflich vernachlässigt war, unter dem irreführenden Schlagwort vom „germanischen Barbarentum".

Eine aufsehenerregende Feststellung bot in dem Vortrag „Germanische Gotteshäuser", in der „Gesellschaft für germanische Urgeschichte und Vorgeschichte" kürzlich der Architekt Hermann Wille, der über seine Entdeckungen jetzt auch ein Buch (bei F. Köhler, Leipzig) erscheinen läßt. Von der richtigen Erwägung ausgehend, daß die Unbilden der Witterung auch die Germanen im Winter zu einem gedeckten kultischen Versammlungsort gezwungen haben müssen, und daß auch bei den christlichen Bekehrern von solchen „Tempeln" die Rede ist, die „zerstört" worden sind, oder umgewandelt werden mußten — hat Architekt Wille die Reste von Steinsetzungen im Gebiet zwischen Weser und Ems untersucht. Er fand, durch den Vergleich mit der Bauart von dort noch bestehenden Häusern den sogenannten „Schafställen", die auf ganz niedrigem Steinsockel ein tiefherabgezogenes Dach zeigen, daß die oft 30—100 Meter langen Steinalleen, so der bekannte sogenannte „Wisbeker Bräutigam" und die „Wisbeker Braut", nichts anderes sind als die restlichen Steinsockel solcher langen kultischen Hallen mit sehr steilem hohem Dach, dessen Balkensparren natürlich schon verschwunden sind. Die eigentümliche Schmalheit dieser Umwallung — die sogar auch eine halbrunde Apsis am Schluß und seitlich Eingänge aufweist, erklärt sich durch die begrenzte Länge dieser Dachbalken. Sie sind sogar durch eine Art Contreforts, durch gegenhaltende Steine, gestützt worden, wie später bei den gotischen Kirchen. Diese langschmalen Steinumwallungen aus mäßig großen Findlingsblöcken sind bisher für sogenannte Hünenbetten, also für Gräber gehalten worden, von denen sie sich aber nach gefundenem Inhalt wie Anlage deutlich unterscheiden. Architekt Wille zeigte eine Reihe Bilder der massenhaft in jenen Gegenden verbreiteten Hügelgräber von völlig anderem Inhalt und anderer Anlage. Ein rekonstruiertes Modell jener germanischen ältesten Gotteshäuser (die bis in die Steinzeit hineinreichen!) gab eine deutliche Vorstellung jener langen, schmalen Hallen mit hohem steilen Dach und einem Altargrabstein, nahe der Apsis. Überraschenderweise zeigt der älteste Tempelgrundriß von der Insel Delos, der nachweislich unter germanischem Einfluß gebaut wurde, genau die gleichen Maße, abweichend von der späteren griechischen bekannten Tempelform. Auch die erhaltenen Heidekirchen der Gegend zwischen Weser und Ems zeigen dieselbe Form mit dem übermäßig hohen, steilen Dach. Im neuen „Museum für Väterkunde" in Bremen wird dieses interessante Modell des steinzeitlichen germanischen Kulthauses aufbewahrt.

Eine weitere Aufhellung der germanischen Vergangenheit brachte der Altmeister Direktor Wilhelm Teudt aus Detmold in einem Vortrag vor den „Freunden germanischer Vorgeschichte" in Berlin. Er wies überzeugend nach, daß die unzähligen Wallburgen und Ringwälle, die man bisher für militärische Anlagen hielt oder für sogenannte „Fluchtburgen", dies nach Lage und Anlage nicht gewesen sein können, da sie strategisch völlig unhaltbar sind und auch nach dem Jahre 800 etwa, nach dem großen Religionswechsel, auffällig verschwinden. Sie sind vielmehr als Umwallungen und Anlagen kultischer Heiligtümer anzusprechen, als „Wallfahrtsorte", die zwar oft auf Bergen gelegen sind aber keineswegs möglichst unzugänglich, sondern möglichst zugänglich, nämlich an den großen gemeinsamen Straßen der germanischen Stämme, so z. B. bei der schön gelegenen „Herlingsburg". Auch die berühmte Teutoburg hat keinerlei militärische Anlagen ergeben, wie uns denn auch nur von Kastellen der Römer, nicht der Germanen berichtet wird, mit Ausnahme der ganz andersartigen Sigiburg. Die Aufdeckung dieser kultischen Bestimmung der „Burgen" erhellt vieles bisher Unverständliche.

4. Blatt. **Deutsche Rundschau.** Nr. 16.

Bromberg, Sonntag, den 21. Januar 1934.

Kultusminister Jędrzejewicz vor dem Haushaltsausschuß des Sejm.

Der polnische Ministerpräsident äußert nationalsozialistische Gedankengänge. — Bemerkenswerte Worte über die Lage der evangelischen Kirche.

500 000 Kinder ohne Schulunterricht.

Am Donnerstag befaßte sich der Haushaltsausschuß des Sejm mit dem **Budget des Kultusministeriums.** An der Sitzung nahmen **der polnische Ministerpräsident Jędrzejewicz in seiner Eigenschaft als Kultusminister** teil. Der Sitzung wohnten ferner der Vizeminister und katholische Pfarrer **Zongołłowicz**, der Innenminister **Pieracki** u. a. bei. Referent war der Abg. **Stroński** vom Regierungsblock, der u. a. zu Beginn seines Vortrages bemerkte, daß der Haushalt des Kultusministeriums für das Jahr 1934/35 keine grundsätzlichen Änderungen erfahren habe. Der Voranschlag sieht die Summe von 312 Millionen Złoty vor und ist, wie der Referent hervorhob, um 13 Millionen Złoty geringer als gegenwärtig die gesamte Haushaltssume des Kultusministeriums. Von dieser Summe entfallen allein 91 Prozent auf die Gehälter (285,2 Millionen Złoty).

Im Bereiche der Schulverwaltung wurden 102 Etatstitel abgeschafft,

wodurch die Personalausgaben eine beträchtliche Ermäßigung erfahren haben. Die Einsparung dieser Etats im Bereiche der Schulverwaltung konnte dadurch erzielt werden, daß das Ministerium die Ämter der Schulinspektoren reorganisiert hat. Eine Reorganisation erfolgte dadurch, daß durch die Vereinigung von zwei und drei Kreisen der allgemeinen Verwaltung zu einem Schulbezirk nur zwei Personen (der Inspektor und sein Vertreter) im Amte geblieben sind. Eine solche Reform der Schulbehörden wird das Schulwesen für die Inkraftsetzung eines einheitlichen Gesetzes über das gesamte Schulwesen Polens vorbereiten. Zuletzt sei eine Verordnung über den inneren Aufbau der Schulbezirke erschienen. Im Bereiche der Unterrichspolitik sei eine Reihe von Arbeiten in Angriff genommen worden. Das Ministerium arbeitet daran, eine größere Verwendungsmöglichkeit des Radios, des Films und der Schultheater als geeignete Mittel einer Beeinflussung der Erziehung der Jugend zu schaffen. Die Propagandatätigkeit habe beachtliche Erfolge zu verzeichnen.

Nach diesem Referat ergriff

Ministerpräsident und Kultusminister Jędrzejewicz

das Wort zu beachtlichen Ausführungen, die trotz vorsichtiger Formulierung mancherlei Rückschlüsse auf die Lage des Schulwesens in Polen und die Richtlinien der Arbeit des Kultusministeriums gestatten. Der Kultusminister führte, der Polnischen Telegraphen-Agentur zufolge, u. a. folgendes aus:

Wir befinden uns weiterhin in schwierigen Wirtschaftsverhältnissen, die uns den Zwang zu weitgehenden Einsparungen auferlegen. Diese Einsparungen setzen bereits seit Jahren die Grenzen unserer Möglichkeiten und unserer Bestrebungen fest. Unter solchen Voraussetzungen genügt es bereits, wenn in dem Ressort, das ich jetzt vertrete, die in besseren Jahren erreichten Errungenschaften erhalten werden. Mein Bestreben ging jedoch dahin, diese Möglichkeiten zu erweitern, um im Lande die dringendsten kulturellen Bedürfnisse im Rahmen des schnellen kulturellen Fortschritts zu befriedigen. Wirft man am Schluß des Budgetjahres einen kritischen Blick auf die Arbeit, so gewinnt man den Eindruck, daß dank der unermüdlichen Initiative der Arbeitsamkeit des unterstellten Personals, ganz besonders aber dank des aufopferungsbereiten Dienstes der Armee der Lehrer, die Aufgabe, die ich mir vor einem Jahr gestellt habe, erfüllt werden konnte. Die Notwendigkeit der unbedingten Einsparungen im gesamten Haushalt des Staates trifft auch das Gebiet der kulturellen Arbeit und der Aufklärung. Es hat sich aber inzwischen das Verständnis breitgemacht, dieses Gebiet auf die gleiche Stufe mit den Fragen der Staatsverteidigung zu stellen. Demzufolge gelang es mir, die Gefahr allzu empfindlicher Streichungen in meinem Budget zu beseitigen. Der Kultusminister befaßte sich sodann mit den einzelnen Zahlen seines Haushaltes und fuhr dann fort:

Der Grundgedanke der Aufklärungsarbeit im allgemeinen und in den komplizierten polnischen Voraussetzungen im besonderen liegt in der Schaffung einer klar vorgezeichneten Richtung einer

allgemeinen Aufklärungspolitik,

von der aus die Grundlinien für eine pädagogische und administrative Tätigkeit des Kultusministeriums bestimmt werden. Auf einer solchen Grundlage muß das grundsätzliche Programm des Kultusministeriums aufgebaut sein. Es gilt, den allgemeinen Gedanken einer polnischen Erziehungsarbeit zu fassen.

Der Gedanke liegt darin, eine Umwandlung der Psyche der Jugend und des gesamten Volkes vorzunehmen und das Gefühl einer staatlichen Solidarität, das Gefühl des Gemeinnutzes, der Verantwortung gegenüber dem Staate, der Opferfreudigkeit und der Selbstlosigkeit für den Staat zu schaffen.

Ich stelle mit tiefer Überzeugung fest, daß die auf einer solchen Grundlage aufgebaute Erziehung aller polnischen Staatsbürger in keinem Widerspruch mit dem Wohle des polnischen Volkes steht. Ich glaube nicht, daß irgend jemand die Erziehung eines solchen Typs von Staatsbürgern nicht als die schönste Aufgabe ansehen wird, die man der polnischen Schule stellen kann.

Die zweite Grundlage der Politik der Volksaufklärung in Polen müßte darin beruhen, daß die Organisation und die Verfassung des polnischen Schulwesens sich nach realen natürlichen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten richtet. Um dieser weitverzweigten Aufgabe der Reorganisation gerecht zu werden, mußte zunächst eine Reorganisation der Schulverwaltung vorgenommen werden. **Ministerpräsident Jędrzejewicz** befaßte sich sodann eingehend mit der Reform der Schulinspektorate, um dann auf die Lage des polnischen Schulwesens selbst einzugehen.

„Bereits im vergangenen Jahre", so fuhr Ministerpräsident Jędrzejewicz wörtlich fort, „habe ich die schwierige Lage des Schulwesens geschildert. Wir hatten damals fast eine halbe Million Kinder, für welche kein Platz in den Schulen vorhanden war. Im Laufe des Schuljahres 1933/34 verringerte sich der Zuwachs der Kinder im schulpflichtigen Alter auif 182 000. Es ergibt sich hieraus, daß diese Zahl zusammen mit den im Vorjahre **ohne Unterricht** gebliebenen Kinder **etwa 640 000 Kinder** ergibt. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß ein gewisser Prozentsatz von Kindern, die bereits aus dem schulpflichtigeen Alter herausgewachsen sind, ferner von geistig Minderwertigen in Abrechnung zu bringen sind. Berücksichtigt müssen ferner bei dieser ungeheuren Zahl diejenigen Kinder werden, die in den vielen Einzelsiedlungen fern von größeren Gemeindewesen wohnen. Es verbleibt trotzdem noch eine erhebliche Zahl von schulpflichtigen Kindern, die ohne Unterricht bleiben. Die Zahl ist auf eine halbe Million zu veranschlagen und beträgt etwa 10 Prozent aller schulpflichtigen Kinder Polens. Die Gesamtfläche der Schulgebäude konnte um 35 000 Quadratmeter vergrößert werden.

Lediglich in Schlesien und in den Wojewodschaften Posen und Pommerellen (also nur im ehemals preußischen Teilgebiet! D. R.) konnte der Schulpflicht hundertprozentig Genüge geleistet werden.

Durch die Vergrößerung der Zahl der Schulräume konnten im letzten Jahre 125 000 Schulkinder mehr als am Vorjahre aufgenommen werden, wobei gleichzeitig in entsprechender Art die Arbeit der Lehrer einer Neuordnung unterliegen mußte. Die Zahl der Lehrer konnte durch die Einstellung von 1300 unbezahlten Praktikanten erweitert werden.

Auf die Frage der akademischen Lehranstalten übergehend, war der polnische Ministerpräsident und Kultusminister der Meinung, daß das

neue Gesetz über die Hochschulen,

das am 15. März 1933 in Kraft trat, bisher günstige Ergebnisse erzielt habe, obwohl zunächst gegen dieses Gesetz von vielen Seiten Sturm gelaufen worden sei. Das Gesetz sei eingeführt worden, um eine große einheitliche Linie der Erziehungsarbeiten auf den Hochschulen festzulegen, und um die sogenannten „ideellen Organisationen" der Jugend, die in ihrer überwiegenden Zahl widerrechtlich arbeiteten, aufzuheben. Die Regierung gehe aber von dem Standpunkt aus, der Jugend die Freiheit der Wissenschaft und der Bildung nach eigener Veranlagung zu belassen. Auch die Reform der Kolleg-Gebühren auf den Hochschulen habe sich günstig ausgewirkt. Es entspreche nicht den Tatsachen, wenn behauptet wird, daß die Zahl der Studierenden in Polen stark zurückgegangen sei.

Die Zahl der Studierenden sei nicht zurückgegangen, sie habe sich vielmehr erhöht.

Das Kultusministerium hätte ebenso ein besonderes Augenmerk auf die Förderung von Kunst und Wissenschaft gerichtet. Einen wichtigen Schritt hierzu bildet die Gründung der Akademie für Literatur, die ein weites Feld auf dem Gebiete der literarischen Schöpfung eröffnet.

Ministerpräsident Jędrzejewicz fuhr sodann wörtlich fort:

Zum Schluß möchte ich einige Bemerkungen über die von mir bereits wiederholt erwähnte

Konfessionspolitik

machen. Meine Hauptaufgabe im Augenblick besteht in der **Regelung der vielfach noch geradezu chaotischen Rechtszustände auf diesem Gebiet.** Die Verfassungsarbeiten des Ministeriums bezwecken eine **Vereinheitlichung der Gesetzgebung für die Konfessionen.** Die Regelung der Beziehungen zwischen dem Staate und den einzelnen Konfessionen auf der Grundlage der polnischen Gesetzgebung erfordert eine ständige Prüfung, um überall dort, wo die Notwendigkeit eintritt, die wirklichen Bedürfnisse und konfessionellen Erfordernisse der Kirchen und religiösen Verbände, die in Polen anzutreffen sind, sicherzustellen. Die Einheitlichkeit des religiösen Lebens soll in ihnen Schutz und Berücksichtigung finden. Die entgegenkommende Haltung der Regierung gegenüber den wesentlichen Bedürfnissen der katholischen Kirche, die Sorge um die Berücksichtigung ihrer großen Aufgabe in der Ausgestaltung der moralischen und ethischen Begriffswelt des Volkes, ferner die gewissenhafte Innehaltung und die loyale Erfüllung des Konkordates durch die Regierung trotz aller Schwierigkeiten und Lasten, die dieses Konkordat dem Staate auferlegt, festigt nicht nur das harmonische Verhältnis zwischen dem Heiligen Stuhl und Polen, sondern bewirkt auch — das kann ich mit Genugtuung feststellen —, daß unsere Bestrebungen nach dieser Richtung, nämlich daß eine Zusammenarbeit auf der Grundlage des Konkordats die rechtlichen und moralischen Voraussetzungen des Volkes, besonders aber auch der Geistlichkeit durchdringen soll, bereits manche positiven Ergebnisse gezeitigt haben. Wir wissen, daß das Konkordat ein zweiseitiger Vertrag zwischen dem Heiligen Stuhl und Polen ist, den beide Teile mit all seinen Konfessionen einzuhalten verpflichtet sind. Diese Erkenntnis macht sich auch jetzt bei jenen breit, für welche dieser Vertrag bis dahin unverständlich war. Was die Fragen des

orthodoxen Bekenntnisses

anbelangt, so will ich von vornherein mit allem Nachdruck feststellen, daß die Regierung den unbedingten Willen hat, alle juristischen Fragen dieser Kirche und ihrer Beziehungen zum Staate so schnell wie möglich zu regeln. **Aus diesem Grunde sind bereits Vorbereitungsarbeiten in Angriff genommen worden**, mit dem Ziele, einen Wendepunkt im Leben der orthodoxen Kirche in Polen herbeizuführen.

Auf die Fragen der

evangelischen Kirche in Polen

eingehend, führte Ministerpräsident und Kultusminister Jędrzejewicz folgendes aus:

Was das Problem der evangelischen Bekenntnisse anbelangt, so werden auf diesem Gebiete in Polen die Arbeiten zur Vorbereitung des gesetzgeberischen Materials weitergeführt. Wir verfolgen aufmerksam manche wichtigen Ideologien, die im Schoße dieser Kirchen in der Welt hervortreten und beobachten eifrig die Rückwirkungen dieser Gedankengänge auf dem Gebiete des polnischen Staates.

Zum Schluß seiner Rede wies der Ministerpräsident darauf hin, daß das Kultusministerium in gleicher Weise auch für die Schaffung eines verfassungsmäßigen Rahmens für das jüdische Bekenntnis Sorge trage, um die jüdische Bevölkerung in ihren religiösen Bedürfnissen zufrieden zu stellen. Es sei bereits eine neue Gesetzesvorlage zur Vereinheitlichung und Reorganisierung der Gemeinden jüdischen Bekenntnisses in Angriff genommen worden.

Deutsche Schulen werden mit polnischen Lehrkräften besetzt.

Keine Rücksichtnahme auf das Glaubensbekenntnis der Kinder.

In Grünkirch (Rojewice), Kreis Hohensalza (Inowrocław), bekam ein deutsches Mitglied des Ortsschulrats in der vergangenen Woche den Besuch des polnisch-katholischen Lehrers Stanisław Biegański, der ihm mitteilte, daß er ab 15. Januar 1934 durch den Kreisschulinspektor in Inowrocław an die staatliche Volksschule mit deutscher Unterrichtssprache in Grünkirch berufen sei. Da es sich um eine deutsche Schule handelt, die zurzeit 80 deutsche Kinder hat und nach menschlichem Ermessen bis in die weiteste Zukunft immer lebensfähig bleiben wird, schlug diese Botschaft des Herrn Biegański wie ein Blitz aus heiterem Himmel bei den deutschen Bauern in Grünkirch ein. Sie wissen nämlich ganz genau, daß ihre Schule den deutschen Charakter unmöglich bewahren wird, wenn ein tüchtiger polnischer Lehrer die Seelen der deutschen Bauernknaben und -Mädchen zu formen beginnt. Selbstverständlich haben sie sofort bei dem Schulkuratorium in Posen Einspruch gegen eine derartige Neubesetzung der Lehrerstelle in Grünkirch erhoben, und sie hoffen, daß die Berufung des polnischen Lehrers Biegański an ihre deutsche Schule vom Kuratorium rückgängig gemacht und er bald einem Lehrer deutschen Stammes und evangelischen Bekenntnisses Platz machen wird; denn die 80 Kinder der deutschen Schule in Grünkirch sind deutsch und evangelisch.

In derselben Lage wie die deutschen Bauern in Grünkirch befindet sich schon seit dem 4. Dezember 1933 die rein deutsche Gemeinde Neuhütte (Niewiemko), Kreis Kolmar. Für die 25 schulpflichtigen evangelischen Kinder, deren Eltern ohne Ausnahme deutscher Nationalität sind, war jahrelang keine eigene Lehrkraft angestellt. Der deutsche Nachbarlehrer erteilte nur zweimal wöchentlich den gesamten Unterricht in deutscher Sprache. Wenn diese Beschulung auch nicht ideal zu nennen war, so war sie doch so fruchtbringend, daß der Pfarrer beim Konfirmandenunterricht die Neuhütter Kinder allen anderen als Vorbild hinstellen konnte. Ein schon mehrere Jahre zurückliegendes Gesuch der deutschen Eltern um einen eigenen deutschen Lehrer wurde abschlägig beschieden, weil es die finanzielle Lage des Staates nicht gestatte, für 25 Kinder einen eigenen Lehrer anzustellen.

Am 2. Dezember 1933 kam nun die Nachricht, daß am 4. Dezember eine polnisch-katholische Lehrerin die Neuhütter Schule mit ihren deutsch-evangelischen Kindern übernehmen werde. Auf den noch am gleichen Tage abgegangenen Protest der Eltern ist bis heute noch keine Antwort eingegangen, so daß die deutschen Hausväter jetzt gezwungen sind, sich über das schweigende Kuratorium beschwerdeführend an den Herrn Unterrichtsminister zu wenden.

Die deutschen Bauern wissen, daß es einen Minderheitenschutzvertrag gibt, dessen hohe Garanten zum Schutz der Kinder der Minderheitsbevölkerung den Artikel 9 formulierten, in dem es heißt: „In bezug auf das öffentliche Unterrichtswesen soll die Polnische Regierung in den Städten und Bezirken, wo in beträchtlichem Verhältnis polnische Staatsbürger mit einer anderen Sprache als der polnischen wohnen, angemessene Erleichterungen gewähren, um sicherzustellen, daß in den Elementarschulen den Kindern dieser polnischen Staatsangehörigen der Unterricht in ihrer eigenen Sprache erteilt wird." — Das „beträchtliche Verhältnis", von dem in diesem Artikel die Rede ist, beträgt **in Neuhütte 25 zu 0 zugunsten der deutschen Kinder, in Grünkirch 80 zu 17.** Wenn auch nichts Besonderes über die Nationalität der Lehrkraft in diesem Artikel gesagt wird, so entspricht es doch ganz dem Geist dieses garantierten Versprechens, daß die deutsch-evangelischen Kinder einer Schule mit deutscher Unterrichtssprache auch von einem Lehrer bzw. einer Lehrerin deutschen Stammes und evangelischen Bekenntnisses unterrichtet werden müssen und nicht von einer Lehrkraft, die anderen Bekenntnisses und anderer Nationalität ist als die ihr anvertrauten deutschen evangelischen Kinder.

Die deutschen Bauern, die in jeder Hinsicht ihre Pflichten als gute Staatsbürger, sowohl bei der pünktlichen Steuerzahlung wie bei der Zeichnung zur freiwilligen Staatsanleihe und bei vielen anderen Gelegenheiten, treu und brav erfüllen, empfinden es als den schwersten Schlag, daß durch die Anstellung von katholischen Lehrern polnischer Nationalität ihre deutschen Schulen faktisch in polnische umgewandelt werden. Ihre letzte Hoffnung setzen sie auf die Entscheidung des Herrn Unterrichtsministers, der als der oberste irdische Richter in diesen Angelegenheiten das letzte Wort zu sprechen hat. Er ist die letzte Instanz, die den deutschen Bauern durch eine gerechte Entscheidung wieder den Glauben an den Sieg des Rechts und an die Erfüllung der Verträge geben kann.

Friedrich Mielke.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Wirtschaft der Woche.

Ausblick auf 1934.

Die nächsten Aufgaben der Regierung auf wirtschaftlichem Gebiete.

Die Wirtschaftsbilanz Polens für 1933 zeigte nach einer langen Periode des Niederganges zum ersten Male Anzeichen einer Besserung. Die Währung erscheint nach menschlichem Ermessen für die nächsten Jahre stabilisiert, der Staatshaushalt dank der Zeichnungserfolge der Nationalanleihe für die nächsten Monate ins Gleichgewicht gebracht, der Status der Bank Polski, die ihren Barschatz ganz auf Gold umgestellt hat, so gefestigt, daß sie knapp vor Jahresschluß den Zinsfuß herabsetzen konnte. Das Aktivum der Handelsbilanz, von dem man im November glaubte, es werde sich in ein Dumpingpassivum verwandeln, konnte aufrecht erhalten werden, die Arbeitslosigkeit liegt — zumindest nach den Ausweisen der offiziellen Stellen — unter Vorjahreshöhe, die Liste der Ausgleiche und Insolvenzen schrumpft zusammen und in einer, wenn auch kleinen Anzahl von Industrien zeigen sich Ansätze einer Belebung. Betrachtet man alle diese Besserungssymptome, so kommt man zu der Feststellung, daß die Voraussetzungen für eine Wirtschaftsgesundung gegeben sind.

Die entscheidende Frage, wie weit Polens Wirtschaft der Gesundung entgegengeht, also die Höhe des Steigungswinkels, wird in erster Linie von der Leistungsfähigkeit der Regierung abhängen. Es ist unwiderleglich von den Tatsachen bewiesen worden, daß einer im Abschwung befindlichen Wirtschaftsentwicklung die Regierung sehr vergeblich in den Arm zu fallen sucht. Auch das Flickwerk, das in allen Ländern in der Zeit des Konjunkturniederganges an Krisenbekämpfung geleistet wurde, hat nicht nur kaum genützt, sondern oft mehr Schaden angestiftet. Jetzt aber, wo die Katastrophe ausgetobt hat, und es gilt, sich auf dem Trümmerfeld möglichst erträglich einzurichten, ist der entscheidende Augenblick für ein Eingreifen auf breiter Front gekommen.

Eine Flut von Problemen harren der Lösung in diesem Jahr. Auf einen gemeinsamen Nenner gebracht, muß es die Hauptaufgabe der Regierung sein, die allmähliche Loslösung der Wirtschaft aus der eingetretenen Erstarrung zu erreichen. Sie wird also Maßnahmen treffen müssen, um im Kampfe gegen die wieder aufsteigende Arbeitslosigkeit, die sich in der Richtung vorhandener Arbeitsbeschaffungsmöglichkeiten für die aus dem Produktionsprozeß Ausgeschalteten wird bewegen müssen. Ein verheißungsvoller Anfang hierzu ist bereits im Vorjahre mit der Begründung des sogenannten „Arbeitsfonds" gemacht worden, der sich die Einstellung einer möglichst großen Zahl von Erwerbslosen in den Arbeitsprozeß zur Aufgabe macht, während heuer der neugeschaffene Investitionsfonds zur stärkeren Entfaltung kommen muß. Gelingt es, die Arbeitslosigkeit, diesen Quell von bitterem Elend und gefährlichen Spannungen, mit Erfolg zu bekämpfen, so kommt man der Lösung eines anderen Problems, nämlich der Stärkung des Binnenmarktes, näher, der angesichts der schrumpfenden Ausfuhr zur Hauptstütze des Absatzes von Industrie und Handel werden muß. Damit ist eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür geschaffen, daß der Produktionsapparat nicht zum Stillstand gebracht wird, was schon im Vorjahre erreicht worden ist, sondern daß es in der Erzeugung wieder aufwärts geht. Damit ist eng verknüpft die Wiederherstellung der Unternehmerrente, die zu den wichtigsten Aufgaben der Regierung gehört. Voraussetzung hierfür bleibt wiederum, daß die Landwirtschaft, der wichtigste Konsument von Industrieartikeln, wieder kauffähig gemacht wird. Man wird also die seit langem angekündigten Bemühungen, einen Ausgleich zwischen Industrie- und Agrarpreisen herbeizuführen, unentwegt fortsetzen müssen. Die Schließung der Preisschere kann aber nur dann mit Erfolg erreicht werden, wenn die Kartellpreise wieder auf den Stand des landwirtschaftlichen Preisniveaus zurückgeführt werden und gleichzeitig dem Preisrückgang für landwirtschaftliche Produkte Einhalt geboten wird. Der Großhandelsindex industrieller Erzeugnisse betrug im November vorigen Jahres im Vergleich zu 1927 etwa 63 Prozent, und für landwirtschaftliche Erzeugnisse 44 Prozent, so daß noch immer eine Spanne von 19 Prozent offen steht.

Nicht minder wichtige Aufgaben wird die Regierung auf finanziellem und handelspolitischem Gebiete zu erfüllen haben. Man denke nur an ein so wichtiges Problem wie die Auflockerung des Kapitalsmarktes, der durch Unsicherheitselemente wie den Dollarkrach im Vorjahre ernstlich erschüttert wurde und die Belastungsprobe durch die Nationalanleihe nur schwer überstehen konnte. Die Regierung wird also alles daran setzen müssen, daß das Vertrauen in die Sicherheit der Kapitalanlage voll wiederkehrt und nicht mehr durch Ereignisse von innen und außen gestört wird. Wiederkehr des Vertrauens und Herstellung finanzieller Stabilität sind überhaupt die ersten Voraussetzungen für eine Besserung der Wirtschaftslage. Dazu gehört nicht zuletzt eine mit äußerster Sparsamkeit geführte Verwaltung des Staates, wie der Kommunen und Selbstverwaltungskörper, um so auch von der Besteuerungsseite her der Wirtschaft allmählich die Entlastung zu bringen, die sie so dringend braucht. Sie muß damit zugleich dem Konsum die zusätzliche Kaufkraft geben, die von dort aus der Wirtschaft zu Hilfe kommt, um so den gesamten Kreislauf von Güternachfrage und Gütererzeugung allmählich wieder herzustellen. Um die Lösung der Wirtschaft aus der Krisenerstarrung zu erreichen, müßte die schon seit langem angekündigte Steuerreform endlich in Angriff genommen werden, insbesondere durch Herabsetzung der auf dem Arbeitseinkommen der großen Masse ruhenden unerträglich hohen Belastung. Technische Vereinfachung des Steuerwesens und allmählicher Abbau, insbesondere der in den Krisenjahren schwer tragbar empfundenen zusätzlichen Belastungen des Einkommens (Krisensteuern) müßten den Ausgangspunkt für die Steuerreform bilden, die sich aus dem Grunde notwendiger Erleichterungen einer sehr drückenden und obendrein sehr ungerecht verteilten Last dringend empfiehlt.

Ähnliches gilt für die **Handelspolitik**, die lebendiger und energischer wird werden müssen, insbesondere wo wir offenkundig benachteiligt werden. Wenn sich beispielsweise Frankreich, dieser reiche Markt, weigert, ebensoviel Waren abzunehmen, wie wir von ihm kaufen, obwohl unsere Zahlungsbilanz passiv ist, indem wir stattliche Summen an Zinsen dorthin zu zahlen haben, die sich ebenfalls in Warenform auflösen müßten, dann wird trotz aller politischer Rücksichten wohl auch einmal ein mannhafterer Standpunkt hervorgekehrt werden müssen. Die engherzige Handelspolitik Frankreichs verlangt von uns ein Entgegenkommen, das wir uns einfach nicht mehr leisten können. Wenn Frankreich darauf Wert legt, pünktlich seine Zinsen einzukassieren und an Krediten, die es nach Polen gibt, dick zu verdienen, wird es sich im Warenverkehr einen entsprechenden Einfuhrüberschuß an polnischen Gütern gefallen lassen müssen. Aber auch die Handelsverträge mit den zwei anderen großen Staaten, Deutschland und England, stehen noch immer aus, deren raschester Abschluß eine um so dringendere Notwendigkeit darstellt, als der Export bei der scharfen Konkurrenz auf dem Weltmarkt von Monat zu Monat zurückgeht.

So eröffnet 1934 für die Regierungsgewalt auf allen Gebieten der Wirtschaftspolitik ein reiches Arbeitsgebiet, welches die Mobilisierung der besten Kräfte und des besten Willens notwendig macht. Es wird heuer nicht mehr möglich sein, auf die höhere Gewalt der Weltwirtschaftskrise zu verweisen, denn die Welt wird in ihrem Erholungsprozeß, mit beträchtlichem Vorsprung vor Polen, weiter fortschreiten. Alles kommt jetzt auf die eigene Initiative und Leistungsfähigkeit, auf die Energie und den guten Willen an.

Dr. Sfr.

Polnische Lieferungen von Lokomotiven und von Eisenbahnmaterial. Die Oberdirektion **der lettischen Eisenbahnen** hat mit der Fabrik in Chrzanów einen Vertrag über die Lieferung von drei Lokomotiven unterzeichnet. Jede Lokomotive wird 64 Tonnen Gewicht haben und ihr Wert wird 96 000 Lat betragen. Die Lieferung wird noch im laufenden Jahre erfolgen. Der Gesamtwert der Transaktion wird sich auf zirka 300 000 Lat belaufen. Der Finalisierung geht weiter **ein Abkommen der Oberdirektion der lettischen Eisenbahnen mit drei oberschlesischen Hüttenwerken (der Königs-, der Laura- und Friedenshütte) über die Lieferung von 15 000 Tonnen Schienen sowie von 2500 Tonnen Bahnakzessorien** entgegen. Die Lieferung soll in zwei Terminen erfolgen: in der Mitte des laufenden Jahres und in der Mitte des Jahres 1935. Der Wert der Transaktion beträgt zirka 4,5 Millionen Zloty. Der **Gesamtwert beider Transaktionen wird sich auf zirka 5 Millionen Zloty belaufen.**

Der handelspolitische Konflikt Frankreich—Deutschland.

Unausbleibliche Konsequenz der französischen Handelspolitik.

Aus **Berlin** wird uns geschrieben:

Was nach der Sprache der französischen Presse zu erwarten war, ist eingetreten: Die Französische Regierung hat den deutsch-französischen Handelsvertrag gekündigt, so daß er am 19. April dieses Jahres ablaufen wird. Wenn diese Kündigung auf französischer Seite als eine Antwort auf die Beschränkungen hingestellt werden sollte, die die Deutsche Regierung jüngst gegenüber der französischen Einfuhr verfügte, so würde das eine völlige Verdrehung von Ursache und Wirkung sein.

Die deutschen Maßnahmen, die übrigens die französische Einfuhr nach Deutschland nur im Ausmaße von ungefähr 160 bis 180 Millionen Franken treffen, bezwecken nur den notwendigen Ausgleich gegenüber den Kontingentbeschneidungen, die Frankreich vorgenommen hat und die die deutsche Ausfuhr nach Frankreich um mindestens 300 Millionen Franken, nach der einige Tage lang aufrecht erhaltenen schematischen Regelung sogar um 600 Millionen Franken vermindert sollen. Wenn die Französische Regierung jetzt bei Überreichung der Handelsvertragskündigung erklären ließ, sie werde die erforderlichen Anweisungen geben, um die Kontingentierung deutscher Waren auf den von Anfang an beabsichtigten Umfang von 300 Millionen Franken zurückzuführen, so ist das kein besonderes Entgegenkommen, sondern nur die Korrektur einer vorher ungenau ausgegebenen Verwaltungsanordnung.

Die Kündigung des deutsch-französischen Handelsvertrages ist die notwendige Folge der Handelspolitik, die man in Paris seit Jahren betreibt

und die schon seit geraumer Zeit den Wert der getroffenen Vereinbarungen erheblich herabgesetzt hat. Der Handelsvertrag vom Jahre 1927 ist im allgemeinen noch auf dem Grundsatz der Meistbegünstigung aufgebaut und hat eine kurze Zeitlang sich auch durchaus als Instrument der Förderung der gegenseitigen Handelsbeziehungen bewährt. Je stärker Frankreich in den Strudel der Weltkrise hineingerissen wurde, desto mehr ging es zu einer nationalistischen Handelspolitik über, die — man kann das ruhig einmal aussprechen — doch ein wenig Verzweiflungspolitik ist und ohne Rücksicht auf die Schonung der für die Dauer notwendigen Kräfte und Beziehungen lediglich zu retten versucht, was im Augenblick zu retten ist. Durch Kontingentierungsmaßnahmen, die von Jahr zu Jahr immer schärfer angespannt wurden, versuchte man Korrekturen der Handelsbilanz und der Zahlungsbilanz zu erreichen, die aber deshalb unorganisch gedacht waren, weil ein Gläubigerland, wie es Frankreich ausgesprochenermaßen ist, eine starke Passivität seiner Handelsbilanz gar nicht vermeiden kann. **Gläubigerländer, die ihren Rentnern den Zinsgenuß erhalten wollen, müssen notwendigerweise eine passive Handelsbilanz haben.**

Frankreich strebt mit seiner Handelspolitik offenbar dahin, an die Stelle der Meistbegünstigung, deren einstiger geistiger Vater es selbst gewesen ist, das

System der Reziprozität

zu setzen. Auch die jüngste Verschärfung der Einfuhrkontingentierung, die die jetzt ins Rollen gekommenen Vorgänge unmittelbar auslöste, steht unter diesem Gesichtspunkt. Nur 25 Prozent der bisherigen Einfuhrkontingente wurden den Vertragsstaaten Frankreichs unmittelbar eingeräumt, während sie sich die übrigen 75 Prozent durch bestimmte Gegenleistungen erkaufen sollten. Für Deutschland war die Kontingentbeschränkung umso empfindlicher, als seine Ausfuhr nach Frankreich unter der Wirkung des bisherigen französischen handelspolitischen Kurses ohnedies schon immer stärker zurückgegangen ist. Sie betrug 1931 noch 834 Millionen RM., sank 1932 auf 482 Millionen RM. und wird im Jahre 1933 noch nicht einmal 400 Millionen RM. erreicht haben. Wenn auf französischer Seite die verfügte Beschränkung der deutschen Kontingente als harmlos und sozusagen ganz selbstverständlich hingestellt und damit begründet wird, daß eine Ausfuhr in Höhe von 300 Millionen Franken Deutschland ja die Möglichkeit lasse, seine Zins- und Tilgungsverpflichtungen aus Dawes- und Younganleihe zu erfüllen, so muß man über die volkswirtschaftliche Naivität einer solchen Argumentierung erstaunt sein. Die internationalen Zahlungsverpflichtungen eines Landes, die aus den im Auslande begebenen Anleihen resultieren, können natürlich niemals einzeln von Land zu Land in der Handelsbilanz abgegolten werden, sondern die Mittel dafür kann nur der Außenhandel in seiner Gesamtheit liefern. Andernfalls müßte Deutschland an die Staaten, die Zinsforderungen aus deutschen Anleihen haben, mit denen der deutsche Warenverkehr aber passiv zu Ungunsten Deutschlands ist, die Forderung stellen, ihre Warenbezüge bis zur Höhe der Zinsverpflichtungen zu steigern. Daß Deutschland, dem die Gläubigerländer gerade jetzt wieder, übrigens gänzlich unberechtigterweise, Vorwürfe wegen der Neuregelung des Zinsentransfers machen, alle Ursache hat, Beeinträchtigungen seiner Ausfuhr, wie Frankreich sie vorgenommen hat, zu vermeiden, zeigen die eben veröffentlichten Zahlen der Handelsbilanz für 1933. Der Ausfuhrüberschuß ist von 1072 Millionen RM. im Jahre 1932 auf 667,8 Millionen RM. im Jahre 1933 zurückgegangen. Maßnahmen wie die von Frankreich getroffenen müssen ihn weiter herabdrücken.

In Paris sollte man sich selbst sagen, daß der handelspolitische Kurs Frankreichs mit der Aufrechterhaltung des notwendigen Mindestmaßes weltwirtschaftlicher Beziehungen schlechterdings unvereinbar ist.

Deutschland nimmt in seiner Beurteilung durchaus keine Sonderstellung ein. Die französische Kontingentspolitik ist in England, Italien und den Vereinigten Staaten von Amerika ebenfalls scharf abgelehnt worden und aus diesen Ländern liegen dem Quai d'Orsay ja Proteste vor. Der Handelskonflikt mit Deutschland wird nicht der einzige bleiben. Hoffentlich führt diese Erkenntnis in den Verhandlungen, zu deren Aufnahme sowohl die Französische wie die Deutsche Regierung sich bereit erklärt haben, zu einer zweckentsprechenderen Haltung der Französischen Regierung, als sie sie vor Weihnachten in den damaligen Besprechungen einnahm.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski" für den 20. Januar auf 5,9244 Zloty festgesetzt.

Der Zinssatz der Bank Polski beträgt 5%, der Lombardsatz 6%.

Der Zloty am 19. Januar. Danzig: Ueberweisung 57.79 bis 57,91 bar 57 82 - 57,93, Berlin: Ueberweisung gr. Scheine 46.975 bis 47.375, Prag: Ueberweisung 384,00, Wien: Ueberweisung 79,25 Paris: Ueberweisung —,—, Zürich: Ueberweisung 58,10, Mailand: Ueberweisung —,—, London: Ueberweisung —,—.

Warschauer Börse vom 19. Januar. Umsatz, Verkauf — Kauf. Belgien 123,90, 124 21 — 123,59, Belgrad —, Budapest —, Bukarest —, Danzig —, Helsingfors —, Spanien —, Holland 357 75, 358,65 — 356,85, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen 124,50, 125,10 — 123,90, London *), 27 99 — 27,71, Newyork 5,54, 5,57 — 5,51, Oslo 140,00, 140,70 — 139.30, Paris 34,91, 35,00 — 34,82, Prag 26.40, 26 46 — 26.34 Riga —, Sofia Stockholm 143,65, 144,35 — 142,95 Schweiz 172,07, 172,50 — 171,64, Tallin —, Wien —, Italien 46 65. 46,77 — 46.53.

*) London Umsätze 27,84—27,85.

Freihandelskurs der Reichsmark 210,90.

Berlin, 19. Januar. Amtl. Devisenkurse. Newyork 2,627—2,633, London 13.095—13,125, Holland 168.73—169 07, Norwegen 65 83 bis 65,97 Schweden 67,58—67.72, Belgien 58,39—58.51 Italien 22,00 bis 22,04, Frankreich 16,44—16,48, Schweiz 81,02—81.18, Prag 12,48 bis 12,50, Wien 47.20—47,30, Danzig 81,44—81,60, Warschau 47,075—47.275.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 5,46 Zl., do. Kanada 5,44 Zl., 1 Pfd. Sterling 27,71 Zl., 100 Schweizer Franken 171,39 Zl., 100 franz. Franken 34,77 Zl., 100 deutsche Mark 209,00 Zl., 100 Danziger Gulden 172,32 Zl., Ital. Lire 46,37 Zl., Belgisch Belgas 123,40 Zl., holländischer Gulden 356,35 Zl.

Aktienmarkt.

Posener Börse vom 19. Januar. Es notierten: 5proz. Staatl. Konvert.-Anleihe 54,25 G., $4^1/_2$proz. Dollar-Pfandbriefe dre Posener Landschaft (1 Dollar = 5,53) 43—42,75 G., 4proz. Konvert.-Pfandbriefe der Posener Landschaft 40 B., 4proz. Prämien-Dollaranleihe (Serie 3) 50 G., Bank Polski 84 G. Tendenz unverändert. (G. = Nachfrage, B. = Angebot, + = Geschäft, * = ohne Umsatz.)

Produktenmarkt.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 19. Januar. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Zloty:

Transaktionspreise:

Roggen	375 to	14 50
	75 to	$14.68^1/_2$
	30 to	14.70
Braugerste	45 to	16.00

Richtpreise:

Weizen	18.25—18.75	Klee, schwedisch	90.00—110.00
Roggen	14.50—14 75	Klee, gelb ohne Schalen	90.00—100.00
Gerste 695—705 kg	14.25—14.50	Senf	33.00—35.00
Gerste 675—685 kg	13.75—14 00	Weizen- u. Roggenstroh, lose	—.—
Braugerste	15.00—15.75	Weizen- u. Roggenstroh gepreßt	—.—
Hafer	12.00—12.25	Hafer- und Gerstenstroh lose	—.—
Futterhafer	—.—	Hafer- und Gerstenstroh, gepreßt	—.—
Roggenmehl (65%)	19.50—21.00	Heu, lose	—.—
Weizenmehl (65%)	26.50—30.50	Heu gepreßt	—.—
Weizenkleie	10.75—11.50	Netzeheu lose	—.—
Weizenkleie (grob)	11.50—12.00	Netzeheu, gepreßt	—.—
Roggenkleie	10.25—11.00	Blauer Mohn	49.00—54.00
Winterraps	45.00—46.00	Leinkuchen	18.25—19.25
Sommerwicke	14.00—15.00	Rapskuchen	15.75—16.25
Peluschken	14.00 - 15.00	Sonnenblumenkuchen 46—48%	18.25—19.25
Viktoriaerbsen	23.00—26.00	Sojaschrot	22.50—23.00
Folgererbsen	20.00—23.00		
Fabrikkartoff. p. kg%	$0.20^1/_2$		
Seradella	13.00—14.00		
blaue Lupinen	6.00—7.00		
gelbe Lupinen	9.00—10.00		
Klee, rot	170.00—200.00		
Klee weiß	70.00—100.00		

Gesamttendenz: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 1495 to. Weizen 382 to, Gerste 230 to, Hafer 45 to, Roggenmehl 10.5 to, Weizenmehl 62,5 to, Roggenkleie 93 to, Weizenkleie 147,5 to, Viktoriaerbsen 32,5 to, gelbe Lupinen 90 to, blaue Lupinen 20 to, Senf 1 to, Sämereien 1,6 to, Fabrikkartoffeln 90 to.

Nach dem Urteil der Börse war die Tendenz für Roggen, Weizen, Brau- und Mahlgerste, Roggen- und Weizenmehl ruhig, für Hafer schwach.

Warschau, 19. Januar. Getreide, Mehl und Futtermittel-Abschlüsse auf der Getreide- und Warenbörse für 100 Kg. Parität Waggon Warschau: Einheitsroggen 14.25—14.75, Einheitsweizen 20.50—21.00, Sammelweizen 20,00—20,50, Einheitshafer 12.25—12,75, Sammelhafer 11.50—12,00, Braugerste 15.00—15.50 Mahlgerste —.—, Grützgerste 13.25—13 50, Speisefelderbsen 20.00—22,00, Viktoriaerbsen 25.00—30,00, Winterraps 42,00—44 00, roher Rotklee ohne dicke Flachsseide 140,00—160,00 Rotklee ohne Flachsseide bis 97% gereinigt 180 00—190.00, roh. Weißklee 70 00—80,00, roh. Weißklee bis 97% ger. 80,00—100,00. Luxus-Weizenm. (45%) 1. Sorte 35,00—40,00, Weizenm. (65%) 1. Sorte 30.00—35,00, Weizenmehl 2. Sorte (20% nach Luxus-Weizenmehl) 25.00—30,00, Weizenmehl 3. Sorte 17,00—23.00, Roggenmehl I (55%) 24.00—25,00, Roggenmehl I (65%) 23,00—24,00, Roggenmehl II 17.50—18.50, Roggenmehl III 18,00 - 19.00, grobe Weizenkleie 11,50—12 00, mittlere 10.50—11.00, Roggenkleie 8,50—9.00, Leinkuchen 17,75—18,25, Rapskuchen 14.00—14.50, Sonnenblumenkuchen 17.50—18,00, doppelt gereinigte Seradella 11,00—12,00, blaue Lupinen 6,00—6,50, gelbe —.—, Peluschken 13,50—14,00, Wicken 13,50 bis 14.50, Winterrübsen 42.00—45.00, Sommerrübsen 44.00—47.00, blauer Mohn 50.00—55,00, Leinsamen 39.00—40,00, Soja-Schrot 22,00 bis 22,50, Fabrikkartoffel 4.00—4,25.

Umsätze 3356 to, davon 2490 to Roggen. Tendenz: ruhig.

Amtliche Notierungen der Bromberger Getreidebörse vom 20. Januar. Die Preise lauten Parität Bromberg (Waggonladungen) für 100 Kilo in Zloty:

Transaktionspreise:

Roggen	75 to	14.60—14.75	Roggenkleie	25 to	9.75
Weizen	— to	—.—	Weizenkleie	— to	—.—
Mahlgerste	— to	—.—	Speiseerbsen	— to	—.—
Hafer	— to	—.—	Peluschken	— to	—.—
	— to	—.—	Sommerwicken	— to	—.—
Roggenm. 65%	— to	—.—	Sonnenblumenkuchen	— to	—.—
Weizenm. 65%	— to	—.—			

Richtpreise:

Roggen	14.50—14.75	Bohnen	—.—
Weizen	18.00—18.50	Serradella, neu	12.50—13.50
Braugerste	14.50—15.50	Gelbklee, abgesch.	90.00—100.00
Mahlgerste	13.50—13.75	Weißklee	70.00—90.00
Hafer	12.00—12.25	Rotklee	160.00—200.00
Roggenmehl 65%	21.50—22.50	Fabrikkartoff. p. kg%	0.19
Weizenmehl 65%	30.50 32.00	Leinkuchen	19.00—20.00
Roggenkleie	9.75 10.50	Rapskuchen	15.50—16.50
Weizenkleie, fein	10.25—10.75	Sonnenblumenkuch.	19.00—20.00
Weizenkleie, grob	11.25—11.75	blauer Mohn	50.00—53.00
Winterraps	40.00—42.00	Senf	32.00—34.00
Peluschken	12.50—13.50	Leinsamen	35.00 37.00
Felderbsen	15.00—17.00	Wicken	12.50—13.50
Speiseerbsen	19 00—20.00	Netzeheu, lose	—.—
Viktoriaerbsen	21.00—25.00	Netzeheu gepreßt	—.—
Folgererbsen	20.00—22.00	Roggenstroh, lose	—.—
blaue Lupinen	5.00—6 00	Roggenstroh, gepreßt	—.—

Allgemeine Tendenz: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen:

Roggen	225 to	Fabrikkartoffel	15 to	Hafer	30 to
Weizen	150 to	Speisekartoffel	— to	Peluschken	45 to
Mahlgerste	160 to	blauer Mohn	— to	Grütze	— to
Braugerste	15 to	weißer Mohn	— to	Rapskuchen	— to
Roggenmehl	151 to	Futtererbsen	— to	Leinsamen	— to
Weizenmehl	77 to	Weißklee	— to	Mohnkuchen	— to
Viktor.-Erbs.	— to	Schwedenklee	— to	getr. Zuckerrüb.	— to
Folger-Erbs.	— to	Gelbklee	— to	Nudeln	— to
Feld-Erbsen	— to	Inkarnatklee	— to	Wicken	25 to
Roggenkleie	56 to	Wundklee	— to	Rübensamen	— to
Weizenkleie	20 to	Gerstenkleie	— to	Schafwolle	— to
Blaue Lupinen	— to	Serradella	15 to	Sonnenblum.	— to
Kartoffelflock.	— to	Klee	— to	Pferdebohnen	— to

Gesamtangebot 1089 to.

Marktbericht für Sämereien der Samengroßhandlung Wiefel & Co., Bromberg. Am 20. Januar notierte unverbindlich für Durchschnittsqualitäten per 100 Kg.: Rotklee 160—200, Weißklee 80—120, Schwedenklee 120—130, Gelbklee, enthülst 90—110, Gelbklee in Hülsen 40—48, Inkarnatklee 80—100, Wundklee 100—120, Engl. Raygras, hiesiges 45—50, Timothee 25—30, Serradella 12—14, Sommerwick. 12.00—14.00, Winterwick. (Viciavillosa) 40—46, Peluschken 13—14, Viktoriaerbsen 22—25, Felderbsen, kleine 19—20, Senf 32—34, Sommerrübsen 40—46, Winterraps 36—42, Buchweizen 18—20, Hanf 35—40, Leinsamen 38—40, Hirse 16—18, Mohn, blau 52—56, Mohn, weiß 70—75, Lupinen, blau 7—8, Lupinen, gelb 8—9 zl.

Viehmarkt.

Berliner Viehmarkt vom 19. Januar. (Amtlicher Bericht der Preisnotierungskommission.)

Auftrieb: 2507 Rinder, darunter 636 Ochsen, 648 Bullen, 1223 Kühe und Färsen, 1735 Kälber, 3936 Schafe, — Ziegen, 11 006 Schweine, 156 Auslandsschweine.

Die notierten Preise verstehen sich einschließlich Fracht, Gewichtsverlust, Risiko, Marktspesen und zulässigen Händlergewinn.

Man zahlte für 1 Pfund Lebendgewicht in Goldpfennigen

Rinder: Ochsen: a) vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwerts (jüngere) 31—32, b) vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwerts im Alter von 4 bis 7 Jahren 28—30, c) junge, fleischige nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 24—26, d) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 20—23. Bullen: a) vollfleischige, ausgewachsene höchsten Schlachtwerts 28, b) vollfleischige jüngere höchsten Schlachtwerts 25—27, c) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 24—25, d) gering genährte 20—23. Kühe: a) jüngere, vollfleischige höchsten Schlachtwerts 24—27, b) sonstige vollfleischige oder ausgemästete 19—22, c) fleischige 14—17, d) gering genährte 10—13. Färsen (Kalbinnen): a) vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwerts 29—30, b) vollfleischige 26—28, c) fleischige 23—24, d) 19—22. Fresser: 16—20.

Kälber: a) Doppellender feinster Mast 45—50, b) feinste Mastkälber 35—43, c) mittlere Mast- und beste Saugkälber 25—34, d) geringe Mast- und gute Saugkälber 15—22.

Schafe: a) Mastlämmer und jüngere Masthammel: 1. Weidemast 38—40, 2. Stallmast 36-37, b) mittlere Mastlämmer, ältere Masthammel und gut genährte junge Schafe 1. 33, 2. 32—35, c) fleischiges Schafvieh 24—31, d) gering genährtes Schafvieh 28—29, f) 25—27, g) 15—23.

Schweine: a) Fettschweine über 3 Ztr. Lebendgewicht 50—52, b) vollfleischige von 240—300 Pfd. Lebendgewicht 47—50, c) vollfleischige von 200—240 Pfd. Lebendgewicht 44—46, d) vollfleischige von 160—200 Pfd. Lebendgewicht 41—43, e) 120—160 Pfd. Lebendgewicht 35—38 f) Sauen 40—44.

Marktverlauf: Rinder langsam, es bleibt Ueberstand: Kälber ruhig, gute schwere Kälber knapp; Schafe mittelmäßig; Schweine ruhig, einige Posten schwerster Speckschweine brachte Preise über Notiz.